

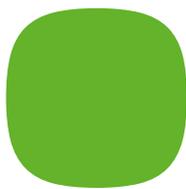
WZB | Mitteilungen

Quartalsheft für Sozialforschung

1|25

März 2025

wzb.eu



Veränderung

Krise der Demokratie

Formen des Protests

Mut zur Innovation



Titelfoto:

Klimaproteste, hier in der Londoner National Gallery im Juli 2022, sprengen manchmal den Rahmen des Legalen. Welche Akzeptanz welche Formen des Protests finden, beleuchten Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti in ihrem Beitrag ab Seite 15.

Foto: © Kirsty O'Connor/PA Wire URN: 67736910, alle Rechte vorbehalten.

Alles anders



Die Erde scheint sich im Moment schneller zu drehen. Bei den geopolitischen Veränderungen kommt man kaum hinterher. Selbst Mitte März kann ich kaum etwas schreiben, was Ende März, beim Erscheinen des Heftes, noch sicher Bestand haben wird. Die Wahl Donald Trumps hat die politischen Koordinaten verschoben – nicht nur in den USA, sondern weltweit. Seine Maßnahmen der ersten Wochen sind radikal, die weiteren kaum vorherzusagen. Die Ampelkoalition hat die Wahlperiode nicht durchgestanden, die Ergebnisse der Neuwahl geben zu denken. Was wird sein, wenn Sie diese Zeilen lesen? Wo wird die Regierungsbildung in Deutschland stehen? Wird der Waffenstillstand in Gaza halten? Wer wird mit wem über die Ukraine verhandeln? Gleichzeitig zeigt der Draghi-Bericht zur Zukunft der Wettbewerbsfähigkeit der EU, dass die europäische Wirtschaft angesichts der notwendigen digitalen und grünen Transformationen immense Veränderungen braucht. Kein Wunder, dass die Unsicherheit im Moment so groß ist. Viele Menschen fühlen sich als Getriebene.

Dagegen sind die Veränderungen am WZB klein. Für uns sind es dennoch Zäsuren. Zum einen endete mit dem letzten Jahr die Abteilung Ökonomik des Wandels (welche Ironie!). Wir sind sehr froh, dass uns ihr Leiter Steffen Huck als Forschungsprofessor erhalten bleibt. In seinem Beitrag für dieses Heft belegt er noch einmal, wie innovativ die Forschung der Abteilung war. Und wie aktuell, denn die zentrale Frage lautet: Wie verändert sich Verhalten, wenn Entscheider nicht rational sind?

Die zweite Veränderung ist noch grundlegender. Nach mehr als 30 Jahren am WZB, 7 davon als administrative Geschäftsführerin, verlässt uns Ursula Noack und bricht zu neuen Ufern auf. Manche*r hier am Institut kann sich das WZB ohne sie gar nicht vorstellen! Wir danken ihr für ihren unermüdlichen Einsatz für das WZB und wünschen ihr von Herzen alles Gute. Veränderungen sind schwierig, aber sie können auch positive Energie freisetzen.

A handwritten signature in black ink that reads "Nicola Fuchs - Schündeln". The signature is written in a cursive, flowing style.

Nicola Fuchs-Schündeln
Präsidentin

Inhalt 1|25

März 2025

Editorial

3 Alles anders

Nicola Fuchs-Schündeln

Titelthema

6 Strategien, Krisen, Lernprozesse

Die Medien und der Aufstieg
der äußersten Rechten

Teresa Völker und Mika Bauer

11 Zum Erfolg verdammt

Eine Analyse der Bundestagswahl

Wolfgang Schroeder

15 Mal hilfreich, mal kontraproduktiv

Konfrontative Proteste als Mittel
für politische Veränderung

Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti

19 In den eigenen Reihen

Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft

Christin Jänicke und Hans Jonas Gunzelmann

23 Manifeste Veränderungen

Wie sich das Lager der Rechten
programmatisch neu ausrichtet

Dieter Plehwe

27 Ein Mensch, ein Wort

Veränderungen der Komplexität von Sprache
im Deutschen Bundestag

Rebecca Kittel

31 Entwicklungshilfe und Politik

Der Marshallplan als
Demokratie-Förderprogramm

Sienna Nordquist

35 Fortschritt und Gefahr

Wie die jüngste Generation der Künstlichen
Intelligenz die Arbeitswelt verändert

*Interview mit Christine Gerber und
Mareike Sirman-Winkler*

39 Bildung in illiberalen Zeiten

Herausforderungen für die Produktion und
die Vermittlung von Wissen

Minju Choi

43 Gemeinschaftsaufgabe Bildung

Die wachsende Rolle der Zivilgesellschaft

Charlotte Rößler-Prokhorenko und Jana Priemer

47 Das Gleichstellungsparadox

Überraschungen bei den Berufswünschen
von Jungen und Mädchen

*Melinda Erdmann, Agustina Marques Hill,
Kathrin Leuze und Marcel Helbig*

51 Es ist kompliziert

Die Forschungsabteilung Ökonomik des
Wandels war Veränderungen auf der Spur

Steffen Huck

54 Globaler Strukturwandel im Automobilsektor

Die deutsche und die europäische Wirtschafts-
politik stehen vor neuen Herausforderungen

Grzegorz Lechowski

58 Alles muss sich ändern

Konflikte und Aushandlungen
am Beispiel der Verkehrswende

Weert Canzler

62 Teilen und schützen

Auf dem Weg zu einer neuen Datenkultur

Dorina Hackmann und Larissa Obst

Aus dem WZB

- 66** Aus der WZB-Ethikkommission
- 69** Danke, Ursula Noack!
- 70** Vorgestellt
- 72** Personen
- 74** Veranstaltungen
- 76** Nachlese/Impressum

Zu guter Letzt

- 78** In Thomas Manns Nachbarschaft
Ein Wiedersehen mit Saul Friedländer
Dieter Gosewinkel

WZB|Mitteilungen online

Die Veränderung der Veränderung

Steffen Huck beschreibt die Dualität der Zeit – um die Komplexität von Wandel besser zu verstehen

Gutes Altern in digitalen Zeiten

Önder Çelik, Marlene Kulla und Justyna Stypińska über den Einsatz von Künstlicher Intelligenz im Gesundheitswesen

Diese Beiträge finden Sie im Online-Bereich der WZB-Mitteilungen: wzb.eu/magazin-veraenderung

Das WZB

Im Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) arbeiten insgesamt 470 Menschen, darunter 200 deutsche und internationale Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die problemorientierte Grundlagenforschung in den Disziplinen Soziologie, Politologie, Ökonomie, Rechtswissenschaften, Geschichte und darüber hinaus betreiben. Gefragt wird vor allem nach den Problemlösungskapazitäten gesellschaftlicher und staatlicher Institutionen, von der lokalen bis zur globalen Ebene. Die Forschungsfelder des WZB sind:

- Arbeit und Arbeitsmarkt
- Bildung und Ausbildung
- Sozialstaat und soziale Ungleichheit
- Geschlecht und Familie
- Industrielle Beziehungen und Globalisierung
- Wettbewerb, Staat und Corporate Governance
- Innovation, Wissen(schaft) und Kultur
- Mobilität und Verkehr
- Migration, Integration und interkulturelle Konflikte – Demokratie
- Zivilgesellschaft
- Internationale Beziehungen
- Governance und Recht

Gegründet wurde das WZB 1969 auf Initiative von Bundestagsabgeordneten der CDU/CSU und SPD. Es ist Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft.



Sie können die Printausgabe der WZB-Mitteilungen kostenfrei abonnieren. Schreiben Sie einfach eine E-Mail an: presse@wzb.eu.

Strategien, Krisen, Lernprozesse

Die Medien und der Aufstieg der äußersten Rechten

Wie sollten demokratische Kräfte mit der äußersten Rechten umgehen? Diese Frage beschäftigt aktuell nicht nur viele demokratische Parteien in Europa, sondern auch die Massenmedien, die sogenannte Vierte Gewalt der Demokratie. Dass neben den Parteien die Medien eine entscheidende Rolle für die Entwicklung der radikalen und extremen Rechten spielen, wurde in vielen Studien nachgewiesen. Weniger ist bekannt über deren Strategien und Intentionen: Wie reagieren unterschiedliche Medien auf die äußerste Rechte?

Teresa Völker und Mika Bauer

In einer Interviewstudie konnten wir einen Blick hinter die Kulissen deutscher Medienhäuser werfen und die Wahrnehmungen und Motivationen der Medienschaffenden im Umgang mit der äußersten Rechten untersuchen. Die halbstrukturierten Interviews mit 21 Medienschaffenden, die wir im Sommer 2024 geführt haben, beleuchteten die Perspektive von Chefredakteur*innen, Politikredakteur*innen und anderen Journalist*innen. Dazu zählen Interviews mit Medienschaffenden von Printmedien (12), Fernsehen und Radio (9); aus dem Osten (7), dem Westen (3), überregional (11); dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk (8) und privaten Medien (13). Die Interviews wurden mit qualitativer Inhaltsanalyse an Hand eines Codierschemas mit offenen und geschlossenen Analysekategorien ausgewertet.

Bis in die 2000er-Jahre galt eine Strategie der Abgrenzung und geringen Interaktionen mit

der äußersten Rechten. Mittlerweile hat sich der Umgang grundlegend gewandelt: Heute ist eine Mischung aus Konfrontation und Anpassung („accommodation“) zu beobachten.

**„In den meisten Fällen
griffen informelle
Strategien, individuelle
Einschätzungen und
Ad-hoc-Entscheidungen“**

Die meisten der befragten Medienschaffenden hatten in den letzten Jahren keine institutionalisierte Strategie für den Umgang mit der äußersten Rechten. Zwar gab es in einigen Medien informelle Regeln, ethische Kodizes und interne Diskussionen, aber es gab fast keine formellen Vereinbarungen wie Leitlinien oder interne Emp-

Nach der Debatte um das Zustrombegrenzungsgesetz im Deutschen Bundestag am 31. Januar 2025: Das AfD-Medienteam bereitet die Live-Übertragung des Pressestatements vor.
Foto: © Murat Tueremis/laif, alle Rechte vorbehalten.



fehlungen zur Berichterstattung (beispielsweise zu Wortlautinterviews, Sendezeit, O-Tönen). Vielmehr griffen in den meisten Fällen informelle Strategien, individuelle Einschätzungen und Ad-hoc-Entscheidungen, auch und gerade gegenüber der Alternative für Deutschland (AfD): „Der Umgang mit der AfD war im Grunde schon so ein journalistisches Experiment“ (Journalist*in, konservative Zeitung). Einige Befragte äußerten eine Ablehnung gegenüber strategischen Vorgaben, da diese im Gegensatz zu freiem Journalismus stünden. Vor allem Medienschaffende der Öffentlich-Rechtlichen hatten Angst, dass sie sich durch konkrete Strategien angreifbar machen und ins Visier extremistischer Kräfte geraten. Es gebe eine „große Mutlosigkeit und Ängstlichkeit, sich so einen Plan zu machen“, berichtete ein*e Journalist*in beim öffentlich-rechtlichen Rundfunk in Ostdeutschland.

Für viele Interviewte spielt die Orientierung am Grundgesetz und an journalistisch-ethischen Grundprinzipien wie dem Pressekodex eine zentrale Rolle. Wie die Prinzipien jedoch interpretiert und ausgelegt werden, beispielsweise der Umgang mit Sensationsberichterstattung oder das Verhältnis von Meinungsfreiheit und Diskriminierung, variiert je nach Medium und journalistischem Selbstverständnis. Zu den informellen Strategien zählen häufig Einordnung und Kontextinformationen sowie Recherche und die Schulung von Journalist*innen. Der journalistische Ansatz war oft eher reaktiv als proaktiv.

In fast jedem Interview wurde ein Lernprozess im Umgang mit der AfD berichtet, also „nicht mehr über jedes Stöckchen zu springen“, das die AfD mit provokanten Thesen oder Aktionen hinhält. Demokratiefeindliche Ideen und Akteure seien klar zu benennen, und der äußersten Rechten sollte keine Bühne gegeben werden. Jedoch zeigten viele Interviews auch eine Diskrepanz zwischen Anspruch (nicht zur Normalisierung der äußersten Rechten beizutragen) und Praxis (Nachrichtenwert und Konkurrenzdruck): „Inwieweit füttern wir den Dämon eigentlich, über den wir uns dann aufregen, dass er immer größer wird?“ (Journalist*in konservative und linksliberale Zeitungen).

In unserer Studie haben wir drei Schlüsselfaktoren identifiziert, die den medialen Umgang mit Rechtsaußen in den letzten Jahren beeinflusst haben: veränderte soziale Normen, Krisen sowie institutionelle und individuelle Zwänge.



Teresa Völker ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des WZB und der Freien Universität Berlin. Ihre Forschungsschwerpunkte sind politische Kommunikation, Parteien und Protest in Demokratien mit einem Fokus auf die extreme Rechte.
teresa.voelker@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Der zunehmende politische Erfolg der äußersten Rechten hat soziale Normen und damit auch die Reaktionen der Massenmedien auf Rechtsaußen verändert. Soziale Normen beschreiben, wie Medienschaffende die öffentliche Akzeptanz und Unterstützung für rechtsextrêmes Gedankengut in der Gesellschaft wahrnehmen. Eine bedeutende Rolle hierfür spielen Wahlen und das Abschneiden der äußersten Rechten. Vor allem als die AfD 2017 in den deutschen Bundestag gewählt wurde, gaben viele Medienschaffende an, dass sie über die AfD berichten mussten. Die Strategie wechselte von Abgrenzung zu einer Mischung aus Anpassung und Konfrontation. Parteien mit einem Wählerpotenzial wie die AfD sollten Teil der medialen Debatte sein und nicht ausgegrenzt werden, so die Haltung vieler Befragter.

Aus den Interviews geht hervor, dass viele Medienschaffende von der Radikalisierung der Partei überrascht wurden. Während viele auf Abgrenzung von extremistischen Inhalten und Aussagen als ihre persönliche Strategie verwiesen, wick die Umsetzung teilweise davon ab: Die Haltung der Medienschaffenden zur AfD wurde über die Zeit negativer und die Partei selbst extremer, dennoch stiegen Sichtbarkeit und Resonanz der AfD in den Medien – und das bereits 2015, vor ihrem Einzug in den Bundestag. Die Interviews zeigen, dass die Medienschaffenden der äußersten Rechten mit zunehmendem Stimmenanteil und wachsenden Handlungsspielräumen in politischen und sozi-

alen Kontexten weniger konfrontativ gegenüberstanden. Viele Medienschaffende in Regionen mit einem hohen Stimmenanteil für die AfD standen stärker unter Druck, erlebten mehr Drohungen und soziale Ächtung, sie hatten teilweise Angst vor dem Verlust des Arbeitsplatzes.

„Die AfD ignoriert häufig Interviewanfragen, doch gleichzeitig inszeniert sie sich als von den traditionellen Medien ausgegrenzt“

Viele Medienschaffende berichteten neben einer Radikalisierung auch von einer Professionalisierung der AfD. Während ihre Berichterstattung und Interviews häufig darauf abzielten, „neutral die Realität darzustellen“ oder die Ansichten der äußersten Rechten „kritisch herauszufordern“ und „zu entlarven“, habe die äußerste Rechte öffentliche Plattformen strategisch genutzt, um sich in den Massenmedien als gemäßigt darzustellen. Parallel dazu konnte die äußerste Rechte die sozialen Medien dafür nutzen, ihre extremistischen Ansichten ungefiltert zu verbreiten. Medienschaffende beschrieben diesen Prozess der Normalisierung teils selbstkritisch: „Und dann setzt er sich ins Studio und hält eine Gute-Laune-Wohlfühl-Rede. Und unsere Fernsehsendung hilft ihm, sich als der nette Nachbar von nebenan zu präsentieren“ (Journalist*in öffentlich-rechtlicher Rundfunk West). Gleichzeitig inszeniere sich die AfD, so einige Befragte, als „Opfer der etablierten Medien“ – dies sei eine zentrale Strategie der äußersten Rechten: Die AfD erschwere Medienschaffenden die Arbeit, indem sie Interviewanfragen häufig ignoriere oder absage und wiederholt Falschaussagen tätige, doch gleichzeitig inszeniere sie sich als von den traditionellen Medien ausgegrenzt und benachteiligt.

Der Umgang mit der AfD ist keineswegs unumstritten, sondern häufig von Konflikten und Kontroversen innerhalb der Medienunternehmen geprägt – oft zwischen der Leitungsebene und den Journalist*innen, die direkt in die Berichterstattung involviert sind, aber auch zwischen unterschiedlichen journalistischen Prägungen und politischen Haltungen. Die Inter-

views zeigen, dass die Medien ein Spiegel der Gesellschaft sind und damit unterschiedliche politische Positionen abbilden.

Der zweite Faktor, der neben sich wandelnden sozialen Normen den medialen Umgang mit der äußersten Rechten geprägt hat, sind Krisen. Die Strategie, eine kritische Distanz zur äußersten Rechten zu halten, wurde insbesondere in Momenten, die als Krise oder Ausnahmesituation wahrgenommen wurden, herausgefordert. Medienschaffende aus verschiedenen Bereichen sagten, dass die sogenannte Flüchtlingskrise 2015/16 und Protestbewegungen wie PEGIDA, die mit Debatten über die Kernthemen der äußersten Rechten wie Migration verbunden war, eine entscheidende Rolle dabei spielten, dass Journalist*innen ihre Abgrenzungsstrategie aufweichten: „Wir nehmen vor allen Dingen auch auf, wenn wir sehen, dass die AfD im Zusammenhang mit der Migration Dinge kritisiert, die so im politischen Raum als Thema nicht aufgebracht werden“ (Journalist*in konservative und linksliberale Zeitungen). Manche Befragte fanden, Narrative der äußersten Rechten seien in Krisenzeiten unkritisch in den medialen Diskurs aufgenommen worden.

Ein weiterer Krisenmoment, der die öffentliche Aufmerksamkeit für die radikale und extreme Rechte erhöhte, war die COVID-19-Pandemie, die 2020 begann. Soziale Bewegungen und Protestgruppen wie Querdenken, die auf der Straße und in den sozialen Medien mobilisierten, lösten Unsicherheit aus und beeinflussten die mediale Praxis – „Corona war dann auch wirklich der Punkt, dass ich plötzlich dachte, intern brechen jetzt hier Dämme“ (Journalist*in konservative Zeitung). Viele Journalist*innen nahmen die Pandemie als eine Zäsur war, die das Vertrauen in etablierte Institutionen erschütterte und dazu führte, dass Personen sich nicht mehr von den traditionellen Medien repräsentiert fühlten. Um dieser Entwicklung entgegenzuwirken, strebten viele eine ausgewogene Berichterstattung an, bei der verschiedene Perspektiven abgebildet werden sollen: „möglichst neutral, immer dieses Abwägen zwischen Bühne bieten und informieren“ (Journalist*in öffentlich-rechtlicher Rundfunk West). Die kritische Distanz zu Rechtsaußen wich in Krisenzeiten häufig der Bemühung, sich als objektive Beobachter*in zu positionieren, um in den Augen der Leserschaft und Zuhörerschaft weiterhin als legitim und vertrauenswürdig wahrgenommen zu werden.



Mika Bauer ist studentische Hilfskraft am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Sie studiert Internationale Beziehungen an der Freien Universität, der Humboldt-Universität und der Universität Potsdam. mika.bauer@wzb.eu

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Der dritte Faktor schließlich, der das Verhalten der Medien bestimmte, sind institutionelle und individuelle Herausforderungen. Zu den institutionellen Zwängen gehören wirtschaftliche Anreize, der Nachrichtenwert und Finanzierungsmodelle. Kontroverse Themen und Sensation erzeugen öffentliche Aufmerksamkeit und gute Reichweite. Die Interviews zeigen, dass die Sichtbarkeit rechtsextremer und rechtsradikaler Akteure zunahm, wenn sie aufgrund von Skandalen und extremen Äußerungen als berichtenswert wahrgenommen wurden. Medienschaffende wiesen darauf hin, dass sie teilweise nicht über genügend Ressourcen in Form von Personal, Geld und Zeit verfügten, um kritisch und tiefgründig über die äußersten Rechten zu recherchieren und zu berichten. Sie sprachen von einer zunehmenden Arbeitsintensität durch die Digitalisierung und die multimediale Berichterstattung, aber auch durch die Beschleunigung des Medienzyklus durch soziale Medien.

Hinzu kommt, dass die unterschiedlichen Finanzierungsmodelle die Strategie der Medienhäuser

Literatur

De Jonge, Léonie: *The Success and Failure of Right-Wing Populist Parties in the Benelux Countries*. Abingdon, New York: Routledge 2021.

gegenüber Rechtsaußen beeinflussen: Die durch Rundfunkbeiträge finanzierten öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten müssen nach dem Prinzip der abgestuften Chancengleichheit über alle zur Wahl zugelassenen Parteien in Relation zu ihrer Bedeutung berichten, was das Aufrechterhalten einer Abgrenzungsstrategie erschwert. Das Prinzip führte bei vielen Medienschaffenden der Öffentlich-Rechtlichen dazu, dass sie der AfD eine öffentliche Plattform gaben und dabei unterschätzten, dass diese Regelung nicht vorschreibt, wann und vor allem wie zu berichten ist.

Darüber hinaus ist die Erfahrungen persönlicher Bedrohung – von Hassrede in sozialen Medien, E-Mails und Briefen bis hin zu körperlicher Gewalt – für viele Medienschaffende Alltag. Das hat Auswirkungen auf ihre Arbeit, Sicherheit und psychische Gesundheit: „Die Bedrohungslage ist stärker für die, die rausgehen, vor Ort, also der Hass auf die Journalisten, insbesondere öffentlich-rechtliche tatsächlich. Dieses Feindbild hat die AfD erfolgreich aufgebaut“ (Journalist*in linksliberale Zeitung). Obwohl die Öffentlich-Rechtlichen in der Gefahr stehen, selbst zur Zielscheibe der äußersten Rechten zu werden, betonten einige, sie müssten als objektives Medium nicht nur progressive Ansichten, sondern auch „kritische Stimmen von rechts“ abbilden.

Unsere Studie zeigt, wie groß die Herausforderung ist, vor der Medienschaffende im Umgang mit der äußersten Rechten stehen, und dass ihr Umgang von vielen Widersprüchen geprägt ist. Dennoch zeichnen die Interviews auch ein ermutigendes Bild: Die Mehrheit der Journalist*innen will die Demokratie schützen und nicht zur Normalisierung der äußersten Rechten beitragen. Wie dies gelingen kann, darüber gibt es in der Wissenschaft und in zivilgesellschaftlichen Organisationen viel Wissen – der Stresstest folgt in der kommenden Legislaturperiode oder bei künftigen Krisen. ●

Völker, Teresa/Saldivia Gonzatti, Daniel: „Discourse Networks of the Far Right: How Far-Right Actors Become Mainstream in Public Debates“. In: *Political Communication*, 2024, Jg. 41, H. 3, S. 353-372. DOI: 10.1080/10584609.2024.2308601.

©/i Der Text ist gemäß der Creative-Commons-Lizenz CC BY 4.0 nachnutzbar: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>

Zum Erfolg verdammt

Eine Analyse der Bundestagswahl

Deutschland hat gewählt. Die neue Regierung steht vor großen Herausforderungen, innen- wie außenpolitisch. Doch erst einmal muss sie Misstrauen abbauen und schmerzhaft Kompromisse finden. Eine stabile Regierung wird dringend gebraucht. Doch ob sie schnell gebildet werden kann, ist alles andere als sicher.

Wolfgang Schroeder

Mit der Bundestagswahl am 23. Februar endete ein besonderer Wahlkampf. Der kurze Winterwahlkampf wollte zunächst nicht so recht in Fahrt kommen, um sich dann ganz um das Thema Migration zu drehen. Die Ampelkoalition, die in der öffentlichen Wahrnehmung von andauerndem Streit geprägt war, hatte in der Geschichte der Bundesrepublik kaum übertroffene Unbeliebtheitswerte. Folgerichtig gingen alle drei Partner mit herben Verlusten aus der Wahl hervor. Doch auch die Union, die unter diesen Umständen auf ein Ergebnis von deutlich über 30 Prozent gehofft hatte, kann mit dem Wahlergebnis nicht zufrieden sein.

Neben dem formalen Sieger gibt es zwei wirkliche Gewinner: Die AfD konnte ihren Stimmenanteil verdoppeln und zieht als zweitstärkste Fraktion in den Bundestag ein, mit fast einem Viertel der Sitze. Der Druck von rechts wird in den kommenden Jahren also nicht weniger werden. Überraschend und vor wenigen Wochen wohl kaum für möglich gehalten, geht auch die Linke als Sieger aus der Wahl hervor und zieht wieder in Fraktionsstärke in den Bundestag ein. Sie dürfte noch eine entscheidende Rolle spielen, denn der Mitte des Parlaments fehlt eine Zweidrittelmehrheit, so dass man bei Verfassungsänderungen auf die Linke zugehen müsste – nicht einfach angesichts des Unvereinbarkeitsbeschlusses der CDU.

Kennzeichnend für diesen Wahlkampf waren die schwachen Attraktivitätswerte aller Kanzlerkandidat*innen. Weder der Amtsinhaber noch seine Herausforder*innen konnten hohe Zustimmungswerte außerhalb ihrer eigenen Anhängerschaft erlangen. Insbesondere Friedrich Merz hat historisch schlechte Zustimmungswerte. Er gewinnt diese Wahl mit schlechteren Werten als sein Parteikollege Armin Laschet 2021 – der damals die Wahl verlor.

„Kennzeichnend für diesen Wahlkampf waren die schwachen Attraktivitätswerte aller Kanzlerkandidat*innen“

Erfreulich ist die gestiegene Wahlbeteiligung, mit 82,5 Prozent die höchste seit der Wiedervereinigung. Besonders profitieren konnte davon allerdings die AfD. Dadurch, dass sowohl die FDP als auch das BSW den Einzug in den Bundestag verpassten, werden im neuen Bundestag, zählt man die übrigen Kleinparteien dazu, knapp 15 Prozent der Stimmen nicht repräsentiert sein. Das ist ein Problem für die Akzeptanz der Demokratie, worüber sich alle Parteien Gedanken machen sollten.

Auffällig ist, dass diese Wahl eine Wahl der Alten war. Keine Wählergruppe ist größer als die der über 60-Jährigen. Zugleich sind sowohl Union als auch SPD in dieser Gruppe mit Abstand am erfolgreichsten, während ihre Zustimmungswerte bei den jüngeren dramatisch schlecht sind. Die wahrscheinliche neue Regierung kann somit berechtigterweise als eine Regierung der Alten bezeichnet werden.

„Die neue Regierung kann als eine Regierung der Alten bezeichnet werden“

Umfragedaten von infratest dimap zeigen, dass der Union bei den im Wahlkampf bedeutenden Themen Sicherheit und Wirtschaft zwar die meiste Kompetenz zugesprochen wird. Auch beim Thema der Asyl- und Flüchtlingspolitik wird sie von den Befragten insgesamt kompetenter als die AfD eingeschätzt (26 versus 22 Prozent). Dennoch konnte die Union AfD-Wähler*innen nicht von sich überzeugen, sie bleiben beim „Original“ – mehr noch, die Union verliert mehr als eine Millionen Wähler*innen an die AfD (in Ostdeutschland konnte die CDU nur 18,7 Prozent holen). Ohne den stärkeren Wert der CSU in Bayern (37,2 Prozent) hätten CDU und AfD in den westdeutschen Flächenstaaten noch um einiges näher beieinander gelegen.

„Die Strategie der Union, die AfD durch einen härteren Kurs in der Migrationspolitik zu schwächen, ist gescheitert“

Die AfD kann als der wahre Wahlsieger 2025 gesehen werden. Ihr Ergebnis von 20,8 Prozent ist eine glatte Verdopplung gegenüber 2021. Sie gewinnt 42 Wahlkreise und damit fast alle ostdeutschen Direktmandate. Sie wurde im Osten mit 32 Prozent stärkste Kraft, doch auch im Westen gewinnt sie 18 Prozent und ist insbesondere in Süddeutschland häufig zweitstärkste Kraft hinter der Union. Neben der Unzufriedenheit mit der Ampelregierung profitierte die Partei vor allem dadurch, dass ihr Kernthema Migration im Zentrum dieses Wahlkampfs stand. Die Strategie der Union, die AfD durch



Wolfgang Schroeder ist WZB-Fellow am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung. Als Professor an der Universität Kassel leitet er das Fachgebiet „Politisches System der BRD – Staatlichkeit im Wandel“. wolfgang.schroeder@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

einen härteren Kurs in der Migrationspolitik zu schwächen, ist gescheitert. Allerdings wird die AfD auch weiterhin keine Machtoption haben, sie verbleibt in der Opposition.

Der Überraschungssieger der Wahl ist die Linke. Noch vor wenigen Monaten totgesagt, konnte sie mit 8,8 Prozent das drittbeste Ergebnis ihrer Parteigeschichte erzielen. Insbesondere bei jungen Menschen, und hier wiederum hauptsächlich bei Frauen, war die Partei erfolgreich, zudem in Ostdeutschland und in Großstädten. Gerade von SPD und Grünen konnte sie gewinnen und so progressive Wähler*innen dieser Parteien abwerben, die von der Bilanz der Ampelregierung enttäuscht waren. Den Erfolg verdankt sie mehreren Faktoren: dem erfolgreichen, insbesondere bei jungen Menschen wichtigen Social-Media-Wahlkampf, der klaren Abgrenzung gegen rechts beziehungsweise die AfD, dem Fokus auf einige wenige, klassisch linke Themen wie Mieten, Löhne und Preise, einem rekordverdächtigen Haustürwahlkampf und der Ansprache älterer (ehemaliger) Stammwähler im Osten durch die sogenannte Mission Silberlocke, also den Versuch, durch drei Prominente das Minimum an Direktmandaten zu erzielen.

Bündnis 90/Die Grünen konnten ihre Kernklientel weiter gut mobilisieren, sie sind aber über diese Klientel nicht hinausgekommen. Der ganz auf Robert Habeck zugeschnittene Wahlkampf, der vor allem gemäßigte und gegenüber Merz kritisch eingestellte Unionswähler*innen

gewinnen sollte, war nicht erfolgreich. Insbesondere linke Wähler*innen der Grünen haben ihnen den Rücken gekehrt. Auch bei den jungen Wähler*innen verlieren sie massiv, insbesondere bei den Frauen; ihre besten Ergebnisse erzielen sie in den mittleren Altersgruppen. Besonders stark bleiben sie bei Wähler*innen mit hoher Bildung und Beamten. Sie sind im Westen deutlich erfolgreicher als im Osten und besonders schwach bei Menschen in schlechter wirtschaftlicher Situation, Arbeitern und niedrig Gebildeten.

„Ob die notwendige Erneuerung der SPD in der Regierung gelingen kann, darf bezweifelt werden“

Die SPD schafft es mit 16,5 Prozent nur noch auf den dritten Platz, mit einem Verlust von 9,2 Prozentpunkten. Sie verliert Wähler*innen vor allem an die AfD (ca. 720.000) und an die Union (1,7 Millionen). Sie wurde dabei in erster Linie für die als schlecht empfundene Regierungsarbeit und den unbeliebten Kanzlerkandidaten abgestraft. Besonders erfolgreich ist die SPD nur noch bei den über 70-Jährigen, wo sie 24 Prozent holte. Zudem sind ihre Werte in Ostdeutschland massiv eingebrochen auf nur noch 11,6 Prozent (minus 12,3). Mit ihren Themen konnte die SPD im Wahlkampf kaum überzeugen, sie befand sich eher in einer Verteidigungshaltung. Trotzdem wird sie wohl wieder an der Regierung beteiligt sein und versuchen, einige sozialpolitische Akzente zu setzen. Ob die notwendige Erneuerung dabei gelingen kann, darf bezweifelt werden.

Die FDP hat ihr Manöver, das zum Bruch der Koalition aus SPD, FDP und Grünen führte, nicht als parlamentarische Partei überstanden. Sie verliert 7,1 Prozentpunkte und kommt mit 4,3 Prozent nicht mehr in den Bundestag. Die Union (1,3 Millionen Wähler*innen) und die AfD (890.000) können davon profitieren. Die FDP konnte nur eine kleine Kernklientel überzeugen. Besonders stark verliert sie bei den unter 20-Jährigen (minus 16 Prozentpunkte).

Damit ist die FDP auch nach ihrer zweiten Regierungsbeteiligung im 21. Jahrhundert mit dem Ausscheiden aus dem Parlament abgestraft worden. 2013 wie auch jetzt wurde die

Partei eher als Störenfried der Regierung wahrgenommen und verlor im Lauf der Legislaturperiode den Großteil ihrer Wähler. Das wirft die Frage auf, ob diese Partei strukturell regierungsfähig ist.

Das neue Bündnis Sahra Wagenknecht verpasst den Einzug in den Bundestag knapp. An den Höhenflug bei der Europawahl und insbesondere bei den ostdeutschen Landtagswahlen konnte es nicht anknüpfen. Das BSW war besonders in Ostdeutschland erfolgreich, wo es 9,3 Prozent holen konnte – gegen 3,9 Prozent im Westen. Demografisch zeigen sich wenig Unterschiede, außer dass es bei jüngeren Wähler*innen etwas erfolgreicher war als bei älteren und ein wenig besser bei Frauen abschneiden konnte als bei Männern. Die neuen Wähler*innen der Partei kommen vor allem von Nichtwählern und Kleinparteien, von der SPD und den Linken. Die wenigsten hingegen kommen von der AfD, gerade einmal 60.000. Angesichts des Anspruchs, die AfD zu schwächen und ehemalige Wähler*innen linker Parteien, insbesondere Arbeiter, zurückzugewinnen, kann das Projekt als gescheitert angesehen werden.

„Deutschland muss an der Seite Frankreichs und Polens Führungsverantwortung übernehmen“

Die Probleme und Herausforderungen, vor denen die neue Regierung steht, könnten größer nicht sein. Die Wirtschaft ist in einer schlechten Lage, ohne Besserung in Sicht; die Herausforderungen der ökologischen Transformation bestehen weiter, auch wenn sie im Wahlkampf kaum thematisiert wurden; die Bevölkerung ist zutiefst unzufrieden; eine gefühlte Unsicherheit und die Regelung der Migration werden als Problem gesehen. Hinzu kommen geopolitische Verwerfungen: Der Krieg in der Ukraine dauert an, die neue Trump-Administration greift die liberale Demokratie in den USA ebenso an wie die internationale Weltordnung und die NATO. Eine vertiefte europäische Zusammenarbeit ist notwendiger denn je, auch und gerade in der Verteidigungspolitik. Deutschland muss an der Seite Frankreichs und Polens Führungsverantwortung übernehmen.

Die Herausforderungen sind also riesig, doch das Misstrauen unter den wahrscheinlich zukünftigen Partnern ist groß. In den letzten Jahren und erst recht im Wahlkampf sind zwischen SPD und Union tiefe Gräben entstanden. Jetzt müssen beide Seiten verbal abrüsten. Es braucht dringend Einigungen und Kompromisse und eine stabile Regierung. Noch eine Koalition des dauernden Streits und der Uneinigkeit können sich weder das Land noch die EU und unsere internationalen Partner leisten.

Das über allem schwebende Problem ist die unzureichende Investitionsfähigkeit des Staates. Die Stärkung der Verteidigung sowohl national als auch europäisch, die Transformation der Wirtschaft und der massive öffentliche Investitionsstau: Ohne eine Reform der Schuldenbremse oder neue Sondervermögen werden diese Herausforderungen nicht zu bewältigen sein. Bei der Union deutet sich nach dem Wahlkampf ein Kurswechsel an. Für die erforderlichen Beschlüsse wird man nun jedoch auf die Linkspartei angewiesen sein, die sich ihre Zustimmung etwas kosten lassen wird. Darüber hinaus wird die Union auf Kürzungen im Sozialbereich bestehen, was zu Konflikten mit der SPD führen wird.

Auch die Migrationspolitik bleibt ein Konfliktherd. Zwar sind sich beide Parteien einig, dass hier Handlungsbedarf besteht, die Forderungen liegen jedoch auseinander. Das überstürzte Handeln der Union, kurz vor der Wahl über unausgereifte Maßnahmen mit der AfD abzustimmen, hat eine Einigung und Kompromissfindung in diesem Bereich nicht erleichtert.

Die neue Regierung muss einen Kompromiss finden, der als historisch gelten kann: Sie muss die Themenbereiche Migration und Investitionen in die Infrastruktur in Ausgleich bringen. Diese Themen sind eng miteinander verflochten und zugleich zentral für die Zukunftsfähigkeit unserer Gesellschaft. Institutionelle Reformen in der Migrationspolitik und eine Reform der Schuldenbremse werden also zum Lackmустest für die Funktionsfähigkeit dieser Koalition werden.

„Die neue Regierung muss einen Kompromiss finden, der als historisch gelten kann“

Die progressive Mitte ist durch diese Wahl enorm geschwächt worden. Nur noch 36 Prozent der Wähler*innen haben der SPD, den Grünen oder der Linken ihre Stimme gegeben. Aber auch die neu zu bildende Regierung aus Union und SPD repräsentiert mit 44,9 Prozent nur noch einen kleineren Teil der Gesellschaft – und zwar den älteren. Wie kann trotzdem eine inklusive Regierung für alle gebildet werden? Vermutlich braucht es eine gesellschaftliche Öffnung. Denn aus den Schießscharten eines Regierungsbündnisses, das sich abschottet, um schnell und effizient zu regieren, wird es schwer möglich sein, die großen Herausforderungen gesellschaftlich abzusichern. Zusätzliche konsultative Verfahren könnten Bedarfe und Vorlieben der Bevölkerung besser abbilden. Vielleicht sind sie eine Option, um verloren gegangenes Vertrauen wieder aufzubauen und Legitimation herzustellen, also eine breite Unterstützung der Regierung. ●

Mal hilfreich, mal kontraproduktiv

Konfrontative Proteste als Mittel für politische Veränderung

Kartoffelbrei auf Museumskunst, Straßenblockaden im Berufsverkehr – öffentlicher Protest zeigt sich immer wieder konfrontativ bis gewaltförmig. Die Gegenreaktionen auf der Straße und in den Medien sind heftig. Das legt den Schluss nahe, dass auf diese Weise Protestierende ihrer Sache keinen Gefallen tun. Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti analysieren Jahrzehnte von Protesten und die Ergebnisse eines Umfrageexperiments. Sie wollen wissen: Welche Protestform findet Akzeptanz?

Swen Hutter und Daniel Saldivia Gonzatti

Politische Veränderung ist ohne die langfristige Mobilisierung sozialer Bewegungen auf der Straße kaum denkbar. Auch in Deutschland ist dies so, denken wir nur an die Studentenbewegung von 1968, die Friedensdemonstrationen der 1980er-Jahre oder an die jüngsten Proteste rund um die Pandemie und den Klimawandel.

Aus Sicht all jener, die Menschen für ihr Anliegen gewinnen möchten, stellt sich dabei immer die Frage, ob Protest überhaupt ein geeignetes Mittel ist und welche Aktionsform zum gewünschten Erfolg führen kann. Die Protestforschung liefert hierzu aufschlussreiche Antworten. Charles Tilly arbeitete anhand historischer Analysen zu Frankreich und Großbritannien heraus, wie sich parallel zur Demokratisierung ein sogenanntes modernes Protestrepertoire herausgebildet hat. Sidney Tarrow zeigte, dass ein solches Protestrepertoire aus verschiedenen

Elementen besteht, die für unterschiedlichste Ziele und von ganz unterschiedlichen Gruppierungen eingesetzt werden können, von losen Formationen bis hin zu etablierten Akteuren wie Gewerkschaften oder politischen Parteien.

Diese moderne Protestpraxis folgt verschiedenen politischen Logiken, wie Veränderung erreicht werden soll. Abstrakt lassen sich drei Grundformen unterscheiden: eine Logik der großen Zahl, die auf umfassende Mobilisierung zielt; eine Logik des Zeugnisgebens, bei der symbolische Formen des zivilen Ungehorsams im Vordergrund stehen; und eine Logik des Schadens, die durch das Durchbrechen von Regeln und gewaltförmigen Aktionen Widerhall erzeugen möchte. Konkret spiegeln sich diese Logiken in demonstrativem, konfrontativem und gewaltsamem Protest wider.

Derzeit setzt insbesondere die Klimabewegung immer wieder den Fokus auf konfronta-

tivere Taktiken: Seit 2019 sind vermehrt aktivistische Gruppierungen wie Extinction Rebellion oder Letzte Generation zu beobachten, die nicht nur demonstrieren, sondern auch Straßen blockieren oder symbolische Angriffe auf Kunstwerke inszenieren und damit die öffentliche Debatte um deren Angemessenheit verschärfen. Um diese Entwicklungen besser zu verstehen, kann ein Blick auf die langfristigen Trends in Deutschland helfen. Hierfür bietet eine medienbasierte Protestereignisanalyse, die am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Forschungscluster „Monitoringsystem und Transferplattform Radikalisierung (MOTRA)“ durchgeführt wird, über die Jahrzehnte hinweg einen umfassenden Datensatz. Dabei werden Zeitungsartikel systematisch ausgewertet, um so die Häufigkeit und Ausrichtung von Protestereignissen von 1950 bis 2023 zu erfassen. Dieses Vorgehen kann naturgemäß nicht alle Aktionen vollständig abbilden, erlaubt aber belastbare und über Zeit vergleichbare Aussagen über medienwirksame Protestformen. Die Daten, an deren Aufbereitung neben den Autoren dieses Beitrags auch Sophia Hunger, Lennart Schürmann und mehrere studentische Mitarbeiter*innen beteiligt sind, zeigen, dass seit den 1970er-Jahren alle drei Protestkategorien – große, demonstrative Massenproteste, konfrontative Aktionen und politische Gewalt gegen Personen oder Sachen – durchgängig Teil der deutschen Protestlandschaft waren.



Daniel Saldivia Gonzatti ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung von WZB und FU Berlin. Er widmet sich der Protest- und Radikalisierungsforschung im Rahmen des Projekts MOTRA vor allem aus textanalytischer Perspektive.
daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.



Swen Hutter ist Direktor des Zentrums für Zivilgesellschaftsforschung und Lichtenberg-Professor für Politische Soziologie an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsinteressen liegen an der Schnittstelle von politischer Soziologie und vergleichender Politikwissenschaft. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung wird getragen vom WZB und der Freien Universität Berlin.
swen.hutter@wzb.eu

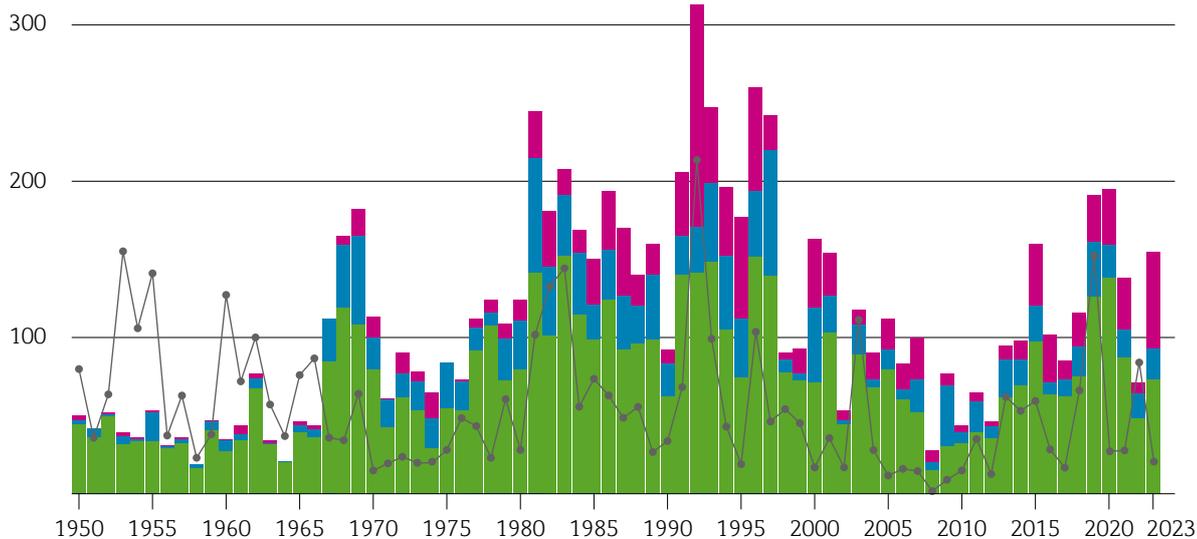
Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Aus der Abbildung lässt sich ablesen, dass sich die Zahl der Proteste zuletzt stark erhöht hat, während die Gesamtzahl der Teilnehmenden sinkt: Es findet mehr Protest in kleineren Gruppen statt. Ein großer Teil dieses Anstiegs wird durch politisch motivierte Gewalttaten verursacht, die mediale Aufmerksamkeit erzeugen, obwohl daran nur wenige Menschen beteiligt sind. Zugleich ist auffällig, dass sich im Themenfeld Umwelt und Mobilität besonders viele kleinere konfrontative Aktionen beobachten lassen, beispielsweise Straßenblockaden der Gruppe Letzte Generation. Diese werden in unserer Protestereignisanalyse zwar nicht als Gewalt klassifiziert, weil für diese Einstufung politisch motivierte Gewalt gegen Personen oder schwerwiegende Sachbeschädigung ausgeübt werden müsste. Dennoch sind die konfrontativen Aktionen zunehmend mit Gegenreaktionen verbunden, die ihrerseits gewaltsame Züge annehmen können.

„Es findet mehr Protest in kleineren Gruppen statt“

Angesichts der größeren Sichtbarkeit solcher Protestformen stellt sich die Frage, ob sie tatsächlich den beabsichtigten Effekt haben oder dem angestrebten Ziel eher schaden. Die Protestforschung kann hier keine eindeutige Ant-

Proteste in der Bundesrepublik Deutschland, 1950-2023



Die Säulen bilden die Anzahl der Protestereignisse pro Jahr ab, unterschieden nach Protestform.

● gewaltförmig ● konfrontativ ● demonstrativ

Die verbundenen Punkte — zeigen die Anzahl der Protestierenden (in 10.000).

Quelle: WZB ProtestMonitoring basierend auf der Berichterstattung der Süddeutschen Zeitung.

wort bieten, weil die Wirksamkeit konfrontativer Aktionen stark vom jeweiligen politischen und gesellschaftlichen Kontext und von den Zielen der Bewegung abhängt. Relevant ist zudem, wie die breite Öffentlichkeit die Aktionen wahrnimmt. Konfrontative Proteste können die mediale Aufmerksamkeit erhöhen und gleichzeitig Ablehnung provozieren. Gerade im Bereich des Klimaschutzes argumentieren einige Politiker*innen und Kommentator*innen, konfrontative Aktionen könnten der Klimabewegung insgesamt schaden, weil Menschen sich stärker gegen die Sache an sich stellen, wenn sie die konkreten Aktionen ablehnen.

Um diese Fragen empirisch zu prüfen, wurde in den Jahren 2022 und 2023 ein Umfrageexperiment durchgeführt. Dabei wurden die Teilnehmenden einer repräsentativen Befragung per Zufallsprinzip unterschiedlichen Szenarien zugeordnet: Manchen wurde eine friedliche Demonstration geschildert, anderen konfrontative Protestformen wie das Beschmieren eines Kunstwerks oder das Blockieren einer Straße. Einer Kontrollgruppe wurde kein Protestszenario vorgeführt. Nach der Lektüre berichteten die Befragten, wie sie die Aktion einschätzten und ob sie die Forderung nach weiterreichendem Klimaschutz unterstützten. Das Ergebnis zeigt drei zentrale Befunde: Erstens werden

konfrontative Protestformen wie Angriffe auf Kunstwerke und Straßenblockaden deutlich negativer bewertet als friedliche Demonstrationen. Zweitens jedoch schlägt sich die Ablehnung konfrontativer Proteste nicht in einer verminderten Zustimmung zu Klimaschutzmaßnahmen nieder. Im Gegenteil bleibt die Unterstützung klimapolitischer Ziele oder konkreter klimapolitischer Maßnahmen von der Protestform weitgehend unberührt. Drittens lösen friedliche Demonstrationen sogar eine höhere Zustimmung zu Klimaschutz aus als bei jenen Befragten, die nicht mit einem Protestszenario konfrontiert wurden. Das bedeutet, dass friedliche Demonstrationen tendenziell das Image und die Legitimität der Klimabewegung verbessern.

Diese Resultate sind allerdings nicht einheitlich über alle politischen Lager verteilt. Personen, die sich politisch rechts verorten, zeigen ohnehin die geringste Zustimmung zum Klimaschutz und lehnen Protestaktionen gleich welcher Art eher ab. Personen aus linken oder mittleren politischen Lagern bewerteten konfrontative Aktionsformen zwar kritischer als friedliche, verringern dadurch jedoch nicht ihre allgemeine Unterstützung für Klimamaßnahmen.

Unsere Ergebnisse sind also eher kein Argument für die oft geäußerte Befürchtung, radikale Protestformen könnten die Akzeptanz für den Klimaschutz insgesamt untergraben. Erwähnt sei an dieser Stelle, dass einige Studien aus den USA, etwa zu Black-Lives-Matter-Protesten, sogar andeuten, dass gewaltsamer Protest in bestimmten Situationen positive Effekte auf die Zustimmung zu liberalen Politiken haben kann.

„Ob wiederholte Störaktionen auf Dauer die Bereitschaft zum Dialog fördern oder die Fronten verhärten, bleibt eine offene Frage“

Das Bild ist uneinheitlich. Für den Klimaschutz in Deutschland aber lässt sich sagen, dass ein Rückstoßeffekt, der die Klimabewegung insgesamt schwächen würde, jedenfalls kurzfristig nicht nachweisbar ist. Bewegungen, die konfrontative Mittel nutzen, riskieren zwar, Teile ihrer Unterstützerbasis zu verprel-

len, erzielen aber oft eine erhöhte mediale Resonanz und erreichen damit eine Sichtbarkeit, die friedlichen Demonstrationen häufig verwehrt bleibt. Ob dies langfristig so bleibt, ob also wiederholte Störaktionen auf Dauer die Bereitschaft zum Dialog fördern oder die Fronten verhärten, bleibt eine offene Frage für zukünftige Forschung. Klar ist jedoch gerade beim Thema Klimawandel, dass die Mobilisierung möglichst vieler Akteure gelingen muss, damit zentrale Maßnahmen politisch umsetzbar werden.

Als Gesamteindruck bleibt, dass es keine einfache Formel für erfolgreiche Proteste und politische Veränderungen gibt. Unterschiedliche Protestformen entstehen aus unterschiedlichen Logiken und setzen verschiedene Hebel in Bewegung. In demokratischen Gesellschaften misst sich der Erfolg nicht nur an der direkten Wirkung auf politische Entscheidungsträger*innen, sondern auch daran, wie stark eine Bewegung langfristig Rückhalt in der Öffentlichkeit findet. Für engagierte Bürger*innen, in sozialen Bewegungen Aktive und politische Entscheidungsträger*innen bleibt die Frage daher weiter offen, wie sich gesellschaftliche Mehrheiten für große Herausforderungen am ehesten gewinnen lassen. ●

Literatur

Borbáth, Endre/Hutter, Swen: „Environmental Protests in Europe“. In: *Journal of European Public Policy*, 2024, S. 1-26. DOI: 10.1080/13501763.2024.2390701.

Olzak, Susan: „The Consequences of Violent and Non-Violent Black Lives Matter Protest for Movement Support“. In: *Mobilization: An International Quarterly*, 2024, Jg. 29, H. 3, S. 287-307.

Saldivia Gonzatti, Daniel/Hunger, Sophia/Hutter, Swen: *Environmental Protest Effects on Public Opinion: Experimental Evidence from Germany (Analysebericht)*. 2023. DOI: 10.31219/osf.io/5mb3u.

Tarrow, Sidney: „Modular Collective Action and the Rise of the Social Movement: Why the French Revolution was Not Enough“. In: *Politics & Society*, 1993, Jg. 21, H. 1, S. 69-90.

Tilly, Charles: *Popular Contention in Great Britain, 1758-1834*. Cambridge: Harvard University Press 1995.

In den eigenen Reihen

Rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft

Im Sportverein bildet sich eine neonazistische Gruppe, beim Feuerwehrfest wird ein Freiwilliger rassistisch angegriffen, die Vorsitzende der Kirchengemeinde verbreitet extrem rechte Ansichten. Immer öfter werden zivilgesellschaftliche Organisationen Ziel rechter Interventionen. Sie haben damit nicht mehr nur mit extrem rechten Parteien oder Amtsträgern zu tun; Konflikte entstehen in den eigenen Reihen. Physische und verbale Angriffe sind gut dokumentiert – die Auseinandersetzung mit subtilen Formen der Vereinnahmung steht dagegen noch am Anfang.

Christin Jänicke und Hans Jonas Gunzelmann

Hunderttausende Menschen protestierten in ganz Deutschland kurz vor den vorgezogenen Bundestagswahlen im Februar erneut gegen extrem rechte Politik; unter ihnen Engagierte aus Gewerkschaften, Kirchen und Wohlfahrtsverbänden. Seit Wochen setzt sich ein breites Bündnis zudem für ein Verbot der extrem rechten AfD ein. Zivilgesellschaftliche Organisationen, darunter der Bund Deutscher Pfadfinder_innen, die Naturschutzjugend und die Berliner Obdachlosenhilfe, gehören maßgeblich zu den Initiatoren. Diese beiden Beispiele verdeutlichen, dass zivilgesellschaftliche Organisationen bedeutende Akteure in der Auseinandersetzung mit Rechtsextremismus sind. Oft verbinden wir mit ihnen das Ideal einer lebendigen, engagierten Zivilgesellschaft, in der demokratische Werte nicht nur hochgehalten, sondern auch aktiv gelebt werden, und in der die gesellschaftliche Teilhabe gefördert wird.

Was aber, wenn in Gemeinden, Vereinen und Initiativen selbst rechte Positionen vertreten werden? Immerhin treffen hier Menschen mit unterschiedlichsten sozialen, kulturellen und

politischen Hintergründen und Interessen aufeinander. Wie regelmäßig erhobene Untersuchungen zeigen, sind extrem rechte Einstellungen in der gesamten Gesellschaft verbreitet; die Zivilgesellschaft als Ort gemeinschaftlichen Lebens in Vereinen, Verbänden und anderen Organisationsformen abseits von Markt und Staat bleibt davon nicht unberührt. Zunehmend wirft auch die Forschung einen Blick auf diese unzivile Seite der Zivilgesellschaft.

„So vielfältig die organisierte Zivilgesellschaft ist, so vielfältig sind auch die Formen rechter Interventionen“

Wir wollten die verschiedenen Facetten der Zivilgesellschaft besser verstehen und im Rahmen unseres Projektes „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ untersuchen, einer Kooperation des WZB und der Universität Kassel. Dazu haben wir Artikel aus

Tageszeitungen, antifaschistischen Zeitschriften und Interviews mit Expert*innen in verschiedenen zivilgesellschaftlichen Feldern aus den Jahren 2018 bis 2023 in Deutschland analysiert. Auf der Grundlage dieser drei Quellen wollten wir herausfinden, wie sich rechte Interventionen in der Zivilgesellschaft manifestieren, von wem sie ausgehen und an wen sie sich richten. Unsere Ergebnisse zeigen: So vielfältig die organisierte Zivilgesellschaft ist, so vielfältig sind auch die Formen rechter Interventionen. Diese reichen von tätlichen Angriffen auf Engagierte und deren Einrichtungen über die Gründung extrem rechter Organisationen bis hin zu Spendenangeboten und Vereinnahmungen. Wir beobachten die rechten Interventionen aus drei verschiedenen Perspektiven: Die Tageszeitungen erlauben eine Analyse der Medienperspektive, antifaschistische Zeitschriften geben die Perspektive der Aktivist*innen wieder, die Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteuren schließlich spiegeln die Betroffenenperspektive. Aus der Kombination der Zugänge ergibt sich ein umfassendes Bild rechter Interventionen in die Zivilgesellschaft.

„Angriffe, Bedrohungen und Raumnahmen sind wesentliche Elemente extrem rechten Handelns“

Drei Formen der Intervention lassen sich beschreiben: Erstens sind Angriffe, Bedrohungen und Raumnahmen wesentliche Elemente extrem rechten Handelns. Insbesondere über gewaltsame oder konflikthafte Fälle wird in Tageszeitungen berichtet – etwa drei Viertel aller rechten Interventionen zählen zu dieser Kategorie. Die meisten erfordern nur geringen Aufwand und bestehen vor allem aus verbalen Aktionen, insbesondere aus Hassreden, aber auch aus kleineren Formen von Sachbeschädigung und körperlicher Gewalt. Typische Fälle sind rassistische Beleidigungen bei Fußballspielen. Seltener sind Ereignisse zu finden, die einen mittleren oder sogar hohen Ressourceneinsatz verlangen. Dazu gehören Formen der Gewalt, die mehr Planung oder Koordination erfordern, von kollektiven Übergriffen bis hin zu Morden. Zudem gibt es gewaltfreie Formen wie Demonstrationen oder öffentliche Äußerungen, die aber aufgrund ihres konfrontativen Cha-



Christin Jänicke ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in den Projekten „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ und „Wirksam gegen Rechtsaußen. Evidenzbasierte Strategien für den Umgang mit der extremen Rechten“. Sie promoviert an der Freien Universität Berlin zum zivilgesellschaftlichen Umgang mit Rechtsextremismus, mit Schwerpunkt auf Ostdeutschland. Das Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung ist ein gemeinsames Zentrum des WZB und der Freien Universität Berlin. christin.jaenicke@wzb.eu

Foto: © WZB/Bernhard Ludewig, alle Rechte vorbehalten.

racters als feindselig gegenüber zivilgesellschaftlichen Organisationen und ihren Engagierten wahrgenommen werden können.

„Extreme Rechte gründen auch eigene Initiativen oder Vereine“

Zweitens umfasst das rechtsextreme Repertoire eigenständige Aktionen, also selbst organisierte Veranstaltungen. Von diesen Ereignissen berichten vor allem Aktivist*innen, seltener die Medien. Solche Aktionen machen mehr als die Hälfte aller Fälle in antifaschistischen Zeitschriften aus. Sie lassen sich hauptsächlich in zwei Kategorien einteilen. Zum einen organisiert die extreme Rechte eigene zivilgesellschaftliche Aktivitäten wie Sportfeste oder Gedenkveranstaltungen. Eine eigene Veranstaltung erfordert in der Regel mehr Ressourcen, was sie von der Mehrheit der gewaltsamen und konflikthafte Interventionsformen unterscheidet, die oft spontan, also ohne umfangreiche Planung, stattfinden. Ein Faustschlag oder ein menschenverachtender Spruch benötigen weniger Vorbereitung und Ressourcen als ein bundesweites Großkonzert. Zum anderen grün-

det die extreme Rechte Initiativen oder Vereine – von extrem rechten Wandergruppen und bundesweiten neonazistischen Kampfsportturnieren bis hin zu extrem rechten Heimatvereinen oder innerbetrieblichen Interessenvertretungen, die sich als Gewerkschaft verstehen. Besonders bei letzterem Beispiel ist ein höherer Ressourceneinsatz erforderlich: Personal, Material, Zeit und Geld sind notwendig, um eine dauerhafte rechte Organisation zu etablieren. Durch solche Aktionen tritt die extreme Rechte oft bewusst in Konkurrenz zu etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen.

Eine dritte Form rechter Interventionen sind Kooperationsversuche mit etablierten Organisationen der Zivilgesellschaft. Dies zeigt vor allem die Betroffenenperspektive. Medien berichten eher selten von Kooperationsveranstaltungen, in den Interviews mit zivilgesellschaftlichen Akteur*innen stellten sie die Mehrheit der genannten Fälle. Viele Interviewpartner*innen betonten, dass die extreme Rechte nicht nur in Konfrontation mit etablierten zivilgesellschaftlichen Organisationen geht, sondern auch aktiv Kooperationsangebote unterbreitet. Hier können wir vor allem zwei Varianten unterscheiden: Rechtsextreme Akteure suchen den Kontakt zur Zivilgesellschaft, indem sie Ressourcen anbieten oder bereitstellen. So werden beispielsweise Geldspenden an Schützenvereine oder Suppenküchen offeriert, ebenso wie Sachspenden an Tierschutzvereine. Außerdem beobachten wir die Vereinnahmung von Themen und Inhalten zivilgesellschaftlicher Organisationen durch extrem rechte Akteure. Solche Formen der Intervention finden wir zum Beispiel im kirchlichen Bereich, wenn es um Abtreibung und Selbstbestimmung geht. Auch Heimatvereine sehen sich extrem rechten Deutungen von Heimat gegenüber, wie Accounts und Hashtags in den sozialen Medien verdeutlichen. Hinter auf den ersten Blick unpolitischen Profilen, die Bilder von Natur und Familie präsentieren, verbergen sich völkische Narrative extrem rechter Akteure. Heimatvereine stehen vor der Herausforderung, ihre Inhalte von Rechtsaußen abzugrenzen.

Werfen wir einen genaueren Blick darauf, von wem die rechten Interventionen ausgehen. Die Ergebnisse zeigen eine bemerkenswerte Vielfalt: In unseren Daten identifizierten wir mehr als 187 unterschiedliche Akteure. Die meisten Interventionen lassen sich extrem rechten Parteien zuschreiben. Es gibt aber eine breite Pa-



Hans Jonas Gunzelmann ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung in den Projekten „Organisierte Zivilgesellschaft und rechte Interventionen“ und „Wirksam gegen Rechtsaußen. Evidenzbasierte Strategien für den Umgang mit der extremen Rechten“. Seine Forschungsinteressen sind politische Soziologie und Organisationssoziologie, insbesondere soziale Bewegungen, Protest und Zivilgesellschaft.
jonas.gunzelmann@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

lette an intervenierenden Akteuren, die nicht eindeutig rechtsextrem sind. In mehr als einem Drittel der Fälle konnten wir entweder eine andere Ideologie zuordnen, oder der politische Hintergrund der Akteure blieb unklar. Deutlich wird auch: Rechte Interventionen stellen nicht nur externe Bedrohungen dar; viele der Akteure stammen aus zivilgesellschaftlichen Strukturen. Dabei ist die Grenze zwischen dem Innen und Außen der Zivilgesellschaft fließend, da es sowohl ideologische Ähnlichkeiten als auch Netzwerke zwischen Akteuren in beiden Bereichen gibt.

„Rechte Interventionen gehen nicht immer von klar identifizierbaren extrem rechten Akteuren aus“

An wen richten sich diese rechten Interventionen? In erster Linie zielen sie auf die Normen und Werte der verschiedenen zivilgesellschaftlichen Bereiche, wie etwa der Kirche, Gewerkschaften oder Heimatvereine. Häufig richten sich diese Interventionen auch gegen einzelne Organisationen der Zivilgesellschaft. Fälle von Interventionen auf individueller Ebene sind

seltener; wenn sie auftreten, betreffen sie oft hauptamtliche Mitarbeiter*innen oder Personen, die sich öffentlich gegen Rechtsextremismus oder Rassismus positionieren.

Unsere Ergebnisse hinterfragen die Vorstellung einer scharfen Trennung zwischen einer demokratischen Zivilgesellschaft und der extremen Rechten als äußerer Bedrohung für zivilgesellschaftliche Organisationen und deren Mitglieder. Rechte Interventionen gehen nicht immer von klar identifizierbaren extrem rechten Akteuren aus; sie kommen auch von nicht-rechtsextremen Personen, die extrem rechte Forderungen vertreten. In ihren unterschiedlichen Formen stellen die Interventionen grundlegende Bereiche der Zivilgesellschaft in Frage

– sie betreffen zentrale Normen, Werte und Beziehungsstrukturen und haben weitreichende Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft. Wir können also die Zivilgesellschaft nicht als ein unerschütterliches Bollwerk gegen die extreme Rechte betrachten, sondern als eine Arena, in der Konflikte und Aushandlungsprozesse stattfinden. In Anbetracht der Veränderungen, die durch das Erstarken der extremen Rechten bereits sichtbar werden, kommt der Zivilgesellschaft eine Schlüsselrolle zu. ●

Informationen zum Projekt unter: www.wzb.eu/de/forschung/wandel-politischer-systeme/zentrum-fuer-zivilgesellschaftsforschung/projekte/organisierte-zivilgesellschaft-und-rechte-interventionen

Manifeste Veränderungen

Wie sich das Lager der Rechten programmatisch neu ausrichtet

Manifeste sind Texte, die Rahmenprogramme darlegen und zu Veränderung aufrufen. Lange Zeit war diese Gattung eher eine Spezialität der politischen Linken, doch das hat sich geändert. Anlass genug für Dieter Plehwe, politische Manifeste der jüngeren Zeit zu analysieren, um Strategien rechter Bewegungen besser zu verstehen.

Dieter Plehwe

Bis in die jüngere Vergangenheit war die Geschichte der politischen und kulturellen Manifeste selbst gleichermaßen ein Manifest für Fortschritt. In den Texten ging es meist um Widerstand gegen Tradition, Macht und Herrschaft und um den Glauben an Veränderung und Emanzipation. Vom kommunistischen Manifest von Karl Marx und Friedrich Engels aus dem Jahr 1848 über den offenen Brief Émile Zolas gegen den Antisemitismus von 1898 und das Manifest der Bauhaus-Bewegung von 1919 bis hin zum Manifest der Situationisten (1960) oder dem feministischen Manifest von Valerie Solanas von 1967: Immer wieder schrieben Intellektuelle Aufrufe zum Kampf gegen Unterdrückung, Anpassung und Unterwerfung in Wirtschaft, Kunst, Geschlechterverhältnissen und Gesellschaft. Gefordert wurden wirtschaftliche Selbstbestimmung, soziale Gleichheit, Frauenrechte und individuelle Selbstverwirklichung.

Weniger breite Beachtung fanden demgegenüber lange Zeit die konservativen und rechten Manifeste. Dazu zählen Edmund Burkes Reflexionen zur französischen Revolution im 18. Jahrhundert oder das konservative Manifest von G. K. Chesterton aus dem Jahr 1945 in Großbritannien. Populärer waren bereits das Manifest von Jean-Marie Le Pen Front National von 2002 und das Mani-

fest der Identitären Bewegung von 2013, beide unter starkem Einfluss neurechter Intellektueller in Frankreich. In dieser konservativen bis reaktionären Linie manifestiert sich der erklärte Widerstand gegen die großen gesellschaftlichen Veränderungen nach dem Zweiten Weltkrieg, die zuerst häufig unter eher linken – sozialdemokratischen, sozialliberalen – und dann unter rechten – neoliberalen – Vorzeichen die gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Zusammenhänge modernisierten. Der Sozialliberalismus erweiterte und globalisierte soziale Rechte, zielte auf soziale Mobilität und die Überwindung überkommener Rollenmuster, auf Individualisierung. Die neoliberale Bewegung drängte soziale Rechte zurück und privilegierte die ökonomischen Freiheitsrechte, zielte auf eine globale Wirtschaftsverfassung und ökonomische Dynamik, denen sich Kultur und Sozialwesen unterzuordnen hatten. Weil sich konservative Parteien, die „alte“ Rechte, am Auf- und Ausbau des Wohlfahrtsstaates beteiligten, bezeichneten sich die neoliberalen Vorkämpfer des Reaganismus und Thatcherismus in Abgrenzung dazu als „Neue Rechte“. Doch gerade in diesem Lager sind in jüngster Zeit höchst dynamische Weiterentwicklungen und neue Abgrenzungen zu beobachten.

Die Debatten der 1970er-Jahre konzentrierten sich stark auf wirtschaftspolitische Fragen.

Laut wurden Forderungen nach „mehr Markt“, „weniger Staat“ und „Deregulierung“ vorgetragen. Aber schon die Gründer der neoliberalen Mont-Pèlerin-Gesellschaft zielten nicht nur auf ökonomische Freiheit, sondern attackierten auch die Relativierung kultureller Normen. Unter dem Namen „Neue Rechte“ versammelte sich eine bunte Allianz aus marktliberalen, religiös-traditionalistischen und anti-kommunistischen Kräften.

„Das Gegenkonzept der Neuen Rechten zum Wohlfahrtsstaat war die lokale Gemeinschaft, in der Tradition der christlichen Soziallehre“

Zu erleben war diese Allianz zum Beispiel in den USA bei der Unterstützung des Präsidentschaftskandidaten Ronald Reagan im Wahlkampf 1980 (und schon bei dessen Parteinahme für den republikanischen Kandidaten Barry Goldwater in den 1960er-Jahren). Diese Republikaner begründeten die als „fusionism“ bekannte Linie, eine Verbindung von Traditionalismus und libertärem Denken. Margaret Thatcher attackierte in Großbritannien die Vorstellung von der Gesellschaft als Instanz zur Lösung von sozialen Fragen und betonte demgegenüber die Pflichten von Individuum, Familie und Nachbarschaft. Das Gegenkonzept der Neuen Rechten zum Wohlfahrtsstaat war die lokale Gemeinschaft, in der Tradition der christlichen Soziallehre. Weil das Ende der sozialistischen Staatengemeinschaft, die wirtschaftliche Dynamik der ökonomischen Globalisierung und verschiedene Krisen weltweit starke Migrationsbewegungen auslösten, gerieten Gemeinden und Gemeinschaften vielerorts unter Druck.

Das neoliberale Programm der Deregulierung verstärkt soziale Unsicherheit und (Arbeits-) Migration. Das fördert kosmopolitische Perspektiven, kulturelle und religiöse Öffnung. Gleichzeitig wird aber die soziale Stabilität traditioneller Gemeinschaften in Frage gestellt. Die Reaktion der konservativen Parteien auf diese Ambivalenz der Globalisierung wirkte hilflos: Der CDU-Politiker Jürgen Rüttgers prägte die ausländerfeindliche Parole „Kinder statt



Dieter Plehwe ist wissenschaftlicher Mitarbeiter der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion und Privatdozent für Politikwissenschaft an der Universität Kassel. Zu seinen Forschungsthemen gehören Neoliberalismus, politische Mobilität und europäische Integration.
dieter.plehwe@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Inder“, Außenminister Hans-Dietrich Genscher von der FDP postulierte: „Wir sind kein Einwanderungsland.“ Immer ging es um eine Beschränkung der Zuwanderung, wenn auch unter den Prämissen der Marktliberalisierung. Die jüngste Variante der Neuen Rechten stellt sich anders dar.

„Die neueste Neue Rechte setzt auf nationale Unabhängigkeit, die Ablehnung von Imperialismus und Globalismus und den Vorrang nationaler Regierungen“

Zwar trägt auch die neueste „Neue Rechte“ Elemente der neoliberalen Rhetorik vor – mit einem Fokus auf Privateigentum, Wettbewerb und einem starken, aber begrenzten Staat. Aber sie lehnt den expansiven, universellen und globalen Charakter des herkömmlichen neoliberalen und sozialkonservativen Projektes deutlich ab. Die transatlantische Autor*innengruppe der Edmund Burke Foundation um ihren Vorsitzenden Yoram Hazony verfasste 2022 ein „Statement of Principles“, das mit folgenden Worten beginnt: „Wir sind Bürger der westlichen Nationen, die alarmiert sind davon, dass die traditio-

nellen Überzeugungen, Institutionen und Freiheiten, die die Länder prägen, die wir lieben, zunehmend ausgehöhlt oder gar verworfen werden“ [Übersetzung aller Zitate: d. Red.]. Im Kampf gegen die wahrgenommene Bedrohung setzt die Gruppe auf drei Prinzipien: nationale Unabhängigkeit, die Ablehnung von Imperialismus und Globalismus und den Vorrang nationaler Regierungen.

Wie sich diese Bewegung von der klassischen neoliberalen Linie abgrenzt, wird besonders deutlich an der Ausführung zum zweiten Prinzip: „Wir verurteilen den Imperialismus von China, Russland und anderen autoritären Staaten. Aber wir lehnen auch den liberalen Imperialismus der vorigen Generation ab, die Macht, Einfluss und Wohlstand gewinnen wollte, indem sie andere Nationen beherrschen und sie nach ihrem eigenen Vorbild formen wollte.“ Ebenfalls interessant ist die Anordnung der zentralen Programmpunkte: Gott und Religion mit Vorrechten der (christlichen) Mehrheit bei Anerkennung des Schutzes von religiösen Minderheiten kommen vor Rechtsstaatlichkeit und freiem Markt. Zu den Themen Privateigentum und unternehmerische Freiheit wird zudem explizit gefordert, dass diese Institutionen im Dienst der nationalen und allgemeinen Wohlfahrt stehen müssen: „Aber der freie Markt kann nicht absolut sein. Globalisierte Märkte erlauben es heutzutage fremden Mächten, Amerika und andere Staaten als Produzenten zu beschädigen, sie ökonomisch zu schwächen und ihre Gesellschaften zu spalten. Transnationale Unternehmen, die wenig Loyalität gegenüber einzelnen Staaten haben, beschädigen das öffentliche Leben, indem sie die politische Rede zensurieren, Länder mit gefährlichen und suchterzeugenden Substanzen und Pornografie überschwemmen und für obsessive und destruktive Verhaltensweisen werben.“

„Beendet werden müsse die globalistische Gesinnung der meisten Universitäten, sie laufe nationalistischen und konservativen Ideen zuwider“

Die Autor*innen sprechen sich für die traditionelle Familie und eine stärkere Begrenzung der Einwanderung aus, wenden sich aber auch klar

gegen rassistische Diskriminierung. Aufschlussreich ist ebenfalls ein Passus, der die verstärkte Indienstnahme der öffentlich finanzierten Forschung für Verteidigungszwecke fordert, speziell die Förderung technologischer Entwicklung mit militärischer Anwendung. Beendet werden müsse die globalistische Gesinnung der meisten Universitäten, sie laufe nationalistischen und konservativen Ideen zuwider. „Solche Institutionen verdienen keine Unterstützung aus Steuergeldern, solange sie sich nicht wieder nationalen Interessen verschreiben. Die Bildungspolitik muss anerkannten nationalen Bedürfnissen dienen.“

„Zunächst gerieten konservative, nach und nach auch andere Parteien stark unter den Einfluss kosmopolitisch-neoliberalen Denkens“

Offiziell geht es dem neuen Lager des „Nationalen Konservatismus“ um die Verteidigung von Tradition und überkommener Kultur. Das klingt nach einer Rolle rückwärts, verlangt aber weitreichende Veränderungen: Die Zukunft soll sich an der Vergangenheit orientieren, die allerdings rekonstruiert, also neu interpretiert werden muss. Schübe von Modernisierung und Individualisierung sollen nicht nur ausgebremst, sondern zurückgenommen werden. Dieser Backlash wird als überfällige Reaktion auf (zu) raschen politischen und kulturellen Wandel präsentiert. Er zielt auf eine strategische Umsteuerung, die von den Akteuren keineswegs verheimlicht wird. Die Edmund Burke Foundation organisiert jährliche Konferenzen zum Thema „Nationaler Konservatismus“; ihre Webseite (<https://nationalconservatism.org/>) präsentiert eine große Zahl von Schriften und Videos. Die Aktivitäten überlappen sich mit den Conservative Political Action Conferences (CPAC) von konservativen Aktivisten und Volksvertreterinnen in den USA, die in den 2020er-Jahren auch international stattfanden (2022 in Ungarn, 2024 in Argentinien).

Misst man Inhalt und Bedeutung von jüngeren Manifesten, dann verlagert sich die gesellschaftliche Dynamik zunehmend ins Lager der Neuen Rechten. Neben der Entwicklung einer

Programm-Kompetenz im Detail (Brexit, „Re-Migration“ etc.) geht es um die großen Linien, um die Beeinflussung von Parteiprogrammen und Denkweisen im rechten beziehungsweise konservativen Lager und darüber hinaus. Um politisch wirksam zu werden, müssen diese Manifeste von Parteien und weiteren Akteuren konkretisiert werden. In der jüngeren Geschichte des konservativen Lagers gelang eine solche Neuprogrammierung offenbar zwei Mal: Die erste neurechte Programmatik attackierte den regulierten Sozialstaatskapitalismus und betonte die marktwirtschaftliche Globalisierung. Der Erfolg war umfassend. Zunächst gerieten konservative, nach und nach auch andere Parteien stark unter den Einfluss kosmopolitisch-neoliberalen Denkens.

Die zweite neurechte Programmatik begnügt sich nicht mit dem Umbau oder Abbau des Sozialstaats. Die aktuelle Generation der Neuen Rechten betont traditionelle Werte wie Nation, Gemeinschaft, Religion und Kultur und begründet damit eine neue Art selektiver Solidarität. Damit erscheint sie vielen im Grundsatz als anti-(neo-)liberal. Das ist ein Missverständnis, weil schon die Neue Rechte der 1960er- und 1970er-Jahre Kommunitarismus und traditionelle Werte als wichtige Grundlagen der Marktgemeinschaft betonte und Freiheitsrechte mit Besitz verknüpfte. Wirklich neu aber sind der rabiate Nationalismus und der militante Militarismus, die Abwendung von akademischer

Freiheit in Forschung und Lehre sowie die Abkehr von Formen der supranationalen Governance-Architektur im Rahmen der Vereinten Nationen, aber auch der Europäischen Union, die allerdings schon im Lager der Neoliberalen umstritten war.

Yoram Hazonys Buch „The Virtue of Nationalism“ stieß bei seinem Erscheinen 2018 auf großes Interesse und schneidende Kritik. Der Autor leitet einen romantischen Nationalismus historisch aus einem heroischen Kampf der Niederlande und Großbritanniens gegen das Heilige Römische Reich Deutscher Nation und das Habsburger Kaiserreich ab. Liberalismus setzt Hazony mit Internationalismus gleich, obwohl nationalliberales Denken in vielen Ländern vorherrschte. Hazonys neue Interpretation der europäischen Geschichte stößt daher zu Recht auf Widerspruch. Wenn aber die Zeitschrift *The Economist* im Februar 2024 auf ihr Cover schreibt: „The right goes gaga. Meet the Global Anti-Globalist Alliance“, trägt sie kaum dazu bei, die neue Sinnstiftung im Lager der Neuen Rechten zu begreifen. Hazony knüpft bei den Idealen der schottischen Aufklärung an, um eine neue Brücke zwischen Religion, Tradition und säkularen Formen nationaler Herrschaft zu schlagen. Phantasie und neue Ideen für internationale Zusammenarbeit zur Bewältigung globaler Krisen sind allerdings nicht zu erwarten. ●

Literatur

Amidon, Steven Russel: *Manifestoes: A Study in Genre*. University of Rhode Island, 2023. DOI: 10.23860/diss-amidon-stevens-2003.

Hazonys, Yoram: *The Virtue of Nationalism*. New York: Basic Books 2018.

Plehwe, Dieter/Farrell, Justin/Araldi, Lucas/Bryant, Jesse Callahan/Callison, William/et al.: „Climate Policy Obstruction on the Right and Far Right“. In: Timmons Roberts/Carlos Milani/Jennifer Jacquet/Christian Downie (Hg.): *Global Assessment of Climate Obstruction*. Oxford: Oxford University Press 2025 (im Erscheinen).

Slobodian, Quinn/Plehwe, Dieter: „Neoliberals Against Europe“. In: William Callison/Zachary Manfredi (Hg.): *Mutant Neoliberalism. Market Rule and Political Rupture*. New York: Fordham University Press 2020, S. 89-111.

Ein Mensch, ein Wort

Veränderungen der Komplexität von Sprache im Deutschen Bundestag

Oft wird davon ausgegangen, dass populistische Parteien und Akteure eine einfachere Sprache benutzen. Stimmt das? Gibt es einen Grenzwert, ab dem Sprache zu einfach oder aber zu komplex wird und damit der Kommunikation mehr schadet als nützt? Um Antworten auf diese Fragen zu finden, hat Rebecca Kittel mehr als 130.000 Reden der letzten drei Jahrzehnte im Deutschen Bundestag analysiert. Nicht alle Ergebnisse waren erwartbar.

Rebecca Kittel

Sprache verändert sich. 3.000 Wörter wurden allein 2024 in die Neuauflage des Dudens aufgenommen. Diese Veränderung macht sich nicht nur in unserem Alltagsleben bemerkbar, sondern ebenso in politischen Diskussionen und parlamentarischen Debatten. Ich bin der Frage nachgegangen, wie sich die Komplexität der Sprache über die letzten 30 Jahre hinweg im Deutschen Bundestag verändert hat. Dabei untersuche ich auch, wie Sprachkomplexität auf Wählerinnen und Wähler wirkt.

„Einfachere Sprache kann zu einer besseren Verbindung zwischen der Wählerschaft und den Abgeordneten führen“

Warum ist die Frage nach der Komplexität von Sprache in diesem Zusammenhang überhaupt relevant? Politiker*innen, die es schaffen, komplexe Inhalte in einfachen und verständlichen Worten wiederzugeben, erreichen mehr Menschen als mit komplizierten Ausführungen. Die

Art der Kommunikation hat also direkte Auswirkungen auf demokratische Repräsentation. Wenn Politikerinnen und Politiker ihre Themen verständlich darstellen, können sie ihren Wählerinnen und Wählern besser erklären, wofür sie stehen und wofür sie sich einsetzen. Für Wählerinnen und Wähler wird es damit einfacher, eine klare Entscheidung im Wahlprozess zu bilden, aber auch herauszufinden, ob die oder der von ihnen gewählte Abgeordnete ihre oder seine Versprechen hält. Einfachere Sprache kann somit zu einer besseren Verbindung zwischen der Wählerschaft und den Abgeordneten führen. Das stärkt zentrale Pfeiler unserer repräsentativen Demokratie. Auf der anderen Seite kann eine zu einfache Sprache bewirken, dass Politikerinnen und Politiker als weniger kompetent wahrgenommen werden, da sie komplexe Inhalte nicht detailliert genug wiedergeben können. Eine zentrale Frage in der politischen Kommunikation, und in meiner Forschung, ist also auch, wann Sprache einfach genug ist und wo sie zu einfach wird.

Um Sprachkomplexität zu messen, habe ich den sogenannten Läsbarhetsindex (LIX) verwendet, der 1968 von Carl-Hugo Björnsson entwickelt

worden ist. Lesbarkeitsindizes helfen dabei, die Lesbarkeit von Texten formal zu bestimmen. Sie stammen ursprünglich aus den Bildungs- und Erziehungswissenschaften und dienen unter anderem der Einordnung von Schultexten in Jahrgangsstufen. Es wurden verschiedene Formeln entwickelt, um die Lesbarkeit von Texten zu bestimmen. Diese Formeln sind auch abhängig von der jeweiligen Sprache. Der LIX-Index, den ich verwende, wurde für Schwedisch entwickelt, wird aber oft auf deutsche Texte angewendet. Er beruht auf einem recht simplen Rechenmuster: Die Anzahl der Wörter in einem Text wird durch die Anzahl der Sätze geteilt. Anschließend wird die Anzahl an Wörtern mit 7 oder mehr Buchstaben mit 100 multipliziert und durch die Anzahl der Wörter im Text geteilt. Diese beiden Zahlen werden addiert, was eine Zahl ergibt, die im Schnitt zwischen 20 und 60 liegt. Kleinere Zahlen kennzeichnen einfachere Texte, höhere Zahlen komplexere Texte. Automatisierte Textanalyseverfahren ermöglichen die Anwendung auf große Mengen von Textdaten.

Um alle Parlamentsdebatten der letzten 30 Jahre zu analysieren, benutze ich den Open-Discourse-Datensatz von Florian Richter und Kolleg*innen. Er beinhaltet alle Plenarprotokolle des deutschen Bundestages seit 1949 und fasst diese in einem maschinenlesbaren Datensatz zusammen. Dieser Datensatz bietet den Vorteil, dass er für Verfahren der quantitativen Textanalyse geeignet ist. Er basiert auf den Stenografischen Berichten des Bundestages, die von der Webseite des Bundestages heruntergeladen werden können. Ein weiterer Vorteil des Open-Discourse-Datensatzes ist, dass der individuelle Lesbarkeitsscore jeder Debatte automatisiert durch das Statistikprogramm R bestimmt werden kann. Für meine Analyse habe ich mehr als 130.000 Reden verwendet. Eine Rede hat im Durchschnitt etwa 400 Wörter. Nicht einbezogen habe ich Einheiten, die 150 oder weniger Wörter beinhalten und die ich als Zwischenrufe, Unterbrechungen oder Ergänzungen klassifiziert habe. Der Zeitraum meiner Analyse sind die drei Jahrzehnte von 1991 bis 2021.

Wie komplex ist die Sprache im Deutschen Bundestag, und wie hat sich die Komplexität in diesem Zeitraum entwickelt? Es zeigt sich, dass die Sprache insgesamt einfacher geworden ist. Überraschend mag sein, dass entgegen vieler theoretischer und anekdotischer Vermutungen nicht die Redner*innen von populistischen



Rebecca Kittel ist wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Freien Universität Berlin im ERC-Projekt *LOOPS (Logistics of Popular Uprisings in Competitive Authoritarian Regimes)* und Gastwissenschaftlerin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung am WZB. rebecca.kittel@wzb.eu

Foto: © Tobias Koch, alle Rechte vorbehalten.

Parteien im Durchschnitt am einfachsten sprechen. Das belegt eine intensivere Analyse der 19. Legislaturperiode, also der Jahre von 2017 bis 2021. In diesem Zeitraum war die Alternative für Deutschland (AfD) zum ersten Mal im Bundestag vertreten. Auch die Linke war in dieser Legislaturperiode im Bundestag vertreten – dadurch ist der Zeitraum gut geeignet für einen Vergleich von links- und rechtspopulistischer Sprache. Ich konnte analysieren, ob Populismus mit geringerer Sprachkomplexität einhergeht, unabhängig von der Ideologie, oder welche sonstigen Faktoren die Sprachkomplexität beeinflussen.

Es zeigt sich, dass Populismus nicht ausschlaggebend dafür ist, dass grammatikalisch einfachere Sprache verwendet wird. Tatsächlich sprechen Abgeordnete der AfD in der 19. Legislaturperiode sogar am komplexesten, gefolgt von Abgeordneten der CDU. Am einfachsten sprechen in diesem Zeitraum Abgeordnete der Grünen, wohingegen Abgeordnete von SPD, FDP und der Linken eine ähnliche (mittlere) Sprachkomplexität aufweisen. Dieses Ranking bleibt allerdings nicht gleich; die Komplexität der Sprache ändert sich auch innerhalb der einzelnen Parteien: Sieben Legislaturperioden früher, von 1990 bis 1994, waren die Abgeordneten der Grünen – neben PDS und CSU – die komplexesten Redner.

Die Arbeit mit Lesbarkeitsindizes hat ihre Grenzen. So kann nicht gemessen werden, ob Parteien mit einfachen Lösungen, Ideen oder



Da waren die Sätze noch komplizierter – und das Parlament noch in Bonn: Abgeordnete des Deutschen Bundestags 1994. Foto: © Harald Hauswald/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Konzepten argumentieren. Es wird lediglich die Satzstruktur und deren Komplexität analysiert. Populistinnen und Populisten mögen also nicht unbedingt grammatikalisch und sprachlich betrachtet einfache Sprache benutzen, trotzdem argumentieren sie oft mit einfachen Lösungsvorschlägen und Ideen. Das kann dazu führen, dass ihnen eine einfache Sprache als Merkmal zugeschrieben wird, wobei es eher die Inhalte sind, die eine vereinfachte Welt darstellen.

„Sprachkomplexität ist nicht an Parteizugehörigkeit gebunden“

Zurück zur 19. Legislaturperiode. Für diese vier Jahre habe ich die zehn komplexesten und die zehn einfachsten Redner*innen erhoben. Dabei fiel auf, dass in beiden Gruppen Abgeordnete von fast allen Parteien zu finden sind. Sprachkomplexität ist also offensichtlich nicht an Parteizugehörigkeit gebunden. Es scheinen vielmehr individuelle Präferenzen und Eigenschaften zu sein, die Sprachkomplexität bestimmen. Abgeordnete mit einem Direktmandat etwa

nutzen oft etwas komplexere Sprache, Abgeordnete, die Mitglieder des Kabinetts sind, sprechen im Durchschnitt etwas einfacher. Das könnte daran liegen, dass Mitglieder des Kabinetts oft mehr Medienwirkung haben und dementsprechend ihre Reden für eine weitere Öffentlichkeit verfassen. Bildung, Geschlecht und Alter zeigen keine signifikanten Unterschiede.

„Themen, die von hoher medialer Aufmerksamkeit begleitet sind, werden oft in einfacherer Sprache diskutiert“

Lassen sich Unterschiede in der Komplexität der verwendeten Sprache erkennen, wenn man Parlamentsdebatten nach bestimmten Themenbereichen klassifiziert? Auf den ersten Blick gibt es kein Thema, das zu komplexerer oder aber zu einfacherer Sprache führt. Ein Muster ist allerdings zu erkennen, wenn Themen nach ihrer Salienz sortiert werden, also

danach, wie wichtig und vieldiskutiert sie zu einem bestimmten Zeitpunkt sind. Themen, die von hoher medialer Aufmerksamkeit begleitet sind, werden oft in einfacherer Sprache diskutiert. Dies deutet darauf hin, dass Abgeordnete ihre Reden verständlicher machen wollen, um Bürgerinnen und Bürger besser zu erreichen.

„Vereinfachte Sprache hat auch bei Wählerinnen und Wählern von populistischen Parteien keinen positiven Effekt“

Aber kann Sprache auch zu einfach sein? In einem zusätzlichen Experiment untersuche ich, wie einfache Sprache auf das Wahlverhalten wirkt. In dem Experiment zeige ich Teilnehmenden politische Statements von zwei fiktiven Kandidaten für die nächste Bundestagswahl. Die Statements variieren in ihrer Sprachkomplexität, in der bürgerzentrierten Rhetorik und der Zuweisung von Verantwortung in Bezug auf politische Probleme. Anschließend werden die Teilnehmenden gefragt, für welchen der beiden Kandidaten sie eher stimmen würden. Hier zeigt sich, dass zu einfache Sprache einen negativen Effekt auf das Wahlverhalten hat: Benutzen Kandidatinnen und Kandidaten eine Sprache, die deutlich unter der durchschnittlichen Sprachkomplexität im Deutschen Bundestag liegt, sind ihre Wahlchancen geringer. Durchschnittliche Sprachkomplexität hat im Vergleich einen positiven Effekt. In dem Experiment schaue ich mir zudem an, ob populistische Einstellungen von

Wählerinnen und Wählern Einfluss auf das Empfinden von Sprachkomplexität nehmen. Es zeigt sich, dass vereinfachte Sprache auch bei Wählerinnen und Wählern von populistischen Parteien keinen positiven Effekt hat. Vielmehr prägen ideologische Einstellungen das Wahlverhalten. Positive Effekte haben vor allem Schuldzuweisungen und Hinweise auf das Versagen von Politikerinnen und Politikern.

Die Komplexität von Sprache ist also ein relevantes Element in der politischen Kommunikation. Sie beeinflusst, wer Diskursen folgen und an ihnen teilnehmen kann. Zudem zeigt die aktuelle Forschung, dass Sprachkomplexität einen Effekt auf das Wahlverhalten von Bürgerinnen und Bürgern hat: Ist die Sprache zu einfach, haben Wählerinnen und Wähler das Gefühl, dass Politikerinnen und Politiker nicht kompetent sind. Wird die Sprache hingegen zu komplex, lässt sich einem Diskurs nicht mehr folgen. Einschränkend muss ich sagen, dass sich meine Forschung ausschließlich mit den Reden im Deutschen Bundestag auseinandergesetzt hat. Andere Projekte zeigen, dass insbesondere auf Social-Media-Kanälen einfachere Sprache verwendet wird und dass hier, anders als in den Parlamentsdebatten, rechtsradikale Akteure einfachere Sprache verwenden. Anzumerken ist außerdem, dass viele parlamentarische Reden von Referenten und Referentinnen der Abgeordneten geschrieben werden. Das könnte die Ergebnisse leicht verzerren – auch wenn die Angestellten in der Regel nah am Sprachstil der jeweiligen Abgeordneten bleiben. Abschließend bleibt festzustellen, dass Abgeordnete Sprachkomplexität strategisch einsetzen, um gezielt und angepasst an die jeweiligen Gegebenheiten auf ihr Publikum Einfluss zu nehmen. ●

Literatur

Björnsson, Carl-Hugo: *Läsbarhet*. Stockholm: Liber 1968.

Kittel, Rebecca C.: „Let’s Talk Populist? A Survey Experiment on Effects of (Non-) Populist Discourse on Vote Choice“. In: *European Journal of Political Research*, 2024. DOI: 10.1111/1475-6765.12710.

Kittel, Rebecca C.: „Simply Speaking? Language Complexity Among (Non-) Populist Actors in Parliamentary Debates“. In: *Government and Opposition*, 2025.

Richter, Florian/Koch, Philipp/Franke, Oliver/Kraus, Jakob/Kuruc, Fabrizio/Thiem, Anja/et al.: *Open Discourse*, 2020. DOI: 10.7910/DVN/FIKIBO.

Entwicklungshilfe und Politik

Der Marshallplan als Demokratie-Förderprogramm

Das „CARE-Paket“ ist dauerhaft in den deutschen Sprachgebrauch eingegangen, als Hilfslieferung von Wurst, Strümpfen oder Schokolade. Weniger bekannt sind die Ausmaße der privaten Unterstützungsaktion aus den USA für Europa nach dem Zweiten Weltkrieg – und ihr Zusammenhang mit dem staatlichen Marshallplan, der den wirtschaftlichen Wiederaufbau fördern sollte. Sienna Nordquist ist der Geschichte dieser Entwicklungshilfe nachgegangen. Es geht um weit mehr als um Rosinenbomber und Bohnenkaffee.

Sienna Nordquist

Der Marshallplan wird oft als das großzügigste ausländische Hilfsprogramm der modernen Geschichte gepriesen. Nach dem Zweiten Weltkrieg unterstützten die Vereinigten Staaten von Amerika 16 europäische Länder beim Wiederaufbau ihrer Wirtschaft. Der am stärksten umstrittene Empfänger war sicher Deutschland als Verursacher des gerade beendeten Krieges. Aus amerikanischer Sicht stand die Einbeziehung Westdeutschlands in den Marshallplan für eine neue transatlantische Strategie in Washington: Rehabilitation und neue Bündnisse gingen über Reparationen. Der Kalte Krieg veränderte das internationale Engagement. Was aber ist die Sicht der Empfänger? In meiner Forschung über den Marshallplan in Westdeutschland betrachte ich die deutsche Perspektive: Der Marshallplan war nicht nur zentraler Motor für den Wirtschaftsboom der 1960er-Jahre, sondern auch ein Grundpfeiler

der demokratischen Entwicklung in den Nachkriegsjahren.

Beim Marshallplan ging es um weit mehr als um Investitionen in die Infrastruktur und eine verbesserte Versorgung mit Lebensmitteln. Die Unterstützung erfolgte zu 90 Prozent in Form von Zuschüssen und zu 10 Prozent als Darlehen. Sie galt landwirtschaftlichen Schulen, Bodenverbesserungen, Forschungsprojekten an großen und kleinen Universitäten, der Unterbringung von Bergleuten, Molkereisubventionen, Frauen- und anderen Bürgervereinen. Außerdem wurden Kredite für Kleinunternehmen von Vertriebenen aus dem Osten übernommen. Die Zahlungen betrafen Ende der 1940er- und Anfang der 1950er-Jahre fast alle Bereiche des täglichen Lebens in Deutschland. Die Frage, wo und an wen Mittel fließen sollten, war Gegenstand von Verhandlungen zwischen den Amerikanern und den Deutschen sowie unter den

Bundes- und Landespolitikern innerhalb der Bundesrepublik.

Die finale Zustimmung zu den Projekten des Marshallplans lag bei den amerikanischen Generalen des Office of Military Government for Germany (U.S.), kurz OMGUS. Die Listen der Empfänger wurden allerdings von Bundespolitikern und -ministern zusammengestellt. Damit hatte die Bundesregierung (die damals aus CDU/CSU, FDP und der rechtsgerichteten Deutschen Partei DP bestand) die Kontrolle über die Verteilung der Mittel auf Landesebene. Meine Forschung soll ein umfassendes Bild der wirtschaftlichen Entwicklung (West-)Deutschlands zeichnen. Sie bietet dadurch Anhaltspunkte für ein besseres Verständnis der Entwicklungshilfe im Allgemeinen. Die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands ist untrennbar mit den Fortschritten der Nachkriegsdemokratie, der Gestaltung dauerhafter politischer Bindungen auf lokaler Ebene und dem Entstehen neuer demokratischer Institutionen verbunden. Meine empirische Forschung zeichnet das Tauziehen zwischen Westdeutschland und den alliierten Mächten um lokalen Einfluss nach. Damit zeigt sie, dass Entwicklungshilfe nicht nur im Globalen Süden politische Implikationen hat, sondern ebenso in Industrieländern.

Da der Marshallplan in den verschiedenen Besatzungszonen (amerikanisch, britisch, französisch) dezentralisiert verwaltet wurde, bin ich in Landesarchive in ganz Westdeutschland sowie in das Bundesarchiv gereist, um Unterlagen über Zuschüsse und Darlehen zu sammeln und zu digitalisieren, die zwischen 1948 und 1952 an Einzelpersonen, Unternehmen oder Genossenschaften vergeben wurden. Außerdem habe ich im Archiv für Christlich-Demokratische Politik in Sankt Augustin bei Bonn qualitative Forschung betrieben, um besser nachvollziehen zu können, wie die CDU/CSU mit den Amerikanern über die Marshallplan-Transfers verhandelte und innerhalb der Partei diskutierte.

Viele der Unternehmen, die Kredite aus dem Marshallplan erhielten, existieren noch immer und haben ihren Sitz an den gleichen oder ähnlichen Standorten – ein Beleg für die wirtschaftliche Kontinuität zwischen der Nachkriegszeit und heute. Ähnlich wie heute gab es in den 1950er-Jahren Debatten darüber, ob Westdeutschland die Marshallplan-Mittel schnell genug ausgab und investierte (aus Italien sind ebenfalls hitzige Diskussionen zwi-



Sienna Nordquist ist Doktorandin der Sozial- und Politikwissenschaften an der Bocconi-Universität in Mailand. Als Gastwissenschaftlerin war sie 2024 in der Abteilung Transformationen der Demokratie am WZB. Sie forscht zu Wahlpolitik, Klientelismus und Maßnahmen gegen Menschenhandel. sienna.nordquist@phd.unibocconi.it

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

schen Politikern und ihren US-amerikanischen Kollegen überliefert).

„CARE lieferte die legendären Pakete mit Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen aus Amerika an Freunde und Bedürftige in Europa“

Zusammen mit Grace Ballor von der Bocconi-Universität in Mailand habe ich untersucht, wie amerikanische außenpolitische Ziele auch von der Organisation CARE vorangetrieben wurden. Die „Cooperative for American Remittances to Europe“ war ein gemeinnütziger Akteur mit einem privatwirtschaftlichen Ansatz. CARE lieferte die legendären Pakete mit Lebensmitteln und Haushaltsgegenständen, die von amerikanischen Familien an Freunde und Bedürftige in Europa gespendet wurden – und später in den sich entwickelnden Volkswirtschaften weltweit.

Wir argumentieren, dass CARE gerade für West-Berlin eine große Rolle spielte. Zunächst war die halbe Stadt nämlich aus dem ursprünglichen Abkommen zwischen den USA und Westdeutschland ausgeklammert worden, da die Adenauer-Regierung die Spannungen mit der DDR beziehungsweise dem gesamten Ostblock

Transatlantische Freundschaft:
kleiner Dank aus Österreich für ein
großes Paket aus Amerika.
Foto: CC BY Terrapaper |
<https://commons.wikimedia.org/>



im Kalten Krieg nicht verschärfen wollte. Die frühe Präsenz der Organisation erleichterte die Ausweitung des Marshallplans – zu nennen sind aber auch die hartnäckigen Bemühungen der Berliner Senatoren Friedrich Haas (CDU) und Paul Hertz (SPD), die direkte Gespräche mit der Economic Cooperation Administration der USA führten, aber ebenso junge Abgeordnete wie der spätere Bundeskanzler Willy Brandt (SPD). CARE stellte aus eigener Initiative in großem Umfang Hilfsgüter in Form von überschüssigen Lebensmitteln und anderen Waren aus den USA zur Verfügung. Aber in einer Art öffentlich-privater Partnerschaft mit dem Marshallplan hielt die Hilfsorganisation auch außenpolitische Kontakte für die USA zu Ländern offen, in denen der Marshallplan nicht direkt tätig werden konnte, da sie im Einflussbereich der Sowjetunion lagen.

Unsere Forschung zeigt, dass private Akteure und gemeinnützige Organisationen nicht zwangsläufig ausschließlich der Außenpolitik der jeweiligen Regierung folgen, sondern auch geopolitische Ziele vorantreiben können, die der Staat selbst in Kriegs- und Krisenzeiten nicht umsetzen kann. Die USA konnten keinen

direkten Einfluss auf Länder nehmen, die in der Pufferzone des Sowjetblocks lagen, oder durch den Marshallplan eine kapitalistische Entwicklung der Wirtschaft ankurbeln. Amerika konnte aber sehr wohl die lokale Bevölkerung durch Lebensmittel- und Kleiderspenden unterstützen – sogar als der Kalte Krieg „heißer“ wurde.

„Gemeinnützige Organisationen können geopolitische Ziele vorantreiben, die Staaten in Kriegs- und Krisenzeiten nicht umsetzen können“

CARE schickte schon vor dem Marshallplan Pakete nach Westdeutschland und Berlin. Für Pakete nach Ost-Berlin fungierten nach der Berlin-Blockade dänische Wohlfahrtsverbände als Vermittler. Diese Aktivitäten in Ost-Berlin erforderten, dass CARE von OMGUS unabhängig blieb – so wie die Organisation ebenfalls mit

den Sowjets um Unabhängigkeit von russischer Kontrolle verhandelte, auch vermittelt durch die DDR-Regierungspartei SED. Wie in den alliierten Zonen wurden CARE-Pakete ohne die in den sowjetischen Zonen geltenden Zölle geliefert; Aufkleber stellten allerdings sicher, dass die strengen Einfuhrregelungen für die von der UdSSR kontrollierten Gebiete nicht verletzt wurden. Die private Struktur von CARE und ihre Unabhängigkeit von der US-Regierung ermöglichten es der Organisation, amerikanische Güter in Gebiete zu bringen, die sonst von westlichen Lieferungen abgeschnitten gewesen wären, etwa nach Triest oder nach Jugoslawien.

Die Geschichte des Marshallplans in Westdeutschland hängt also eng mit der Entwicklung der Demokratie zusammen. Sie ist aber auch eng verflochten mit der Geschichte von Flucht und Vertreibung. Millionen Menschen verloren durch den Zweiten Weltkrieg und die Zwangsumsiedlungen ihre Heimat. Winston Churchill, Franklin D. Roosevelt und Josef Stalin waren der Ansicht, dass die ethnische Homogenisierung der Grenzregionen zwischen den Mächten die Chancen auf einen dauerhaften Frieden erhöhen würde. 8 Millionen Menschen wurden allein nach Westdeutschland umgesiedelt. Die wirtschaftliche und soziale Integration dieser Vertriebenen stellte eine der größten Herausforderungen für die westdeutsche Regierung und die alliierten Mächte dar. 450 Millionen D-Mark aus dem Marshallplan wurden daher zur Gründung von Vertriebenen-Banken in den westlichen Bundesländern verwendet.

Literatur

Braun, Sebastian T./Dwenger, Nadja: „Settlement Location Shapes the Integration of Forced Migrants: Evidence from Post-war Germany“. In: *Explorations in Economic History*, 2020, Bd. 77. DOI: 10.1016/j.eeh.2020.101330.

Charnysh, Volha: *Uprooted. How Mass Migration Remade Postwar Europe*. Cambridge: Cambridge University Press 2024.

Diese Banken verwalteten European-Recovery-Programme, die Menschen Zuschüsse und Kredite gewährten, die ihr Unternehmen nach der Vertreibung in Westdeutschland neu gründen wollten. Die Herkunfts- und die Zielorte der Unternehmen wurden von den Banken erfasst – die Daten könnten ein Ansatz für zukünftige empirische Forschung über die gesamtwirtschaftlichen Auswirkungen der Verluste von Kleinunternehmen und die neuen Entwicklungen durch den Marshallplan sein.

Die genauere Betrachtung der Zuwendungen durch den Marshallplan zeigt die langfristigen Auswirkungen von Hilfstransfers auf lokale Politik. Die USA behielten zwar die Oberaufsicht, mit der Zeit übernahmen jedoch westdeutsche Bundespolitiker die Verantwortung dafür, wo und wie die Mittel ausgezahlt wurden. Der Marshallplan nahm Einfluss auf Unternehmen, kommunale Gruppen und Einzelpersonen und spielte eine entscheidende Rolle für die Position Westdeutschlands im Kalten Krieg zwischen den USA und der UdSSR. Die Geschichte seines Erfolgs ist außerdem eine Geschichte des anhaltenden Zentralismus in der deutschen Politik. Sie beschreibt auch eine Tradition der Unterstützung von CDU/CSU für bestimmte Regionen. Die Geschichte ist nicht zu Ende erzählt. Wenn Leserinnen und Leser dieses Artikels von Zuschüssen oder Darlehen im Rahmen des Marshallplans aus der eigenen Familie wissen, würde ich mich sehr freuen, diese Geschichten zu hören. ●

Gossé, Jean-Baptiste/Schneider, Aymeric/Vicquéry, Roger: „Lessons from the Marshall Plan for the European Recovery Plan“. In: *Eco Notepad*, Post no236, Banque de France, 29.09.2021. Online: <https://blog-notesdeleco.banque-france.fr/en/blog-entry/lessons-marshall-plan-european-recovery-plan> (Stand: 20.02.2025).

Fortschritt und Gefahr

Wie die jüngste Generation der Künstlichen Intelligenz die Arbeitswelt verändert

Ein Gespräch mit Christine Gerber und Mareike Sirman-Winkler

ChatGPT ist in der privaten Korrespondenz angekommen, und spätestens jetzt ist klar: Künstliche Intelligenz (KI) durchdringt alle Lebensbereiche. Die Hoffnungen sind groß, doch ebenso groß sind die Ängste. Das Projekt „Generative KI in der Arbeitswelt“, in dem Forschende des WZB mit Kolleg*innen vom Weizenbaum-Institut und dem Alexander von Humboldt Institut für Internet und Gesellschaft zusammenarbeiten, spürt dieser Veränderung nach. Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider haben mit Christine Gerber und Mareike Sirman-Winkler über ihre Ansätze und erste Thesen gesprochen.

Was ist überhaupt „generative KI“?

Christine Gerber: Schon frühere Systeme des maschinellen Lernens konnten riesige Datenmengen auswerten und daraus Muster ableiten, um Vorhersagen oder Entscheidungen zu treffen. Generative KI geht noch einen Schritt weiter. Sie kann auf Basis bestehender Daten eigenständig neue Inhalte erzeugen, also Texte, Bilder, Videos oder Audiodateien. Möglich wird das durch leistungsfähige Deep-Learning-Modelle. Diese Architekturen lernen nicht nur, Muster in Daten zu erkennen, sondern nutzen statistische Wahrscheinlichkeiten, um plausible neue Inhalte zu generieren. Da stellt sich natürlich die Frage: Wie nah kommt das der menschlichen Intelligenz? Ist es eine reine Imitation, eine Ergänzung zur menschlichen Intelligenz oder eine Konkurrenz? Und wie wirkt sich das auf die Arbeitswelt aus?

Mareike Sirman-Winkler: Die Datensätze sind jetzt viel größer. Frühere KI-Systeme – etwa zur Bilderkennung beim autonomen Fahren – wurden mit Hunderten von Millionen von Beispieldaten trainiert (etwa Straßenschilder, Fahrzeuge, Katzen, Fußgänger). Bei generativer KI – bei-

spielsweise bei ChatGPT oder anderen großen Sprachmodellen – geht es um Hunderte von Milliarden von Wörtern. Die gewaltige Datenmenge macht es möglich, kohärente, oft verblüffend menschenähnliche Inhalte zu produzieren.

Sie untersuchen bestimmte Bereiche, etwa Journalismus oder Verwaltung. Warum gerade die?

Sirman-Winkler: Wir gehen davon aus, dass generative KI-Systeme, vor allem die textproduzierenden Systeme, vielleicht auch die Bildgeneratoren, einen besonders großen Einfluss auf Berufe in der Wissensarbeit haben. Wissensintensive Berufe wie zum Beispiel Verwaltungsangestellte müssen auf Basis von vorliegenden Daten Entscheidungen treffen und sie in Textform begründen. Journalisten müssen Informationen verarbeiten und kondensiert darstellen. Auch die Programmierung als drittes Berufsfeld, das wir tiefergehend untersuchen, arbeitet auf Basis von Code und von Daten. Also alles Büroberufe, deren Kernbestandteil eine intensive Informationsverarbeitung ist. Generative KI kann da in Teilen gut unterstützen, in anderen weniger gut.



Aber es ist doch eigentlich nicht neu, dass man in diesen Bereichen mit KI arbeitet.

Gerber: Ja, denken wir zum Beispiel an den sogenannten Roboterjournalismus. Wetter- oder Börsennachrichten werden oft schon automatisiert verfasst. Im Bereich der Programmierung ist das komplett automatisierte Schreiben von Code nicht mehr neu. Aber in der öffentlichen Verwaltung oder auch im Journalismus – die Bereiche, die Mareike und ich genauer untersuchen – ist das noch nicht in der Fläche ausgerollt.

Sirman-Winkler: Und selbst wenn hier und da auf generative KI als Unterstützungstool zurückgegriffen wird – wissenschaftliche Empirie dazu gibt es noch kaum. Da setzen wir an und fragen: Welche Anwendungen gibt es und wie wirken sie sich auf die Arbeitswelt aus?

Gerber: Es gibt schon sehr viel Literatur dazu, wie viele Jobs automatisiert und wegrationalisiert werden könnten. Aber wir wollen uns das in der Praxis anschauen, qualitativ differenziert. Wir sehen jetzt schon, dass es nicht leicht ist für Unternehmen, sinnvolle Anwendungen generativer KI in die Arbeitsprozesse einzuführen. Und die Folgen sind erst recht nicht klar. Da muss man wirklich genau auf den Arbeitsprozess, auf die Tätigkeit, aber auch auf das Berufsfeld gucken. Programmierung hat natürlich eine ganz andere Dynamik, privatwirtschaftlich betrieben, als Verwaltung und Journalismus, die öffentliche Güter sind.

Sie machen jetzt eine Studie, in einem Jahr kann aber alles schon wieder anders aussehen. Wie gehen Sie mit der Dynamik um?

Sirman-Winkler: Diese Herausforderung hat man grundsätzlich bei der Digitalisierung. Auch digitale Tools, die nicht selbstlernend sind, werden weiterentwickelt. Aber bei KI hat man schon eine ganz eigene Geschwindigkeit. Ständig werden neue Modelle auf den Markt gebracht, und Systeme werden durch fortlaufendes Training und Optimierung verbessert. Ich nehme aber an, dass die Arbeitsprozesse, die wir uns anschauen, sich eher nicht von heute auf morgen grundlegend verändern. Bei der Untersuchung von konkreten KI-Anwendungen in der Praxis sehen wir zum Beispiel, dass bei der Einführung viele Interessengruppen beteiligt sein können, im besten Fall auch Arbeitnehmervertreter*innen.

Unterschiedliche Bereiche entwickeln sich ja sehr verschieden, es gibt Gewinner und Ver-

lierer. Wie kommt das Thema Ungleichheit in Ihrer Forschung vor?

Gerber: Technik ist immer eingebettet in soziale, organisationale Prozesse. Ob generative KI das Wissen und die Fähigkeiten von Beschäftigten abwertet, ob Arbeitsplätze überflüssig werden, oder aber ob menschliche Arbeit entlastet wird, das wird auf betrieblicher Ebene ausgehandelt. Ein Aspekt von Ungleichheit ist auch: Welche Unternehmen oder Organisationen können es sich leisten, generative KI-Anwendungen auszuprobieren? Es braucht ja Experimentierräume für die Beschäftigten, damit sie sich die Kompetenzen aneignen können. Das fällt großen Medienhäusern leichter, oder reichen Kommunen.

Sirman-Winkler: Wenn man in die Geschichte der Arbeitswelt schaut, dann sind immer wieder Tätigkeiten durch neue Technologien weggefallen und neue dazugekommen. Generative KI stößt eine erneute Debatte um Automatisierung und Arbeitsplatzverluste an. Wir schauen konkret in einzelne Berufsfelder wie zum Beispiel die öffentliche Verwaltung. Da wird uns gesagt, dass repetitive, einfachere Aufgaben automatisiert werden können. Die Frage ist natürlich, ob das jeder befürwortet. Vielleicht möchte nicht jede einen sehr anspruchsvollen Job, sondern möchte lieber einfache Aufgaben erledigen. Wie wird man den unterschiedlichen Menschen gerecht, wie geht man auf unterschiedliche Wissensstände in Bezug auf KI ein? Wie holt man unterschiedliche Nutzer*innengruppen bei ihren Bedürfnissen ab? Wir sind mit dem Ziel angetreten, die Implikationen dieser neuen Technologie empirisch zu erfassen. Und wir wollen auf Basis unserer Erkenntnisse auch Vorschläge entwickeln, wie generative KI für eine gute Arbeitswelt genutzt werden kann.

Das hat ja mit ganz viel Emotionen zu tun, also Ängsten oder Hoffnungen. Gelingt es Ihnen als Forscherinnen, da einen Schritt zurückzutreten?

Sirman-Winkler: Ich würde sagen, es gelingt uns schon. Ich habe in der öffentlichen Verwaltung mit Menschen gesprochen, die betonen, dass generative KI dazu beitragen kann, den Fachkräftemangel abzufedern, Jobs in der Verwaltung aufzuwerten und bessere Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger anzubieten. Gleichzeitig gibt es Menschen in der öffentlichen Verwaltung, die Angst haben, den Job zu verlieren. Ich persönlich finde das eher paradox, denn wir brauchen ja Fachleute. Und wir werden eine große Arbeitskräftelücke haben.

Gerber: Ich war erstaunt, dass diese starken Emotionen in meinen Interviews nicht so vorkamen. Es war sehr ausgewogen. Im Berufsfeld Journalismus ist KI eben nicht neu; die Frage, ob dadurch Arbeitsplätze vernichtet werden, wird schon lange diskutiert. Es ist die Frage der Rahmenbedingungen. Oft ging es in den Interviews zum Beispiel um die Finanzierung des öffentlich-rechtlichen Rundfunks.

Haben wir zu hohe Erwartungen an KI?

Sirman-Winkler: KI weckt tatsächlich noch höhere Erwartungen als die Digitalisierung insgesamt. Irgendwie kommt sie so menschlich daher, durch diese textgenerierenden Chatbots. Sie macht uns vor, intelligent zu sein – was sie nicht ist, im menschlichen Sinne. Man darf diesen Chatbots nicht unbedingt Glauben schenken. Wir wissen ja, dass die Bots auch Inhalte erfinden können, also halluzinieren, oder dass durch die Algorithmen Stereotype fortgeschrieben werden.

Gerber: Es ist auf jeden Fall ein qualitativer Sprung von früheren KI-Systemen zur generativen KI. ChatGPT zum Beispiel ist zu einer gesellschaftlichen Basisinnovation geworden. Alle nutzen das jetzt, auch im privaten Bereich. KI ist dadurch ganz nah an die Nutzenden herangekommen. Eine von mir befragte Person aus einem öffentlich-rechtlichen Sender erzählte mir, dass er seit Jahren versucht, KI als Thema zu setzen – und jetzt ist es auf einmal Thema. Denn jetzt heißt es: Na ja, selbst in meinem Gartenverein benutzen wir ChatGPT.

Sirman-Winkler: Das ist ein wichtiger Punkt. Früher ging es um spezialisierte Anwendungen für einen bestimmten Vorgang, das betraf nur eine bestimmte Fachabteilung, in der Verwaltung etwa die Kindergeldstelle. Jetzt aber hat man mit generativer KI plötzlich eine Anwendung, die vergleichsweise breit einsetzbar ist.

Welche Grenzen werden im Kontext von KI in Ihren Berufsfeldern gesetzt?

Gerber: Eine Grenze, um die es in den Interviews mit Expert*innen aus dem Journalismus und der öffentlichen Verwaltung oft geht, ist: Welche Modelle können wir nutzen? Es muss ja eine gewisse Datenqualität sichergestellt sein. Im Journalismus zum Beispiel kann man nicht einfach ChatGPT nehmen. Das andere ist eine gesellschaftliche Grenze: Inwieweit will man durch generative KI produzierte Artikel haben? Zumal ja nicht generative KI die Aufgabe macht,



Christine Gerber ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB und als Postdoktorandin Teil des Forschungsprojekts „Generative KI in der Arbeitswelt (GENKIA): Anwendung, Auswirkungen und Gestaltung“ am Weizenbaum-Institut. christine.gerber@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

sondern Menschen mit ihr. Entsprechend muss der Fokus darauf liegen, die Beschäftigten darin zu schulen, verantwortungsvoll mit KI zu arbeiten.

Sirman-Winkler: Ich würde noch eine technisch-organisatorische Ebene nennen. Wir haben viele Ämter und Behörden in Deutschland, die mehr oder weniger selbstständig entscheiden können, welche Tools sie nutzen, wie modern sie sind, wie digitalisiert sie arbeiten innerhalb der rechtlichen Rahmenbedingungen. Und da fragen viele Organisationen im öffentlichen Dienst: Warum muss ich meinen KI-Chatbot selber entwickeln? Warum kann ich das nicht von der Nachbarkommune übernehmen? Wo ist die Plattform, auf der wir uns bedienen können? Solche Plattformen gibt es zunehmend, zumindest auf Bundesebene. Aber auch die Länder und die Kommunen wollen das Rad nicht überall neu erfinden.

Mit welchen Methoden arbeiten Sie?

Sirman-Winkler: Wir gehen multi-methodisch vor. Wir führen Interviews mit Expert*innen, wir wollen aber auch ein Experiment durchführen zu generativer KI in der öffentlichen Verwaltung. Das Versprechen ist ja, dass man durch diese generativen KI-Tools produktiver und schneller ist. Das wollen wir messen. Wir wollen testen, wie sich KI auf die Qualität der Arbeitsergebnisse auswirkt. Gerade bei Behördenbriefen ist es wichtig, dass alles präzise

und richtig ist. Wir werden also Verwaltungsmitarbeitende mit generativer KI und ohne arbeiten lassen. Wir wollen beobachten: Wie gehen sie mit diesen KI-Bots um? Werden Textvorschläge einfach übernommen, oder wird noch viel abgeändert? Wie unterschiedlich wirken verschiedene Bots? Das gibt ganz neue Daten, aus denen wir schlussfolgern können: So und so müsste generative KI gestaltet sein im öffentlichen Sektor.

Gerber: Insgesamt haben wir fünf Arbeitspakete. Das erste sind die explorativen Berufsfeld-Interviews. Da wollen wir überhaupt erstmal ein Gespür bekommen: Was passiert in diesem Berufsfeld, wo sind die relevanten Anwendungen? Dann entwickeln wir Fallstudien. Da wollen wir konkreter in ein Unternehmen, eine Organisation reinschauen: Wie ist der Arbeitsprozess, wie kommt diese Anwendung zum Einsatz? Was macht das mit den Kompetenzen? Dann kommt die Netnografie ins Spiel. Das vierte Paket sind die Experimente, und am Ende steht die Forschungssynthese.

Und was ist „Netnografie“?

Gerber: Netnografie beschreibt eine ethnografische Forschung im Internet. Es findet ja viel Austausch online statt, und das kann man sich als qualitative Daten zunutze machen. Die Frage ist dabei, inwiefern man auch aktiv mitmacht. Im Berufsfeld Programmierung gehen zwei unserer Kolleginnen ins Netz und schauen: Wo finden berufsfeldinterne Debatten statt? Es gibt zum Beispiel die Plattform „Reddit“. Da suchen sie sich Foren raus und screenen sie, kodieren alles, schreiben parallel aber auch, wie man das in der Ethnografie macht, ein Feldforschungs-Beobachtungstagebuch. Aus dieser Riesenmenge an Daten erheben sie: Was sind die Debatten um die Veränderung von Arbeit durch generative KI-Anwendungen? Wie bei jeder Methode gibt es auch hier einen Bias. Man schaut sich eben nur die Debatten der Leute an, die diese Debatten führen. Aber ergänzend zu unseren qualitativen Interviews ist das eine sehr schöne Methode, um noch mehr empirische Daten zu bekommen, von denen, die wirklich tagtäglich damit arbeiten.

Sirman-Winkler: Die Netnografie ist international angelegt, wie auch der fünfte Schritt, wo wir die vorhandene wissenschaftliche Literatur zum Thema generative KI und Arbeitswelt systematisch abbilden wollen.



Mareike Sirman-Winkler ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion am WZB sowie assoziierte Forscherin der Forschungsgruppe Arbeiten mit Künstlicher Intelligenz am Weizenbaum-Institut. mareike.sirman-winkler@wzb.eu

Foto: © WZB/Martina Sander, alle Rechte vorbehalten.

Bei den Berufsfeldern, die Sie untersuchen, taucht die Wissenschaft gar nicht auf. Nutzen Sie denn in Ihrer Arbeit KI?

Sirman-Winkler: Den Titel unseres ersten Policy Briefs haben wir gepromptet. Allerdings haben wir ein paar Anläufe gebraucht, bis das gut genug war.

Gerber: Und wir haben mit KI einen Podcast aus dem Drittmittel-Antrag gemacht, der unserem Forschungsprojekt zugrunde liegt. Es hat uns wirklich beeindruckt, wie menschlich der daherkam, wie gut und kreativ das umgesetzt wurde durch das Tool. Aber ich stelle fest, was mir auch aus dem Journalismus oft erzählt wird: Es kostet sehr viel Zeit, damit gute Sachen rauskommen. Dafür bräuchte es viel mehr Experimentierräume, auch für uns.

Sirman-Winkler: Bei unserer systematischen Literaturübersicht haben wir es mit riesigen Textmengen zu tun. Da stellt sich schon die Frage: Können wir nicht generative KI nutzen, damit sie die Literatur mit uns analysiert und kodiert? Wir entwickeln gerade die Methodologie dazu, GPT-4o wie ein kleines Mitglied unseres Forschungsteams einzusetzen. Die Herausforderung ist, sicherzustellen, dass das System unsere Erwartungen richtig versteht und zuverlässig umsetzt. Nur wenn wir das auch nachweisen können, sollten wir generative KI in der Wissenschaft einsetzen. Wie viel Zeit uns das am Ende spart, werden wir sehen. ●

Bildung in illiberalen Zeiten

Herausforderungen für die Produktion und die Vermittlung von Wissen

„Bildung ist die mächtigste Waffe, die wir haben, um die Welt zu verändern“, sagte der südafrikanische Freiheitskämpfer Nelson Mandela. Doch gilt das in jeder Gesellschaftsform? Was, wenn autoritäre Kräfte Bildung und Wissenschaft nicht mehr als legitim anerkennen? Minju Choi fragt, was die abnehmende Bedeutung liberaler Normen für die Rolle und die Autorität akademischen Wissens bedeutet.

Minju Choi

Im Begriff „Veränderung“ schwingt viel Ermutigendes mit, also Möglichkeiten und Hoffnungen, aber er weckt auch Ängste und Befürchtungen darüber, was die Zukunft bringen könnte. In den letzten Jahren fanden fundamentale Veränderungen statt: Die Auswirkungen des Klimawandels werden immer deutlicher – die Temperaturen steigen, das Risiko von Naturkatastrophen nimmt zu, in vielen Teilen der Welt kommt es zu extremen Wetterlagen. Immer mehr Länder entfernen sich von den Werten der liberalen Demokratie; rechtsextreme und autoritäre Regierungen kommen an die Macht, und autokratische Führer untergraben die Rechtsstaatlichkeit und den Schutz von Minderheitenrechten. Globalisierungsfeindliche Einstellungen sind ein wesentliches Merkmal sowohl des Rechts- als auch des Linkspopulismus. Die Autorität internationaler Institutionen schwindet, sie werden zunehmend als Eingriff in die staatliche Souveränität angesehen. Angesichts dieser weltweiten Veränderungen erscheint unsere Zukunft unsicherer denn je. Tag für Tag wird deutlich, dass die so-

genannte liberale internationale Ordnung ausgehöhlt wird oder zumindest aus mehreren Richtungen unter Druck gerät.

Eine wachsende Zahl von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern, auch im Exzellenzcluster SCRIPTS (einem interdisziplinären Forschungskonsortium, dem auch das WZB angehört), untersucht das Wesen des Liberalismus, seine verschiedenen Anfechtungen sowie die Ursachen und Auswirkungen dieser Anfechtungen. Dabei wird deutlich, dass das liberale Skript – die Organisation von Gesellschaften auf der Basis individueller Selbstbestimmung – von innen wie von außen in Frage gestellt wird. Die Widersprüche innerhalb einer liberalen Vision von Gesellschaft nehmen zu, ebenso wie alternative Skripts, die außerhalb des liberalen Bereichs entstehen. Es soll im Folgenden vor allem um zwei liberale Prinzipien gehen, die zentral mit Bildung verbunden sind: die Betonung von individuellen Rechten und die Legitimität wissenschaftlichen Wissens. Beide Dimensionen sind derzeit umstritten. Das wirft grundle-

gende Fragen nach dem Zweck von Bildung in der Gesellschaft auf. Wie wirkt sich das Aufkommen illiberaler Kräfte auf die Schulsysteme weltweit aus, wenn man bedenkt, dass Bildung viele der liberalen Prinzipien verkörpert und aufrechterhält? Welche Folgen könnte der Niedergang des Liberalismus für die Rolle der Bildung in unseren Gesellschaften haben?

„Eine liberale Weltordnung fördert das Vertrauen in die Bildung als Werkzeug positiver Veränderungen“

Bildung ist das Fundament moderner Gesellschaften. Schulsysteme folgen dem Ideal gebildeter Individuen, die ihre Potenziale entfalten, als Bürgerinnen und Bürger am nationalen Kollektiv teilhaben und die wirtschaftliche Produktivität durch ihre Fähigkeiten steigern. Bildung gilt als der Schlüssel zu gesellschaftlichem Fortschritt und Entwicklung. Gebildete Individuen befördern gesellschaftlichen Wandel – als sich ihrer Rechte bewusste Individuen, als berufliche Eliten und als legitime Expertinnen und Experten. In einer Bildungsgesellschaft hat Hochschulbildung große Autorität, weil sie Wissen hervorbringt, das nicht nur für das Lernen, sondern auch für die Lösung sozialer Probleme hoch geschätzt wird. Mit anderen Worten: Eine liberale Weltordnung fördert das Vertrauen in die Bildung als Werkzeug positiver Veränderungen, sowohl im Leben der Einzelnen als auch für die Gesellschaft als Ganzes.

Historisch gesehen ist die allgemeine Schulbildung ein zentrales Merkmal des modernen Nationalstaats. So gilt es beispielsweise als selbstverständlich, dass jedes Land ein Schulsystem für die Ausbildung seiner Bürgerinnen und Bürger aufbaut. Staatliche Institutionen wie das Bildungsministerium und die damit verbundenen Verwaltungen übernehmen als Hauptakteure der formalen Schulbildung eine große Verantwortung. Höhere Bildungseinrichtungen und die in ihnen tätigen akademisch gebildeten Lehrkräfte müssen in ihrer Freiheit geschützt werden, Wissen zum Wohle der Allgemeinheit zu suchen und hervorzubringen. In den Blütezeiten der liberalen Weltordnung, in den 1990er- und 2000er-Jahren, gab es weltweit eine noch nie dagewesene Aufmerksam-



Minju Choi ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsprofessur Globale Soziologie am WZB. Sie forscht zur Frage, wie makrokulturelle Einflüsse Gesellschaften formen, einschließlich des Wandels der Legitimität von Bildung aus institutioneller Perspektive. minju.choi@wzb.eu

Foto: © Ryan Zhang, alle Rechte vorbehalten.

keit für Bildung als Menschenrecht für alle, über die Bürgerrechte hinaus. Internationale Organisationen wie die UNESCO und UNICEF schlossen sich mit staatlichen und nichtstaatlichen Akteuren zusammen, um weltweit die Bildungschancen für alle Kinder zu erhöhen. Bildung war nicht nur eine nationale, sondern eine globale Angelegenheit.

„Nach und nach wurden in den nationalen Lehrplänen verstärkt kosmopolitische Werte wie Weltbürgertum oder Menschenrechte verankert“

Seit Beginn des 21. Jahrhunderts ist die Grundschulbildung nahezu universell. Auch die Zahl derer, die höhere Schulbildung oder eine akademische Ausbildung in Anspruch nehmen, ist seit dem Zweiten Weltkrieg enorm gestiegen. Universitäten galten als Autorität für die Vermittlung von Wissen, und höhere Bildung galt als Garant für bessere Berufschancen. Staaten führten zahlreiche Reformen durch, um den Zugang und die Qualität der Schulbildung für Kinder zu verbessern. Nach und nach wurden in den nationalen Lehrplänen verstärkt kosmopolitische Werte wie Weltbürgertum oder Menschenrechte verankert. Fragen der Vielfalt und Integration wurden für Schulen, Universitäten



Bildungsministerin mit kurzer Laufzeit:
Die Wrestling-Managerin Linda McMahon,
hier bei der Anhörung vor dem US-Senat,
soll ihr eigenes Ministerium abschaffen.
Foto: © The New York Times | laif |
HAIYUN JIANG, alle Rechte vorbehalten.

und die Gesellschaft insgesamt noch wichtiger; vermehrt gab es Maßnahmen zur Verbesserung der Bildung für historisch marginalisierte Gruppen. Es mag umstritten sein, ob diese Veränderungen tatsächlich zu mehr Gleichheit geführt haben. Der entscheidende Punkt ist aber, dass in einer liberalen Weltordnung Bildung einen hohen Wert und eine große Legitimität hat.

„Was die Wissenschaft sagt, wird von Teilen der Bevölkerung nicht mehr als Wahrheit verstanden“

Heute, in einer Welt, die als „postliberal“ gelten kann, sieht das ganz anders aus. Die bemerkenswertesten Veränderungen finden im Bereich der Hochschulen statt. Wissenschaft als legitime Form des Wissens wird immer stärker angegriffen. Die akademische Freiheit wurde in den letzten Jahren beschnitten; autoritäre Regime wie in Ungarn, Russland oder der Türkei richteten die Hochschulbildung neu aus, um sie mit den Interessen des Staates in Einklang zu

bringen. In den USA wurden mehrere Gesetze und politische Maßnahmen eingeführt, um Diskussionen über Ethnie, Geschlecht und andere strittige Themen an Schulen und Universitäten einzuschränken. Die Ergebnisse einer Gallup-Umfrage zeigen, dass in den letzten zehn Jahren das Vertrauen der Amerikanerinnen und Amerikaner in die Universitäten erheblich gesunken ist. Neuere Studien belegen, dass der globale illiberale Trend und die Verbindungen von Staaten in und zu illiberalen Organisationen zu einem Rückgang der Studierendenzahlen, der Finanzmittel für Universitäten und damit der akademischen Freiheit führen; zu diesen Organisationen gehören zum Beispiel die Gemeinschaft Unabhängiger Staaten, die Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit oder der Warschauer Pakt. Wenn man davon ausgeht, dass den Hochschulen eine zentrale Rolle für die Produktion und die Legitimierung wissenschaftlicher Erkenntnis zukommt, wird deutlich, wie groß die Herausforderungen für die Wissenschaft als epistemische Autorität sind. Was die Wissenschaft sagt, wird von Teilen der Bevölkerung nicht mehr als Wahrheit verstanden oder zumindest zunehmend als legitime Form von Wissen in Frage gestellt.

„Bestimmte Bereiche wie die Sozial- und Geisteswissenschaften scheinen stärker gefährdet als andere“

Die Skepsis gegenüber der Wissenschaft kann sich in der Ablehnung von Impfungen oder der Leugnung des Klimawandels äußern, aber auch in einem größeren Misstrauen gegenüber Personen, die bislang aufgrund ihres Status als wissenschaftliche Expert*innen Autorität besaßen. Wenn eine illiberale Welt den Status wissenschaftlicher Erkenntnisse angreift, liegt es nahe, dass die Legitimität von Personen und Organisationen, die über solche Kenntnisse verfügen, ebenfalls geschwächt wird. Der Rückzug der USA aus internationalen Institutionen wie der Weltgesundheitsorganisation und dem Pariser Klimaabkommen spiegelt diese kulturellen Veränderungen. Das muss nicht bedeuten, dass der gesamte Wissenschaftsbetrieb schrumpfen wird. Datenwissenschaft, künstliche Intelligenz und andere technologische Entwicklungen haben weiterhin große Relevanz für das Leben der Einzelnen und die Gesellschaft im Ganzen. So mag das Vertrauen in einzelne wissenschaftli-

che Expertinnen und Experten abnehmen – datengestützte Ansätze werden weiterhin Autorität behalten. Bestimmte Bereiche wie die Sozial- und Geisteswissenschaften scheinen stärker gefährdet als andere wie Naturwissenschaften, Ingenieurwesen und Mathematik. Um diese Veränderungen zu verstehen, braucht es noch mehr Forschung darüber, welche Aspekte der Wissenschaft stärkeren Gegenwind erfahren und wie sich die Wissenschaftler*innen gegenüber liberalen und illiberalen Kräften verhalten können.

In einer liberalen Weltordnung wurde Bildung auf allen Ebenen weltweit ausgebaut. Eine rationalisierte Form des Wissens, also die Wissenschaften, erlangte Autorität in der Suche nach Wahrheit. Das wachsende Misstrauen der Menschen gegenüber wissenschaftlichen Erkenntnissen, gegenüber Forschenden und Bildungseinrichtungen stellt die derzeitige Form und Art der Bildung in Frage. Was in den Schulen gelehrt und gelernt wird, spiegelt immer das kulturelle und gesellschaftliche Umfeld wider. Es wird genau zu beobachten sein, wie sich die Art und Weise, wie wir die Welt verstehen, verändern wird, und welche alternativen Wissensquellen möglicherweise ins Spiel kommen. Diese Veränderungen werden die Werte und Ziele der Bildung in einer postliberalen Welt prägen – ob wir es befürworten oder nicht. ●

Literatur

Baker, David P.: *The Schooled Society: The Educational Transformation of Global Culture*. Stanford: Stanford University Press 2014.

Furuta, Jared/Meyer, John W./Bromley, Patricia: „Education in a Post-Liberal World Society“. In: Paola Mattei/Xavier Dumay/Eric Mangez/Jacqueline Behrends (Hg.): *The Oxford Handbook on Education and Globalization*. London: Oxford University Press 2023, S. 96-118. DOI: 10.1093/oxfordhb/9780197570685.013.27.

Kim, Jessica/Soysal, Yasemin Nuhoğlu/Cebolla Boado, Héctor/Schimmöller, Laura: „Inhibiting or Contributing? How Global Liberal Forces Impact Climate Change Scepticism“. In: *International Journal of Sociology*, 2024, Jg. 54, H. 5-6, S. 530-564. DOI: 10.1080/00207659.2024.2416279.

Lerch, Julia C./Frank, David John/Schofer, Evan: „The Social Foundations of Academic Freedom: Heterogeneous Institutions in World Society, 1960 to 2022“. In: *American Sociological Review*, 2023, Jg. 89, H. 1, S. 88-125. DOI: 10.1177/00031224231214000.

Song, Jieun/Choi, Minju/Ramirez, Francisco O.: „Educational Contestations in a Changing World Society“. In: *Annual Review of Comparative and International Education*, 2023, Jg. 48, S. 39-56. DOI: 10.1108/S1479-367920240000048004.

Gemeinschaftsaufgabe Bildung

Die wachsende Rolle der Zivilgesellschaft

Bildung ist viel mehr als Schule, Universität und Berufsausbildung. Eine großangelegte Studie zeigt erstmals detailliert, welchen wichtigen Beitrag zum lebenslangen Lernen der Vielen zivilgesellschaftliche Akteurinnen und Akteure leisten – und mit welchen Motivationen.

Charlotte Rößler-Prokhorenko und Jana Priemer

Fällt das Stichwort „Bildung“, lässt oft das Stichwort „Krise“ nicht lange auf sich warten. Zahlreiche Studien weisen immer wieder auf Defizite des deutschen Schulsystems hin – regelmäßig zum Beispiel, wenn es um das deutsche Abschneiden in den internationalen PISA-Studien geht. Gleichzeitig verlangen die multiplen Krisen der Gegenwart ebenso wie der gesellschaftliche und technologische Wandel ein zeitgemäßes Bildungsverständnis, das über die Grundbildung hinausgeht. Bildung findet nicht nur in formalen Bildungseinrichtungen statt, sie umfasst auch informelle und außerschulische Kontexte. Ein zeitgemäßes Bildungsverständnis erkennt die Bedeutung dieser Lernorte an – seien es Jugendclubs, Musikschulen oder Sportplätze. Es geht nicht nur um eine Qualifikation für den Arbeitsmarkt, sondern um eine lebenslange Bildungsreise.

Bildung wird so verstanden zur gesamtgesellschaftlichen Aufgabe. Der Staat ist nicht länger die maßgebliche Instanz, die Bildungsangebote bereitstellt – auch die Zivilgesellschaft nimmt eine Schlüsselrolle ein. Sie bietet soziale Räume für gemeinsames Lernen. Bildung braucht geteilte Verantwortung und die Vernetzung verschiedener Akteure.

„Der Anteil freiwillig Engagierter in verschiedenen Bildungsfeldern hat sich in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt“

Umfragen belegen ein erhebliches Wachstum zivilgesellschaftlicher Aktivitäten im Bildungsbereich. Aus den Daten des Deutschen Freiwilligen surveys, den das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend seit 1999 alle fünf Jahre durchführt, geht hervor, dass sich der Anteil freiwillig Engagierter in verschiedenen Bildungsfeldern in den letzten 20 Jahren mehr als verdoppelt hat. Auch der ZiviZ-Survey, der in der Verantwortung des Stifterverbands für die Deutsche Wissenschaft e.V. liegt, bescheinigt dem Engagementfeld Bildung eine hohe Gründungsdynamik. Die Zivilgesellschaft leistet also vielfältige Beiträge im Bildungsbereich – dennoch werden Umfang und Bedeutung dieses Engagements in der öffentlichen Wahrnehmung immer noch unterschätzt.

Im Forschungsprojekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in

kommunalen Bildungslandschaften“ haben wir am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Verbund mit dem Verein Stiftungen für Bildung e.V., Träger des Netzwerks Stiftungen und Bildung, umfassende quantitative Befragungen sowie Gruppen- und Einzelinterviews durchgeführt. Ziel war es, erstmals fundierte Aussagen über die Bildungsangebote der Zivilgesellschaft und das Selbstverständnis der Akteure zu treffen. Unsere Definition von Zivilgesellschaft ist sehr breit: Wir zählen dazu formale Organisationen wie Vereine und Stiftungen, informelle Zusammenschlüsse, Initiativen und Projekte sowie freiwillig Engagierte und Ehrenamtliche.

Die Beiträge der Zivilgesellschaft zur allgemeinen Bildung sind umfangreicher als bislang angenommen. Von über 4.500 befragten eingetragenen Vereinen geben 53 Prozent an, Bildungsangebote zu machen. Diese Angebote beziehen sich sowohl auf fachbezogene Kompetenzen als auch auf die Förderung nicht-fachbezogener Fähigkeiten, etwa in der Persönlichkeitsentwicklung. In einer Bevölkerungsbefragung geben zudem 61 Prozent der freiwillig Engagierten an, Bildungsbeiträge zu leisten, und zwar in der Vermittlung von Wissen, in Beratung oder Coaching, durch das Bereitstellen von Informationsmaterial oder Lernangeboten und bei der Betreuung von Kindern und Jugendlichen.

„Viele Angebote vermitteln Kompetenzen und greifen Themen auf, die in Lehrplänen bisher unzureichend berücksichtigt sind“

Neben klassischen Bildungsthemen wie Sport und kulturelle Bildung widmen sich zivilgesellschaftliche Organisationen auch Themen wie Inklusion und Diversität, Umweltbildung, politische Bildung, Sprach- und Leseförderung, Medienbildung sowie den Naturwissenschaften. Ebenso breit gefächert sind die Formate, in denen diese Themen vermittelt werden: Es gibt Veranstaltungen wie Workshops, Kurse oder Trainings, Beratungs- und Unterstützungsangebote wie Hausaufgabenhilfe oder die Begleitung während der Ausbildung, Betreuungsangebote für Kinder und Jugendliche und das Bereitstellen von Informationen. All diese Angebote ver-



Charlotte Röbler-Prokhorenko ist wissenschaftliche Mitarbeiterin im Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in Bildungslandschaften“ am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung.

charlotte.roessler-prokhorenko@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

mitteln Kompetenzen und greifen Themen auf, die in Lehrplänen bisher unzureichend berücksichtigt sind.

Sie erreichen zudem Zielgruppen, die von offiziellen Stellen oft schwerer angesprochen werden, und Altersgruppen, die im formalen Bildungssystem kaum Berücksichtigung finden. Überwiegend richten sich die Bildungsangebote zivilgesellschaftlicher Organisationen und Engagierter an Kinder und Jugendliche, aber auch an Erwachsene in der Erwerbs- und Nacherwerbsphase. Damit leisten sie einen wertvollen Beitrag zum lebenslangen Lernen. Überdies nehmen zivilgesellschaftliche Bildungsangebote zunehmend Personengruppen mit besonderen Bedarfen in den Blick, also etwa Familien, Bildungsbenachteiligte oder Arbeitslose sowie Menschen mit Migrationsgeschichte.

„Ein entscheidendes Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure ist ihre Autonomie“

Ein entscheidendes Potenzial zivilgesellschaftlicher Akteure ist ihre Autonomie, die es ihnen ermöglicht, ihre Angebote weitgehend eigenständig, frei und kreativ an die spezifischen Bedürfnisse der Zielgruppen sowie an die lokalen und zeitlichen Gegebenheiten anzupassen.

So können sie innovative Ansätze entwickeln und gezielt Lücken im bestehenden Bildungssystem schließen.

Seit Jahren wird auf politischer Ebene versucht, die Zivilgesellschaft stärker in das formale Bildungssystem einzubinden. Ein aktuelles Beispiel dafür ist die Förderrichtlinie „Ganztage in Bildungskommunen – Kommunale Koordination für Ganztagsbildung“, die das Bundesministerium für Bildung und Forschung aufgelegt hat. Diese zielt darauf ab, zivilgesellschaftliche Akteure stärker in das öffentliche Schulsystem zu integrieren und die Zusammenarbeit zwischen allen zu fördern, die an Ganztagsangeboten beteiligt sind. Diese Einbindung der ehrenamtlichen Strukturen sorgt für Kontroversen: Sie kann als Aufwertung und als Erweiterung der Möglichkeiten gesehen werden – kritisch angemerkt wird aber oft, dass der Zivilgesellschaft so die Rolle eines Ausfallbürgers für unzureichende staatliche oder kommunale Versorgung zufallen kann, etwa bei Kita- und Schulfördervereinen oder den ehrenamtlichen Lesepat*innen.

„Politik und Verwaltung können durch gezielte Koordination und professionelle Begleitung wesentlich zur Verbesserung beitragen“

Allerdings sind die politischen Bemühungen um eine stärkere Einbindung der Zivilgesellschaft nicht der alleinige Treiber für das Wachstum und den Umfang ihres Engagements. Unsere Studienergebnisse zeigen, dass sich Bildungsorganisationen nur selten in der Rolle von Lückenfüllern sehen: Lediglich 11 Prozent der Vereine, die Bildungsangebote machen, stimmen der Aussage zu, ihre Arbeit wäre überflüssig, wenn der Staat seine Aufgaben besser erfüllen würde. 71 Prozent der Bildungsorganisationen sehen ihre Aktivitäten als Ergänzung und Erweiterung des öffentlichen Angebots. Zivilgesellschaftliche Akteure sind hochmotiviert, mit ihrer Arbeit einen eigenständigen Beitrag zu leisten. Im Vordergrund stehen dabei die Motive, sich einzubringen (das nennen 89 Prozent), etwas für die Gemein-



Jana Priemer ist wissenschaftliche Mitarbeiterin am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung des WZB und der Freien Universität Berlin. Im Projekt „Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften“ forscht sie zu Zivilgesellschaft und freiwilligem Engagement. jana.priemer@wzb.eu

Foto: © Fotostudio Bloom, alle Rechte vorbehalten.

schaft zu tun und die Gesellschaft aktiv mitzugestalten (78 Prozent). Gleichzeitig geht es den Akteuren durchaus darum, auf Bedarfe zu reagieren: 60 Prozent der Bildungsorganisationen handeln dort, wo sie gebraucht werden. 74 Prozent der Freiwilligen äußern den Wunsch, mit ihrem Engagement zur Lösung konkreter Probleme beizutragen. Nicht zu vergessen: Auch Spaß und Freude an der Tätigkeit spielen eine zentrale Rolle für das Bildungsengagement (82 Prozent).

Trotz ihrer hohen Motivation stoßen Bildungsengagierte auf erhebliche Herausforderungen, insbesondere durch hohe bürokratische Anforderungen, mangelnde Wertschätzung und fehlende strukturelle Unterstützung. Wie kann die Politik die Akteure besser unterstützen? Zentraler Erfolgsfaktor für die Umsetzung von Projekten ist eine gute Vernetzung. 82 Prozent der zivilgesellschaftlichen Bildungsorganisationen kooperieren regelmäßig – vor allem mit anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren, formalen Bildungseinrichtungen und Kommunen. Diese Zusammenarbeit ist essenziell, um gemeinsame Ziele zu erreichen, Zielgruppen anzusprechen und Ressourcen zu mobilisieren. Allerdings wird sie häufig erschwert: Fast die Hälfte der Bildungsorganisationen fühlt sich von der Kommunalverwaltung nicht als Partner auf Augenhöhe wahrgenommen. Dies zeigt sich auch darin, dass Kooperationen nur in 5 Prozent der Fälle von Kommunen und in lediglich 9 Prozent von

Schulen initiiert werden. Hier liegt ein deutliches Verbesserungspotenzial. Zivilgesellschaftliche Bildungsakteure wünschen sich auch mehr Wertschätzung und eine stärkere partnerschaftliche Einbindung. Politik und Verwaltung können durch gezielte Koordination und professionelle Begleitung wesentlich zur Verbesserung beitragen. Der Mehrwert von Zusammenarbeit entfaltet sich insbesondere in verlässlichen Strukturen, die es ermöglichen, Bildungsbeiträge langfristig und nachhaltig zu leisten.

Zivilgesellschaftliche Bildungsbeiträge sind unverzichtbar, besonders für Gruppen mit besonderen Bedarfen und im Kontext lebenslangen Lernens. Dabei handelt es sich nicht um eine bloße Kompensation staatlicher Defizite, son-

dern um eigenständiges, freiwilliges Engagement. Bildungsorganisationen und -engagierte sind durch ihre Autonomie in der Lage, kreative, innovative und bedarfsangepasste Angebote zu entwickeln. Diese Flexibilität und Eigeninitiative machen die Zivilgesellschaft zu einem treibenden Motor für den Wandel hin zu gemeinschaftlich gestalteten Bildungslandschaften. Um ihr Potenzial voll auszuschöpfen, benötigt die Zivilgesellschaft jedoch eine stärkere Anerkennung als zentraler Bildungsakteur sowie nachhaltige Partnerschaften und gezielte Unterstützung durch Staat und Kommunen. Nur so lassen sich Innovationskraft und langfristige Wirksamkeit zivilgesellschaftlicher Bildungsangebote sichern. ●

Literatur

Hutter, Swen/Süß, Sabine/Priemer, Jana/Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Sohrabi, Sara: Zivilgesellschaft und Bildung. Bürgerschaftliches Engagement in kommunalen Bildungslandschaften. Befunde und Botschaften. Berlin 2024. Online: www.zivilgesellschaft-bildung.de/befunde-und-botschaften (Stand: 27.02.2025).

Priemer, Jana/Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Hutter, Swen: „Zivilgesellschaftliche Bildungsorganisationen. Vielfältige Bildungsbeiträge eines besonderen Bildungsakteurs“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2024, Jg. 37, H. 4, S. 497-510. DOI: 10.1515/fjsb-2024-2003.

Rößler-Prokhorenko, Charlotte/Priemer, Jana/Hutter, Swen: „Bildungsengagement in Deutschland: Umfang und Formen des freiwilligen Engagements für Bildung“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2024, Jg. 37, H. 4, S. 511-523. DOI: 10.1515/fjsb-2024-2004.

Sohrabi, Sara/Süß, Sabine: „Zivilgesellschaftliche Bildungsakteure als Kooperationspartner vor Ort“. In: *Forschungsjournal Soziale Bewegungen*, 2024, Jg. 37, H. 4, S. 524-535. DOI: 10.1515/fjsb-2024-2005.

Das Gleichstellungsparadox

Überraschungen bei den Berufswünschen von Jungen und Mädchen

Einmal angenommen, alle hätten die gleichen Rechte, Chancen und Freiheiten. Würden in dieser idealen Gesellschaft auch Geschlechterzuschreibungen der Vergangenheit angehören, also etwa die, dass Frauen eher sorgende Tätigkeiten übernehmen, Männer eher handwerkliche? Erstaunlicherweise gibt es Indizien dafür, dass gerade in egalitäreren Gesellschaften die Berufswünsche traditioneller sind. Ein Paradox, das genauere Beachtung verdient – und eine neue Herangehensweise.

Melinda Erdmann, Agustina Marques Hill, Kathrin Leuze und Marcel Helbig

In Gesellschaften, die Wert auf die Gleichstellung der Geschlechter legen, sind die Unterschiede zwischen Frauen und Männern in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen wie Bildung, Arbeit und Gesundheit bisweilen noch ausgeprägter als in traditionelleren Gesellschaften. Das ist eine überraschende Beobachtung, denn sie entspricht nicht den Erwartungen. Aber es ist empirisch zu belegen: Trotz erheblicher Fortschritte in der Gestaltung des Geschlechterverhältnisses scheinen traditionelle Geschlechterrollen in progressiven Gesellschaften weiterhin zu bestehen – und manchmal sogar stärker hervorzutreten.

Die Wissenschaft spricht vom Gender-Equality-Paradox. Arbeiten zu diesem Phänomen haben allerdings häufig mit methodischen Schwierigkeiten zu kämpfen. So vergleichen viele Studien zwar verschiedene Länder, sie berücksichtigen dabei aber nicht, dass Unterschiede etwa zwischen den Kompetenzen von Jungen und Mädchen auf sehr unterschiedlich hohen Ni-

veaus auftreten können oder dass Veränderungen manchmal daraus resultieren, dass nur ein Geschlecht in einem bestimmten Bereich Fort- oder Rückschritte macht.

Wir haben das Gender-Equality-Paradox in einem öfter diskutierten Bereich eingehend analysiert: bei den Berufswünschen von Jungen und Mädchen. Ein Beispiel mit hoher Relevanz, denn wenn in diesem Bereich die Unterschiede zwischen den Geschlechtern zunehmen, kann das der Vorbote für eine stärkere Auseinanderentwicklung der Geschlechter auf dem Arbeitsmarkt sein. Noch immer gehen Berufe, die vorrangig von Frauen ausgeübt werden, beispielsweise in Pflege und Erziehung, mit schlechteren Arbeitsmarkterträgen einher als Berufe, in denen Männer überrepräsentiert sind, wie in den klassischen MINT-Berufen (Mathematik, Informatik, Naturwissenschaften und Technik). Angesichts des aktuellen Fachkräftemangels, vor allem im Pflege- und MINT-Bereich, und der

Vorteile von Geschlechterdiversität in Teams (sie sind schlicht produktiver) wäre es gesellschaftlich von Nachteil, wenn sich die geschlechtsspezifischen Unterschiede bei der Berufswahl verfestigen würden.

„Gerade in progressiven Gesellschaften orientieren sich Jungen und Mädchen bei der Berufswahl an geschlechtstypischen Vorstellungen“

Der Ausgangspunkt unserer Untersuchung war die Beobachtung, dass die bisherige Forschung zu Geschlechterunterschieden bei den Berufswünschen junger Menschen in Ländern wie Dänemark, Finnland und Schweden größere Unterschiede zwischen Mädchen und Jungen aufzeigte als in anderen europäischen Ländern. Dieser Befund steht im Kontrast zu dem Bild, das von diesen Ländern gezeichnet wird, da sie allgemein als Vorreiter in Sachen Geschlechtergerechtigkeit gelten. Dennoch orientierten sich gerade in diesen Gesellschaften Jungen und Mädchen bei der Berufswahl nach wie vor an geschlechtstypischen Vorstellungen. So streben Mädchen dort weiterhin häufiger Berufe in traditionell weiblich dominierten Bereichen wie Pflege oder Bildung an, während Jungen verstärkt technische, naturwissenschaftliche oder handwerklich geprägte Berufsfelder anvisieren.

Die Modernisierungstheorie geht davon aus, dass die moderne gesellschaftliche Entwicklung mit einer stärkeren Beteiligung aller am Arbeitsmarkt einhergeht. Daraus ließe sich ableiten, dass geschlechtsspezifische Berufsziele in egalitäreren Gesellschaften abnehmen. Die bisherige Forschung hat diese Annahme aber nur teilweise empirisch bestätigt: Die Arbeitsmarktbeteiligung von Frauen nahm in der Tat zu, doch ging dies in einigen Ländern mit einer stärkeren Segregation des Arbeitsmarktes einher. Im Bild gesprochen: Es gibt einen Fortschritt in Richtung Gleichberechtigung auf der vertikalen Ebene – mehr Frauen insgesamt sind auf dem Arbeitsmarkt vertreten –, auf der horizontalen Ebene aber ist die Entwicklung eher rückschrittlich. Bestehende Präferenzen verstärkten

sich, geschlechtsspezifische Muster in der Berufswahl werden gefestigt.

„Führen erweiterte Möglichkeiten, die eigene Identität zu definieren, dazu, dass Geschlechterunterschiede in der Berufswahl noch zunehmen?“

Wie ist diese paradoxe Entwicklung zu erklären? Zwei gegenläufige Muster sind zu erkennen. Moderne Gesellschaften ermöglichen zunehmend individuelle Selbstverwirklichung, die auch die eigene Geschlechtsidentität betrifft, für Frauen und Männer. Gleichzeitig sind aber in diesen Gesellschaften weiterhin traditionelle Stereotype verankert, die den Geschlechtern biologisch festgelegte und unveränderliche Eigenschaften zuschreiben. Führen also die erweiterten Möglichkeiten, die eigene Identität zu definieren, dazu, dass die geschlechtsspezifischen Unterschiede in Berufspräferenzen und Berufswahl noch zunehmen? Dieses Paradox wurde teilweise sogar als Beleg dafür herangezogen, dass Präferenzen eben doch biologisch determiniert sind.

Wir wollten empirisch überprüfen, ob gesellschaftliche Veränderungen hin zu mehr Gleichstellung der Geschlechter tatsächlich zu größeren Unterschieden bei den Berufswünschen junger Menschen führen – und ob diese Entwicklungen durch erweiterte Möglichkeiten der Selbstverwirklichung erklärt werden können. Dafür haben wir für 26 europäische Staaten Daten der internationalen Schulleistungsuntersuchungen (PISA-Studie) aus den Jahren 2006 und 2018 daraufhin analysiert, wie sich die Berufswünsche von Schüler*innen im Zeitverlauf verändert haben. Zudem haben wir geprüft, ob eine zunehmende gesellschaftliche Teilhabe von Frauen sowie Veränderungen in Geschlechternormen und Werten diese Entwicklungen erklären können. Wichtig ist zu erwähnen, dass wir einen anderen methodischen Ansatz als frühere Studien gewählt haben: Wir haben die Berufswünsche von Schüler*innen in einzelnen Ländern zwischen 2006 und 2018 verglichen. Dieser längsschnittliche Ansatz, also die Betrachtung eines Zeitraums, ermöglicht es uns, Veränderungen innerhalb einzelner Länder

zu analysieren und dabei länderspezifische Eigenschaften, wie etwa Unterschiede im Ausgangsniveau, zu berücksichtigen. Darüber hinaus haben wir die Veränderungen der Berufswünsche getrennt für Mädchen und Jungen untersucht, um geschlechtsspezifische Muster sichtbar zu machen.

Unsere Untersuchung zeigt, dass es zwischen verschiedenen europäischen Ländern erhebliche Unterschiede in der beruflichen Orientierung von Jugendlichen gibt. Diese Unterschiede werden durch wirtschaftliche Rahmenbedingungen und das Ausmaß der gesellschaftlichen Partizipation von Frauen, durch gesellschaftliche Werte und Gendernormen beeinflusst. Bei allen Unterschieden wird deutlich, dass sich die Berufswünsche von Mädchen und Jungen im Durchschnitt angenähert haben, auch wenn geschlechtsspezifische Muster in den Berufserwartungen weiterhin bestehen.

„Langfristig führt individuelle Selbstverwirklichung dazu, dass die beruflichen Pläne von Jugendlichen weniger geschlechtsspezifisch ausgerichtet sind“

Überraschenderweise kommen wir zudem zu anderen Ergebnissen als vorhergehende Studien, die nur zwischen Ländern, nicht aber zwischen Zeitpunkten verglichen haben. Wir können belegen, dass in Ländern, die Veränderungen bei der Teilhabe von Frauen und der Betonung von Selbstverwirklichung verzeichnen, im Zeitverlauf eine Tendenz hin zu ausgeglicheneren Berufserwartungen zwischen Mädchen und Jungen sichtbar wird. Insbesondere die Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt und ihre politische Repräsentation scheinen dabei eine zentrale Rolle zu spielen. Je mehr beides gegeben ist, desto weniger zeigen sich geschlechtsspezifische Berufsmuster – Mädchen orientieren sich seltener an traditionell frauendominierten Berufen, während Jungen weniger stark auf männerdominierte Berufsfelder fixiert sind als zuvor. Der methodische Zugriff ändert also das Bild: Querschnittliche Untersuchungen, die einzelne Länder zu einer bestimmten Zeit miteinander vergleichen, be-

richten oft, dass die Geschlechtersegregation in Berufszielen in progressiveren Ländern ausgeprägter ist. Unsere Längsschnittanalyse hingegen ergibt, dass ein Anstieg gesellschaftlicher Partizipation von Frauen und der Möglichkeit zur individuellen Selbstverwirklichung langfristig dazu führt, dass die beruflichen Pläne von Jugendlichen weniger geschlechtsspezifisch ausgerichtet sind.

Ein weiterer zentraler Befund ist, dass Jungen und Mädchen unterschiedlich auf Modernisierungsprozesse reagieren. Eine getrennte Betrachtung der Geschlechter lieferte mehr Erkenntnisse als eine gemeinsame Analyse. Zum Beispiel wird so sichtbar, dass sich die Berufswünsche von Mädchen unter dem Einfluss von Gleichstellung stärker in Richtung männerdominierter Berufe entwickeln. Jungen hingegen streben vermehrt Berufe an, in denen ein ausgewogenes Geschlechterverhältnis herrscht. Dieser Befund macht deutlich, dass aktuelle Maßnahmen auch darauf abzielen sollten, Jungen zu ermutigen, frauendominierte Berufe in Betracht zu ziehen – während der Fokus in der Vergangenheit eher darauf lag, Mädchen für naturwissenschaftliche und technische Berufe zu begeistern.

„Aussagen zum Gender-Equality-Paradox hängen entscheidend von der methodischen Herangehensweise ab“

In der methodologischen Diskussion wird Analysen, die Veränderungen innerhalb von Untersuchungseinheiten (in unserem Fall Länder) über die Zeit hinweg betrachten, eine höhere Aussagekraft bezüglich kausaler Zusammenhänge zugeschrieben. Solche Längsschnittanalysen gelten als robuster, sie sind jedoch aufwendiger und erfordern Daten zu mehreren Zeitpunkten. Doch der Aufwand lohnt. Denn unsere Studie stellt fest, dass die bisherige Debatte zum Gender-Equality-Paradox entscheidend von der methodischen Herangehensweise abhängt. Während querschnittliche Vergleiche den Eindruck verstärken, dass geschlechteregalitäre Gesellschaften paradoxerweise zu stärkeren geschlechtsspezifischen Unterschieden führen, offenbart eine längsschnittliche Betrachtung ein differenzierteres Bild: Gesell-

schaften, die eine höhere Partizipation von Frauen am Arbeitsmarkt und in der Politik sowie eine stärkere Betonung individueller Selbstverwirklichung fördern, zeigen langfristig eine Annäherung der Berufserwartungen von Mädchen und Jungen.

Damit liefert unsere Analyse wichtige empirische Hinweise darauf, dass gesellschaftlicher

Fortschritt nicht zwangsläufig bestehende Geschlechterunterschiede verfestigt, sondern durchaus zu einer Auflösung traditioneller Berufsmuster beitragen kann. Die Studie leistet auch einen Beitrag zur Methodendiskussion. Sie unterstreicht den Wert fundierter Längsschnittanalysen, die dazu beitragen, vorschnelle Schlussfolgerungen aus reinen Ländervergleichen zu vermeiden. ●

Melinda Erdmann ist wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB im Projekt „Zukunfts- und Berufspläne vor dem Abitur“ (ZuBAb) und forscht dort zu Bildungsungleichheiten.
melinda.erdmann@wzb.eu

Agustina Marques Hill ist Doktorandin an der Freien Universität Berlin und wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt am WZB mit einem Forschungsstipendium des DAAD. Ihr Forschungsschwerpunkt ist der Übergang von der Schule in den Beruf in vergleichender Perspektive in entwickelten und sich entwickelnden Volkswirtschaften.
agustina.marques@wzb.eu

Kathrin Leuze ist Professorin für Methoden der empirischen Sozialforschung und Sozialstrukturanalyse an der Friedrich-Schiller-Universität Jena und ehemalige Leiterin der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen am WZB. Ihr Arbeitsgebiet ist die Soziologische Ungleichheitsforschung mit den Schwerpunkten Arbeitsmarkt- und Berufsforschung, Eigentums- und Vermögensungleichheit, Hochschulbildung und Geschlechterungleichheit.
kathrin.leuze@uni-jena.de

Marcel Helbig ist Arbeitsbereichsleiter „Strukturen und Systeme“ am Leibniz-Institut für Bildungsverläufe (LIbBI) und Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten am WZB. Seine Forschungsschwerpunkte sind Bildungs- und Stadtsoziologie, regionale Ungleichheit, Segregation, Schulpolitik und soziale Ungleichheit.
marcel.helbig@wzb.eu

Literatur

Erdmann, Melinda/Marques Hill, Agustina/Helbig, Marcel/Leuze, Kathrin: „Do Women’s Empowerment and Self-expression Values Change Adolescents’ Gendered Occupational Expectations? Longitudinal Evidence Against the Gender-equality Paradox from 26 European Countries“. In: *Frontiers in Sociology*, 2023, Bd. 8, S. 1–17. DOI: 10.3389/fsoc.2023.1175651.

Es ist kompliziert

Die Forschungsabteilung Ökonomik des Wandels war Veränderungen auf der Spur

Preise hoch, Nachfrage runter. Strafen hoch, Verbrechen runter. Liebe hoch, Mühe rauf. Meistens folgt das Verhalten von Menschen in gerader Linie den gegebenen Anreizen. Nicht immer allerdings ist es so einfach. Die vom klassischen Muster abweichenden Fälle hat die WZB-Abteilung Ökonomik des Wandels studiert. Ein Rückblick des Direktors zum Ende der Abteilung nach zwölf Jahren.

Steffen Huck

Den Zusammenhang zwischen Anreizen und Verhalten versteht die Volkswirtschaftslehre seit weit über einem Jahrhundert; sie hat ihn in zahllosen Studien empirisch belegt. Meistens gilt: Preise hoch, Nachfrage runter! Der klassische Blick der Ökonomik nimmt auch noch kleinere Regelbrüche in Kauf. Interessant wird es zum Beispiel im Fall der sogenannten Giffen-Güter, die so essenziell für das Dasein sind, dass man, wenn sie teurer werden, an anderem sparen muss. Oder, umgekehrt, im Fall der Veblen-Güter, deren Absatz steigt, wenn sie teurer werden, weil man durch ihren Konsum dann noch besser seinen sozialen Status der Welt offenbaren kann (das Erfolgsrezept etwa von LVMH Moët Hennessy Louis Vuitton).

Es gibt aber auch tieferen Wandel, der entsteht, wenn sich die Entscheider oder die Welt, in der sie sich befinden, selbst ändern. Solche komplexeren, weniger statischen Prozesse haben lange Zeit vor allem die Soziologie und die Politikwissenschaften in den Blick genommen. Der Ökonomik warfen diese Disziplinen vor, sie schaue zu kurz, sie verliere die größeren Wechselwirkungen aus dem Blick. Über lange Zeit war diese Kritik vollkommen berechtigt, aber

in den vergangenen Jahrzehnten hat sich viel getan.

„Eine zentrale Frage der Abteilung war: Wie ändert sich Verhalten, wenn Entscheider nicht perfekt rational sind?“

Die Abteilung Ökonomik des Wandels, die von 2012 bis 2024 Teil des WZB war, war der Analyse genau dieser weniger klassischen Perspektiven auf Veränderung gewidmet. Im Zentrum ihrer Forschung standen zwei große Fragen. Die erste war: Wie ändert sich Verhalten, wenn Entscheider nicht perfekt rational sind, sondern einfachen Verhaltensregeln folgen oder über die Welt als solche lernen? Die zweite Frage war: Wie ändert sich Verhalten, wenn sich die Motivationen von Entscheidern ändern oder sich ihr Bild von der Welt ändert?

In zwei der letzten Projekte der Abteilung kamen diese beiden Fragen zusammen. Sie untersuchen, wie Optimismus über die Welt

entsteht – Optimismus, der uns zu Investoren und Unternehmerinnen macht, und Optimismus, der uns für unsere Sache kämpfen lässt.

Die beiden Studien offenbaren zwei fundamentale, aber auch fundamental unterschiedliche Ursachen für Optimismus. Zugleich zeigen beide, dass von übertriebenem Optimismus für den Wandel der Welt (und für uns selbst) nichts Gutes kommt. Woher kann übertriebener Optimismus stammen, der uns dazu leitet, waghalsig Weltveränderndes zu tun? Zum einen können wir Daten falsch interpretieren: Wir können glauben, dass alles, was wir über mögliche Projekte beobachten, dafür spricht, Unternehmer zu werden. Wir können dann alles auf eine Karte setzen – und dabei schlimme Fehler machen. Zum anderen können wir davon geleitet sein, andere beobachtet zu haben, deren schiefer Optimismus sie erfolgreich gemacht hat, was zu nicht minder schlimmen Fehlern führen kann.

„Bei der Frage, ob es eine gute Idee ist, Kinder zu bekommen, sollte man nicht nur jene anschauen, die wirklich Kinder haben“

Mit Kai Barron und Philippe Jehiel habe ich den ersten Fall untersucht. Hier hat ein Investor Zugang zu Daten über Erfolg und Scheitern von Projekten, die jenem ähnlich sind, das er selbst in Erwägung zieht. Was er freilich nicht sieht, sind die Projekte, die nie verfolgt wurden. Und hier kommt die Falle: Glaubt der Investor, dass er das Universum aller Projekte sieht, ohne zu verstehen, dass es einige gab, die andere verworfen haben, wird er systematisch die Erfolgsmöglichkeiten seines eigenen Projekts überschätzen. Es wird zu falschen Entscheidungen und Enttäuschungen kommen. In der ökonomischen Literatur nennt man diesen Effekt „selection neglect“, und er ist nicht nur gefährlich, wenn es um unternehmerisches Handeln geht. Bei der Frage zum Beispiel, ob es eine gute Idee ist, Kinder zu bekommen, sollte man nicht nur jene anschauen, die wirklich Kinder haben. Diejenigen, die sich für Fortpflanzung entschieden haben, weisen womöglich Merkmale auf, die das Kinderhaben besonders schön machen. Was, wenn man diese Merkmale selbst nicht aufweist?



Steffen Huck leitet die Forschungsprofessur Behavioral Economics and Human Agency am WZB. Von 2012 bis 2024 war er Direktor der Forschungsabteilung Ökonomik des Wandels. steffen.huck@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Mit Dan Friedman und Johannes Leutgeb bin ich dem zweiten Fall nachgegangen. Hier müssen strategische Akteure, zum Beispiel Unternehmen, darüber entscheiden, wie aggressiv sie gegenüber anderen agieren – im Fall von Unternehmen: wie sehr sie andere durch Expansion beeindrucken wollen. Dabei gilt: Wer optimistischer ist, wird auf mehr Expansion setzen; und wer auf mehr Expansion setzt, wird besser dastehen als die Konkurrenz. Wenn Firmen nun dazu neigen, die erfolgreichsten Strategien ihrer Mitbewerber zu imitieren, entsteht eine Spirale mit immer wachsender Expansion, die am Ende allen schadet. Schließlich impliziert immer weitere Expansion im Fall von Unternehmen, die Produkte feilhalten, dass die Preise immer weiter fallen werden. Letztlich ist hier mit Optimismus niemandem gedient.

„Wir untersuchen nicht nur kurzfristig Anreizänderungen, sondern verfolgen systematisch Effekte, die sich dynamisch über die Zeit ergeben“

Andere Themen der Abteilung waren der Wandel prosozialen Verhaltens (insbesondere die Frage, wie sich mögliche Spender dazu animieren lassen können, einen Beitrag wider Un-

Noch sind die Einkaufswagen alle gleich – und leer.
Wie sie gefüllt werden und warum, das unter anderem
erforscht die moderne Ökonomik.
Foto: © Thomas Meyer/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.



gleichheit zu leisten) und in den vergangenen Jahren zunehmend die erschreckenden Gefahren für die Demokratie. So unterschiedlich diese Themen an der Oberfläche auch zu sein scheinen – die oben beschriebenen Prinzipien gelten in beiden Fällen strikt: Wir untersuchen nicht nur kurzfristig Anreizänderungen, sondern verfolgen systematisch Effekte, die sich auf komplexere Weise dynamisch über die Zeit ergeben. Beim Spendenverhalten zum Beispiel kommen Gewohnheitseffekte zum Tragen; bei der aktuellen Bedrohung unserer Demokratie kommen Wechselwirkungen zwischen Unzufriedenheit und der Unterstützung rechtspopulistischer Parteien ins Spiel. Auch dabei stellte sich heraus, dass der kurzfristige Blick, den die klassische Ökonomik vorschlagen würde – aus

mehr Unzufriedenheit folgt mehr Unterstützung für eine Partei wie die AfD – zu kurz greift. Es gilt nämlich ebenso umgekehrt: Wer sich entscheidet, die AfD zu unterstützen, wird persönlich noch unzufriedener.

Die moderne Ökonomik des Wandels ist also viel mehr als schlichte Muster von „Preise-hoch-Nachfrage-runter“. Sie ist inspiriert von ihren Nachbarwissenschaften, allen voran der Psychologie, der Soziologie und den Politikwissenschaften. Die Abteilung hat enorm davon profitiert, am WZB angesiedelt zu sein. In kaum einem anderen Haus als in diesem, das so unterschiedliche Disziplinen unter einem Dach vereint, hätte sich das Projekt so verwirklichen lassen. ●

Globaler Strukturwandel im Automobilssektor

Die deutsche und die europäische Wirtschaftspolitik stehen vor neuen Herausforderungen

Gerade wird das Auto neu erfunden. Alternative Antriebe und das vernetzte, autonome Fahren verändern Entwicklung und Produktion. Industrie und EU-Politik betrachteten das ökonomische Potenzial dieses Umbruchs zunächst optimistisch. Doch mittlerweile sind die Zweifel an der Zukunft des hiesigen Automobilssektors gewachsen. Auch der globale Wettbewerbsdruck nimmt zu. Es geht um nicht weniger als die Grundprinzipien europäischer Wirtschaftspolitik.

Grzegorz Lechowski

Noch vor wenigen Jahren herrschte die Erwartung vor, dass sich der Automobilmarkt relativ schnell in Richtung elektrifizierter und vernetzter Mobilität entwickeln würde. Ein Anzeichen für diesen Optimismus waren die ambitionierten Transformationsziele, die zahlreiche Firmen formulierten: Sie prognostizierten hohe Anteile von emissionsarmen und emissionsfreien Fahrzeugen – besonders an Produktionsstandorten und Märkten in Hochlohnländern. In die gleiche Richtung wiesen auch die anspruchsvollen Vorgaben der Europäischen Union, die vor allem auf regulatorische Maßnahmen setzte, um den Wandel der einheimischen Automobilindustrie zu beschleunigen.

Parallel zur Elektrifizierung richtete sich die Automobilindustrie Mitte der 2010er-Jahre verstärkt auf vernetzte und autonome Mobilität aus. „CASE“ war das Schlagwort, das die Trends der Produktinnovation im Automobilbereich zusammenfasste: „Connected, Autono-

mous, Shared, Electric“. Die Begeisterung für einen schnellen und radikalen technologischen Wandel in diesem Feld war groß, auch weil sich zahlreiche Tech-Unternehmen sehr interessiert an der Entwicklung neuer Automobiltechnologien und Geschäftsmodelle zeigten. Mitte der 2010er-Jahre verkündete beispielsweise Google, bis 2020 könnten vollständig autonome Fahrzeuge auf den Markt kommen.

„Der durch neue Technologien eingeleitete Wandel war bislang langsamer als ursprünglich prognostiziert“

Tatsächlich verlief die technologische Transformation komplexer. Neue Antriebs- und Digitaltechnologien haben zweifellos strukturelle

Veränderungen eingeleitet. Doch dieser Wandel war bislang langsamer als ursprünglich prognostiziert. In unserem demnächst erscheinenden Sammelband „Global Shifts in the Automotive Sector“ (herausgegeben mit Martin Krzywdzinski, John Humphrey und Tommaso Pardi) beleuchten wir mit empirischen Fallstudien die vielfältigen – und bisher weitgehend unbestimmten – Auswirkungen dieses Transformationsprozesses.

Wenn für die letzten fünf Jahre überhaupt ein gemeinsamer Transformationstrend auf dem globalen Automobilmarkt zu beschreiben ist, dann ist es der Trend zu einer wachsenden regionalen Vielfalt. Weder die Wahl der Produkttechnologien, noch die Geschwindigkeit ihrer Markteinführung sind einheitlich. Anfang der 2020er-Jahre war die wichtigste neue Entwicklung zweifellos die Elektrifizierung. Die weltweiten Verkaufszahlen von Elektrofahrzeugen – sowohl batterieelektrischen als auch Plug-in-Hybridfahrzeugen – stiegen zwischen 2018 und 2023 um mehr als das Sechsfache (von 2,1 Millionen auf 13,8 Millionen pro Jahr). Allerdings war das Bild für die einzelnen Regionen sehr unterschiedlich.

Unter den größten Volkswirtschaften machten in China die Verkäufe von Elektroautos einen größeren Anteil des einheimischen Marktes aus als anderswo: fast 40 Prozent nach Angaben der Internationalen Energieagentur. Die EU folgte mit einem Marktanteil von knapp über 20 Prozent bei den Neuzulassungen im Jahr 2023. Auch hier gab es jedoch erhebliche Unterschiede zwischen den Hochlohnländern West- und Nordeuropas und den südlichen und östlichen Mitgliedsstaaten. Die Einführung von Elektrofahrzeugen in den USA schritt etwas langsamer voran (16 Prozent im Jahr 2023) – und in Japan mit größerer Verzögerung (4 Prozent).

Noch komplexer sind die Dynamiken im Globalen Süden. Der Wandel hin zur Elektromobilität beginnt in diesen Ländern gerade erst. Obwohl die Verkaufszahlen in jüngster Zeit ansteigen, bleiben sie in vielen der größten Märkte des Südens bis jetzt sehr niedrig – zwischen 1 und 3 Prozent der Neuzulassungen im Jahr 2023 in Ländern wie Indien, Brasilien oder Südafrika waren Elektrofahrzeuge. Dabei gibt es allerdings auch Ausnahmen. Beispielsweise in Vietnam und der Türkei erreichen oder überschreiten die Zahlen langsam die 10-Prozent-Marke, was zumindest teilweise darauf



Grzegorz Lechowski ist Gastwissenschaftler der Forschungsgruppe Globalisierung, Arbeit und Produktion. Der Wirtschaftssoziologe forscht unter anderem zu den Prozessen des technologischen, organisatorischen und regulatorischen Wandels in der globalisierten Industrieökonomie und Digitalwirtschaft. grzegorz.lechowski@wzb.eu

Foto: © privat, alle Rechte vorbehalten.

zurückzuführen ist, dass diese Länder auf die heimische Produktion von Elektroautos setzen.

„Die Führungsrolle Chinas in der Herstellung von Elektroautos ist aktuell unbestreitbar“

Der Übergang zu emissionsfreier Mobilität ist also uneinheitlich, und in manchen Märkten wird noch immer über technologische Alternativen nachgedacht. Klar ist aber eines: Die Führungsrolle Chinas in der Herstellung von Elektroautos ist aktuell unbestreitbar. 2023 stammten 62 Prozent der weltweit produzierten batterieelektrischen Autos sowie 78 Prozent der weltweit hergestellten Elektrobatterien aus China. Und die Produktion im Land bedient nicht mehr ausschließlich den riesigen Binnenmarkt. 2023 wurde China zum größten Fahrzeugexporteur der Welt – vor Deutschland und Japan. Einen erheblichen Anteil dieser Exporte machten Elektroautos aus. Bemerkenswert ist aber, dass der neue Exporttrend nicht nur von chinesischen Herstellern vorangetrieben wurde. Auch ausländische Unternehmen produzieren mittlerweile in China, um ihre Autos weltweit zu verkaufen. Bereits 2022 exportierte beispielsweise Tesla 183.300 Fahrzeuge aus seinen chinesischen Fabriken nach Europa. Diese

Strategie wurde von mehreren französischen und deutschen Herstellern übernommen.

Der globale Erfolg Chinas fügt sich in eine weitere zentrale Entwicklung ein, die wir in dem Sammelband ansprechen: die Rückkehr der Industriepolitik im Automobilsektor. Bereits zu Beginn der 2000er-Jahre erkannte die chinesische Regierung die Elektromobilität als eine konkrete Chance, um gegenüber den damals dominierenden ausländischen Automobilherstellern einen Sprung nach vorne zu schaffen. Der Weg war nicht gradlinig und erforderte viel politisches Lernen im Prozess. Letztlich entwickelte der chinesische Staat aber eine relevante Strategie zur Förderung der heimischen Automobilindustrie. Diese beschränkt sich längst nicht mehr nur auf die Unterstützung staatlicher Unternehmen und deren Joint Ventures mit ausländischen Partnern, sondern umfasst auch Maßnahmen wie das gezielte Ankurbeln der Inlandsnachfrage nach innovativen Fahrzeugen, den globalen Ausbau eigener Produktionskapazitäten im Bereich der Elektrobatterien oder das Anwerben hochmoderner ausländischer Investitionen.

„Es gibt in den USA parteiübergreifend einen industrie- und handelspolitischen Trend zur Stärkung der heimischen Produktion durch den Staat“

Die Rückkehr des Staates im Automobilsektor ist dabei nicht nur in China zu beobachten. Auch andere Schwellenländer haben den Sinn einer „kreativen Zerstörung“ der bestehenden Industriestrukturen verstanden und versuchen schon, ihre Einstiegschancen in die Weltliga der Automobilproduktion aktiv zu nutzen – wie zum Beispiel die Türkei mit ihrer neuen E-Automobil-Marke Togg. Das wohl bedeutendste Beispiel für den neuen industriepolitischen Trend kam jedoch aus einem westlichen Land: aus den USA unter Joe Biden. Das amerikanische Inflationsreduktionsgesetz (IRA) stellte Milliarden an Subventionen für die Modernisierung des Automobilsektors bereit und schuf neue Anreize für Hersteller und Zulieferer. Das Gesetz führte zu erheblichen internationalen Spannungen – vor allem mit der Regelung, dass

sich Fahrzeuge nur dann für die IRA-Kaufanreize qualifizieren können, wenn sie in Nordamerika hergestellt werden. Aber auch die großzügigen Anreize für Batteriehersteller, ihre Produktion in die USA zu verlagern, stießen bei Handelspartnern auf Unmut. Mittlerweile ist es also offensichtlich, dass es in den USA einen parteiübergreifenden industrie- und handelspolitischen Trend zur Stärkung der heimischen Produktion gibt.

All diese jüngsten Entwicklungen im Automobilsektor – die globalen Unsicherheiten des Technologiewandels, der erfolgreiche Aufstieg Chinas und der zunehmende staatliche Interventionismus – setzen die Wirtschaft in der EU erheblich unter Druck. Dabei steht für die EU viel auf dem Spiel. Die Automobilindustrie ist nach wie vor ein zentraler Pfeiler des europäischen Wohlstands; sie sichert Millionen Arbeitsplätze und wäre als Wohlstandsfaktor schwer zu ersetzen. Mittlerweile mehren sich aber die Zweifel, ob das bisherige wirtschaftspolitische Modell der EU noch zeitgemäß und den Herausforderungen gewachsen ist. Der bisherige Fokus auf ambitionierte Emissionsziele hat zwar den Wandel des einheimischen Marktes angestoßen. Dies reicht jedoch offenbar nicht aus, um die Industriestruktur und die Produktionskompetenzen der europäischen Hersteller nachhaltig zu verändern. Trotz der anspruchsvollen Transformationsziele der frühen 2020er-Jahre haben Elektroautos „Made in EU“ inzwischen in einigen Fällen Schwierigkeiten, mit ausländischen Konkurrenten mithalten – sei es aus Preisgründen oder wegen der begrenzten Innovationskraft der Unternehmen.

Die Debatte darüber, welche wirtschaftspolitische Antwort in dem Kontext die richtige wäre, wird lauter und heftiger. Erneut wird das Konzept der „Technologieoffenheit“ diskutiert, etwa im Zusammenhang mit dem im September 2024 veröffentlichten Wettbewerbsbericht des ehemaligen Präsidenten der Europäischen Zentralbank Mario Draghi. Der Bericht legt nahe, dass die EU-Vorschriften hinsichtlich emissionsarmer beziehungsweise -freier Antriebstechnologien flexibler gestaltet werden könnten, statt nur auf eine vorgegebene Technologie zu setzen. Und in Deutschland wird oft die abrupte Abschaffung der Kaufanreize für Elektroautos kritisiert.

Zentral für eine gelungene Transformation ist auf jeden Fall das Vertrauen von Gesellschaft

und Industrie. Daher muss die Politik ein solches Vertrauen auch jetzt, bei möglichen Anpassungen des regulatorischen Rahmens in der EU und Deutschland, sicherstellen. Wichtig ist darüber hinaus, dass ambitionierte Transformationsziele das Potenzial haben, den großen Binnenmarkt der EU zum globalen Leitmarkt für innovative Mobilitätslösungen zu machen – sei es im Bereich der Antriebstechnologie oder der Digitalisierung von Autos und Verkehrssystemen (zum Beispiel durch Anwendung von KI beim autonomen Fahren).

Während sich die öffentliche Debatte in letzter Zeit weitgehend auf Regulierungsfragen konzentrierte, wurden zahlreiche andere Probleme der aktuellen Transformationsstrategie der EU für den Automobilsektor noch nicht ausreichend angesprochen. Mindestens drei Themen verdienen besondere Aufmerksamkeit.

Erstens muss die Schwäche der EU-Förderinstrumente analysiert werden. Insbesondere im Hinblick auf neue Schlüsseltechnologien wie elektrische Batterien, innovative Elektronik oder sektorspezifische KI-Anwendungen sind sicherlich erhebliche Investitionen in Produktentwicklung und Produktionskapazitäten notwendig. Der EU droht eine Situation, in der diese grundlegenden Technologien nicht mehr in Europa entwickelt oder produziert werden. Trotz der bereits unternommenen Versuche – etwa im Rahmen der Important Projects of Common European Interest (IPCEI) – wächst sogar die Skepsis, ob die EU in diesen Segmenten der Wertschöpfungskette langfristig konkurrenzfähig bleiben kann. Die IPCEI-Initiativen geben zwar dem Staat die Möglichkeit, gezielt und strategisch die Produktion wichtiger Technologien in der EU zu fördern, doch sie stehen auch in der Kritik, da sie nur schwer mit den

robusten industriepolitischen Instrumenten und Strategien im Ausland mithalten.

Zweitens muss anerkannt werden, dass die bisherige Exportorientierung der EU-Automobilindustrie zunehmend problematisch wird. Der große chinesische Automobilmarkt wird immer stärker von einheimischen Marken dominiert. Auch in Nordamerika wird sich die Lage wegen der wachsenden politischen Spannungen kaum verbessern. Daher sollte die Politik mutiger die Frage nach Wachstumspotenzialen im EU-Binnenmarkt stellen. Auffallend ist beispielsweise, dass in der EU erschwingliche Elektrofahrzeuge im Angebot der einheimischen Hersteller größtenteils bis heute fehlen. Zu überlegen wäre auch, inwiefern und in welcher Form künftige Förderprogramme für den Kauf von Elektroautos, oder anderen innovativen Fahrzeugen, an Bedingungen der lokalen Wertschöpfung geknüpft werden könnten – zum Beispiel dass die Autos oder ihre Schlüsselkomponenten in der EU produziert werden müssen.

Drittens schließlich müsste die Politik stärker die Risiken in den Blick nehmen, die mit einer zunehmenden Fokussierung des EU-Automobilsektors auf die Produktion in den großen ausländischen Märkten – hauptsächlich im chinesischen – einhergehen. Die wachsende Konkurrenz durch lokale Autohersteller sowie die neuen politischen Spannungen im internationalen Kontext erhöhen den Druck, die Produktion näher an den Zielmarkt zu verlagern. Unsere Analyse der aktuellen Transformationstrends im deutschen Automobilsektor legt nahe, dass viele Unternehmen tatsächlich nicht ausschließen, strategisch wichtige Produktions- und Innovationskompetenzen ins Ausland zu verlagern. Vor dieser Gefahr darf die EU-Politik die Augen nicht verschließen. ●

Literatur

Krzywdzinski, Martin/Lechowski, Grzegorz/Humphrey, John/Pardi, Tommaso (Hg.): *Global Shifts in the Automotive Sector. Markets, Firms and Technologies in the Age of Geopolitical Disruption*. London: Palgrave Macmillan 2025 (im Erscheinen).

Lechowski, Grzegorz/Weis, Nathan: „German Industrial Model in Transition: Electromobility Challenges in the Automotive Sector“. In: Martin Krzywdzinski/Grzegorz Lechowski/John Humphrey/Tommaso Pardi (Hg.): *Global Shifts in the Automotive Sector. Markets, Firms and Technologies in the Age of Geopolitical Disruption*. London: Palgrave Macmillan 2025 (im Erscheinen).

Alles muss sich ändern

Konflikte und Aushandlungen am Beispiel der Verkehrswende

Die Klimakrise zwingt zu einem Strukturwandel, der tiefgreifend und zum Teil schmerzhaft ist. Besonders die Verkehrswende führt zu emotionalen Debatten, weil sie kollektive Selbstverständlichkeiten und Lebensstile in Frage stellt – gerade in Deutschland.

Weert Canzler

Auch wenn von Klima oder Energie kaum die Rede ist in diesen aufgeregten Wochen von Wahlkampf und Regierungsbildung – wir sind tatsächlich mittendrin in tiefgreifenden Veränderungen. Die Klimakrise eskaliert, der Druck steigt, schnell weniger klimaschädliche Emissionen zu produzieren. Vormals abstrakt klingende Ankündigungen werden konkret, das Ende des fossilen Wirtschaftens erreicht den Alltag vieler Menschen. Überkommene Strukturen geraten ins Wanken. Doch der Umbau gleich mehrerer Sektoren – von der Stromproduktion über das Bauen und Wohnen bis hin zur Landwirtschaft – ist mit technischen, ökonomischen und sozialen Innovationen ebenso verbunden wie mit wirtschaftlichen und politischen Auseinandersetzungen. So ganz neu und überraschend ist das nicht. Der Strukturwandel in einzelnen Branchen war und ist immer schmerzlich, neben Gewinnern gab und gibt es auch Verlierer. Nun kommt aber alles auf einmal, vom Strom über Heizung und Verkehr bis hin zur Art und Weise, wie wir uns ernähren. Alles muss sich ändern.

Die Verkehrswende greift neben Umstellungen in der Ernährung am stärksten in den persönlichen Bereich jedes und jeder Einzelnen ein. Gerade in Deutschland ist die Herausforderung groß, denn als Ergebnis einer jahrzehntelangen konzertierten Politik sind wir eine in großen

Teilen vom Auto abhängige Gesellschaft. Die einseitige Ausrichtung der Verkehrsinfrastruktur auf das Auto war lange Zeit Konsens. Das eigene Auto galt als Versprechen für sozialen Aufstieg und persönliche Autonomie. Tatsächlich hat es die individuellen Handlungsräume erweitert, oft wurden und werden persönliche Lebenskonzepte um das Auto herum aufgebaut. Dazu kommt, dass das Autofahren zwar kein Zwang, aber im Einzelfall auch nicht die Folge absichtsvoller Entscheidungen ist. Oft ist es im Alltag schlicht eine Routine, die von Unsicherheit und Entscheidungsdruck entlastet. Kaum jemand möchte sich tagtäglich damit beschäftigen, ob es Alternativen zum liebgewonnenen eigenen Auto gibt und ob sie wirklich besser sind. Im Bereich des Verkehrs sind die Transformationskonflikte mehr als klassische Auseinandersetzungen zwischen unterschiedlichen wirtschaftlichen und sozialen Interessen. Fast jede Bürgerin, fast jeder Bürger ist mit ihrer*seiner auf Gewohnheiten beruhenden eigenen Verkehrsbiografie involviert. Diese persönliche Betroffenheit erklärt Umfang und Intensität der Konflikte in der Verkehrswende. Bereits der Umstieg auf ein Elektroauto ist mit Routinebrüchen verbunden. Der Wechsel des Antriebs verlangt eine Umgewöhnung vom Tanken zum Laden, längere Strecken müssen aufwändiger geplant werden als vorher. Die Mobilitätswende ist voraussetzungsvoll.

Ein Hotspot der Veränderungen im Verkehr ist die Stadt. Die urbane Verkehrswende ist die Antwort auf die Überlastung der Straßen und des sonstigen öffentlichen Raumes durch einen über viele Jahre gewachsenen Autoverkehr. Der Kampf um den knappen städtischen Raum hat sich in den letzten Jahren verschärft, weil urbane Aufenthaltsqualität wichtiger geworden ist. Weniger Verkehrslärm, eine gute Luftqualität und mehr Grün möchte man auch in der Stadt.

„Eine hohe urbane Aufenthaltsqualität ist zum Standortfaktor im Wettbewerb um Firmen und Fachkräfte geworden“

Einen Schub gab es während der Corona-Pandemie, als viele Bürgerinnen und Bürger ihr direktes Umfeld neu entdeckt haben. Inzwischen ist eine hohe urbane Aufenthaltsqualität zum Standortfaktor im Wettbewerb um Firmen und Fachkräfte geworden. Die Konkurrenz um den öffentlichen Raum ist aber auch zwischen den verschiedenen Verkehrsträgern schärfer geworden. Mehr und größere Autos benötigen viel Platz, gleichzeitig erheben die alternativen Verkehrsträger Ansprüche auf eigene – geschützte und damit exklusive – Wege. Mehr Busspuren und geschützte Radfahrstreifen gibt es in der Regel nur auf Kosten von Autospuren oder Parkplätzen am Straßenrand. Und die Anpassung an den Klimawandel kommt noch hinzu. Gerade in den Städten müssen in großem Stil Flächen entsiegelt werden, um die Hitzeentwicklung zu begrenzen und Starkregen aufnehmen zu können.

„Die Autogesellschaft umzubauen heißt, im wörtlichen Sinne eingefahrene Verhaltensweisen zu verändern“

Bei der Verkehrswende geht es um viel mehr als um klassische Verkehrspolitik. Die Autogesellschaft umzubauen heißt, im wörtlichen Sinne eingefahrene Verhaltensweisen zu verändern und lange Zeit stabile Gewissheiten zu erschüttern. So überrascht es nicht, dass oftmals Vor-



Weert Canzler leitet zusammen mit Andreas Knie die Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung am WZB. In seiner Forschung beschäftigt er sich mit Innovationsforschung mit dem Schwerpunkt Mobilitäts- und Verkehrspolitik. weert.canzler@wzb.eu

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

würfe einer „Erziehungsdiktatur“ oder „Verbotspolitik“ erhoben werden, sobald Privilegien des Autos abgebaut werden. Wenn Durchfahrtsstraßen gesperrt, Parkstreifen zu Rad- oder Fußwegen umgewidmet oder Parkgebühren eingeführt werden, bietet das in der öffentlichen Auseinandersetzung nicht selten Anlässe für das, was der Soziologe Sighard Neckel „Streit um die Lebensführung“ nennt. In einem solchen Streit geraten die verkehrs-, umwelt- und raumpolitischen Motive in den Hintergrund. Unabhängig von der tatsächlichen persönlichen Klimabilanz im Verkehr – die im Übrigen weniger vom Autofahren als vielmehr von der Anzahl und der Reichweite der geleisteten Flüge abhängt – tragen verkehrspolitische Konflikte um das Auto oft Züge eines Kulturkampfes. Neue und alte Mittelschicht stehen sich, ähnlich wie im Deutungsfeld der richtigen Ernährung, gegenüber. Diese Aufladung belastet auch Beteiligungsverfahren und trägt zu Frustrationen bei denjenigen bei, die die Verkehrswende möglichst im Konsens voranbringen wollen.

Verkehrspolitische Maßnahmen wie Tempolimits, Parkgebühren oder Radwege werden offensiv von jenen aufgenommen, die unabhängig vom Anlass die öffentliche Diskussion polarisieren wollen. Dabei unterstützen viele Bürgerinnen und Bürger die Maßnahmen durchaus oder stehen ihnen gleichgültig gegenüber. Sie kommen in der so getriggerten öffentlichen Debatte jedoch gar nicht vor, sie mischen sich nicht ein und haben oft keine Fürsprecher.



Fahrrad statt Auto? Die Neuaufteilung des Verkehrsraums führt in Deutschland zu erbitterten Auseinandersetzungen. Foto: © Sebastian Wells/OSTKREUZ, alle Rechte vorbehalten.

Die manchmal bis zum Kulturkampf aufgeputschten öffentlichen Auseinandersetzungen um das Autofahren sind wie alle diskursiven Deutungskämpfe das Ergebnis der Problematisierung einer ehemals nicht hinterfragten kollektiven Selbstverständlichkeit. Jahrzehntlang waren das private Auto und das Autofahren kein Problem, niemand musste sich rechtfertigen, es war kein Thema. Das hat sich geändert, die gesellschaftliche Praxis und die Lebensstile sind vielfältiger als zu Beginn der Massenautomobilisierung. Individuelles Verkehrshandeln ist wie andere Konsum- und Stilmuster Ausdruck sozialer Distinktion und bisweilen sogar individueller Identitäten geworden.

„Die Möglichkeiten der Teilhabe sind eben nicht symbolisch“

Zugleich gewinnt in der verkehrs- und gesellschaftspolitischen Debatte die soziale Frage, nämlich die gesellschaftliche Teilhabe durch Zugänglichkeit im wörtlichen Sinne, an Gewicht. Die Möglichkeiten der Teilhabe sind eben nicht symbolisch, es gibt sie für Einzelne und soziale

Gruppen, oder es gibt sie nicht. Der sozialstrukturelle Kern vieler Auseinandersetzungen besteht darin, dass es in einer automobilzentrierten Welt mit ihren zergliederten Siedlungs- und Raumstrukturen oft keine echte Wahlfreiheit der Verkehrsmittel gibt. Wer sich keine Wohnung in der Nähe des zentrumsnahen Arbeitsplatzes leisten kann und weit abseits ohne Anbindung an den öffentlichen Verkehr wohnt, ist vielfach vom Auto und von verfügbaren Stellplätzen abhängig. Eine unfreiwillige Autoabhängigkeit ist in weniger gut entlohnten Arbeitsverhältnissen mit hohen Präsenzplichten und Schichtdiensten verbreitet. In dieser Situation brauchen Menschen gute Alternativen zum eigenen Auto oder – wenn es sie nicht gibt – das Privileg eines gesicherten und bezahlbaren Stellplatzes. Bisher ist das jedoch straßenverkehrsrechtlich nicht möglich.

Die Situation ist unübersichtlich. Während unfreiwillig Autoabhängige durch eine Verteuerung und Reduktion von Stellflächen im öffentlichen Raum Nachteile erfahren, gibt es zugleich Profiteure der Neuverteilung des Verkehrsraumes. Das sind nicht zuletzt Kinder und alte Menschen sowie überhaupt diejenigen, die ohne eigenes Auto

leben. In den Innenstädten ist der Anteil der Bewohner*innen ohne eigenes Auto beträchtlich, in manchen Wohngebieten bilden sie die Mehrheit. Gibt es spürbare Fortschritte der lokalen Verkehrswende, sind sie die Nutznießer. Übrigens profitiert in der Regel auch der lokale Einzelhandel, da die Anwohner*innen verstärkt zu Fuß in der näheren Umgebung einkaufen.

„Es braucht eine verbindliche Information der Betroffenen, aber auch Mut und Standhaftigkeit gegen Partialinteressen“

Die Neuaufteilung des Verkehrsraums ist also ein zentraler Hebel für die lokale Verkehrswende. Daher ist es wichtig, genauer auf die Akteure und die potenziellen Konflikte zu schauen. Reale Ängste mischen sich mit Vorurteilen und diffusen Überforderungsängsten. Stellplatzentwidmungen werden beispielsweise oft von der Diskussion überlagert, wem der öffentliche Raum gehört. Befürchtet werden Lärm und Vandalismus, weil sich mehr Leute auf neu gestalteten Straßen und Plätzen aufhalten, aber auch die Aufwertung der Wohnlage durch eine Begrünung bisheriger Stellplätze, was zu höheren Mieten führt. Zudem sind die Erwartungen an die Nutzung des öffentlichen

Raumes höchst unterschiedlich, je nach Alter und Milieu. Wenn konkrete Maßnahmen zur Neugestaltung des öffentlichen Raumes in Angriff genommen werden, ist es daher sinnvoll und notwendig, diese komplexe Gemengelage zu beachten. Eine frühzeitige und verbindliche Information der Betroffenen gehört dazu, aber auch Mut und Standhaftigkeit, demokratisch legitimierte Entscheidungen gegen Partialinteressen durchzusetzen.

Dass das möglich ist, zeigt ein Blick in die Städte, die bereits vor Jahren den steinigen Weg der Verkehrswende gegangen sind. In Paris und London hat zum Beispiel die befürchtete Verdrängung aus verkehrsberuhigten und stellplatzreduzierten Zonen in benachbarte Quartiere gar nicht oder nur für eine kurze Zeit stattgefunden. Vielmehr wurde ein Rückgang des Autoverkehrs sowohl in den betroffenen Arealen als auch in den Nachbarquartieren festgestellt. Der neue Fachbegriff für dieses Phänomen heißt: „traffic evaporation“, übersetzt vielleicht am besten mit „verdampfender Verkehr“. Schon einen Schritt weiter sind die Städte Groningen und Kopenhagen, die bereits in den 1980er- und 1990er-Jahren zur lokalen Verkehrswende aufgebrochen sind. Die Maßnahmen waren anfangs durchaus umstritten, aber sobald erlebbar war, welche Vorteile eine Neugestaltung des öffentlichen Raumes hat, wuchs die Zufriedenheit der Bevölkerung – und mit ihr die Unterstützung. ●

Literatur

Aldred, Rachel/Thomas, Asa: „Changes in Motor Traffic in London’s Low Traffic Neighbourhoods and Boundary Roads“. In: Case Studies on Transport Policy, 2023, 15. DOI: 10.1016/j.cstp.2023.101124.

Borcherding, Anke: „Wenn die schöne autofreie Welt abschreckend wirkt“. In: digitalemobilitaet.blog, #antiblockiersystem, 4.09.2023. Online: <https://digitalemobilitaet.blog.wzb.eu/2023/09/04/wenn-die-schoene-autofreie-welt-abschreckend-wirkt/> (Stand 10.02.2025).

Canzler, Weert: „Konflikte und Koalitionen beim Umbau der Autogesellschaft“. In: Weert Canzler/Juliane Haus/Andreas Knie/Lisa Ruhrort (Hg.): Handbuch Mobilität und Gesellschaft. Wiesbaden: Springer Nature 2024, S. 1–15. DOI: 10.1007/978-3-658-37804-2_25-1.

Knie, Andreas: „Was wäre, wenn die Autos verschwänden?“ In: Armin Nassehi/Sibylle Anderl/Peter Felixberger (Hg.): Was wäre, wenn? Kursbuch Nr. 217. Hamburg: Kursbuch Kulturstiftung gGmbH 2024, S. 28–31.

Neckel, Sighard: „Der Streit um die Lebensführung. Nachhaltigkeit als sozialer Konflikt“. In: Mittelweg 36, 2020, H. 6, S. 82–100. Online: https://www.researchgate.net/publication/346714347_Der_Streit_um_die_Lebensfuhrung_Nachhaltigkeit_als_sozialer_Konflikt (Stand 10.02.2025).

Teilen und schützen

Auf dem Weg zu einer neuen Datenkultur

Sie gelten als das Öl des 21. Jahrhunderts: unsere Daten. Das Potenzial dieser Ressource für Innovation und Forschung ist riesig – und anders als die weltweiten Ölvorkommen werden Datenmengen sogar immer noch größer. Allerdings bestehen Bedenken, was die Sicherheit der Daten betrifft. In einer demokratischen Gesellschaft müssen die Persönlichkeitsrechte und die informationelle Selbstbestimmung geschützt werden. Dorina Hackmann und Larissa Obst aus der Geschäftsstelle des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten loten Chancen und Risiken der Arbeit mit Daten aus.

Dorina Hackmann und Larissa Obst

Wir leben in einer datengetriebenen Welt. Daten werden im Alltag millionenfach generiert. Je vernetzter und vielseitiger sie verwendet werden, desto mehr Möglichkeiten bietet ihre Auswertung. Gleichzeitig sind sie wichtig für evidenzbasierte Politikberatung. Die Arbeit mit Daten kann also Fortschritt und Wohlstand maßgeblich fördern. Neben der Ermutigung zum Teilen muss eine Kultur des verantwortungsvollen Umgangs mit Daten verlässlichen Datenschutz bieten. Wir werfen einen Blick auf die Einstellungen der Menschen in Deutschland und die politischen Rahmenbedingungen. Wie entwickelt sich die Datenkultur in unserer Gesellschaft?

Die Bereitschaft, personenbezogene Daten zu teilen, ist in verschiedenen Bereichen unterschiedlich – soweit überhaupt Umfrageergebnisse dazu vorliegen. Im medizinischen Bereich sind Menschen aufgeschlossen, bei Fahrzeugdaten etwa sind die Vorbehalte größer. Beim Teilen der eigenen Daten in Sozialen Medien gibt es weniger Zurückhaltung, was auch daran liegen kann, dass viele Plattformen nur genutzt werden können, wenn gewisse Daten preisge-

geben werden. Auf diesen überwiegend werbefinanzierten Plattformen wird also die digitale Teilhabe quasi mit personenbezogenen Daten bezahlt.

„In Zeiten antidemokratischer Tendenzen haben viele Menschen die Sorge, ihre Daten könnten in die falschen Hände gelangen“

Insgesamt scheint die Bereitschaft, Daten zu teilen, größer, wenn ein individueller Nutzen darin liegt. Sind die Vorzüge des Datenteilens nicht klar ersichtlich, überwiegt häufig die Skepsis. Auch die Angst vor einem Missbrauch der Daten ist ein Grund dafür. In Zeiten, in denen antidemokratische Tendenzen zunehmen, haben viele Menschen die Sorge, ihre Daten könnten in die falschen Hände gelangen. Ein Blick in die Volksrepublik China genügt, wo digitale Überwachung zum Alltag gehört und der Staat biometrische Daten aller Bürger*innen sammelt.

Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft hierzulande sind sich grundsätzlich darin einig, dass personenbezogene Daten vor Missbrauch geschützt werden müssen. Dieser Schutz ist schon lange gesetzlich garantiert. Mit der Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gibt es seit 2018 einen übergeordneten, europäischen rechtlichen Rahmen. Wie der Datenschutz jedoch konkret auszugestalten und gegen andere Grundrechte abzuwägen ist, wird immer wieder kontrovers diskutiert.

„Von der Bundesregierung und der EU vorgelegte Strategien zeigen den Weg zum sektorenübergreifenden Teilen von Daten“

Als politische Vision entwickelt sich ein sektorenübergreifendes Teilen von Daten, sowohl auf deutscher als auch auf europäischer Ebene. Die von der Bundesregierung und der EU vorgelegten Datenstrategien zeigen den Weg dahin auf. Alle Arten von Daten sollen breiter nutzbar werden. Im Gegensatz zum Datenschutzrecht steht der regulatorische Rahmen für das Teilen und Nutzen von Daten aber noch ganz am Anfang; seine Auswirkungen werden sich erst in einigen Jahren bewerten lassen. Den Wandel in der Datenkultur betrachten wir an zwei Beispielen etwas genauer: Gesundheit und Bildung.

Gesundheit, definiert von der Weltgesundheitsorganisation (WHO) als Zustand des vollständigen Wohlbefindens, geht alle Menschen an. Wenn Gesundheitsdaten detailliert verfügbar sind und gut ausgewertet werden können, verbessert dies die Gesundheitsversorgung und die Gesundheitsforschung gleichermaßen. Gerade die Potenziale für die Forschung sind durch die Digitalisierung stark gestiegen. Grundsätzlich belegen Studien eine positive Grundhaltung der Menschen gegenüber der Datenweitergabe zu Zwecken der medizinischen Forschung. So waren 2019 mehr als drei Viertel der Deutschen bereit, ihre persönlichen Gesundheitsdaten für Forschungsprojekte zur Verfügung zu stellen. Auch während der Corona-Pandemie gab es eine hohe Akzeptanz dafür, dass Gesundheitsdaten erhoben und gespeichert wurden.



Dorina Hackmann ist Politische Referentin in der Geschäftsstelle des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) am WZB. Ihre Interessen liegen im Bereich der Policy-Forschung und Digitalisierung. dorina.hackmann@ratswd.de

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Auf Bundesebene hat die Pandemie die Bedeutung von Gesundheitsdaten für die politische Steuerung deutlich hervorgehoben. Ein Instrument zur Digitalisierung des Gesundheitswesens, das in erster Linie für die verbesserte Versorgung entwickelt wurde, ist die elektronische Patientenakte (ePA), in der unter anderem medizinische Befunde über Praxis- und Krankenhausgrenzen hinweg gespeichert werden. Medikationspläne zum Beispiel werden digital erfasst und für andere Ärzte abrufbar. Die Akte soll allerdings nicht nur der Versorgung, sondern auch der Forschung dienen – die Daten sollen über ein Forschungsdatenzentrum verfügbar gemacht werden.

„Die Versicherten müssen jetzt aktiv widersprechen, wenn sie die elektronische Patientenakte nicht nutzen möchten“

Bereits seit 2021 können alle gesetzlich Versicherten die elektronische Patientenakte von ihren Krankenkassen erhalten. Doch die Einführung war zunächst desillusionierend: Nur sehr wenige Deutsche nutzten die ePA als freiwilliges Angebot. Dies lag vor allem an unzureichenden Informationen, an Zugangshürden und nicht zuletzt an Bedenken hinsichtlich des Datenschutzes. Mit einer Veränderung der gesetzlichen Grundlage wird nun

seit Anfang 2025 eine Einwilligung vorausgesetzt. Es gilt das Prinzip des Opt-Out: Die Versicherten müssen jetzt aktiv widersprechen, wenn sie die „ePA für alle“ nicht nutzen möchten. Derzeit sind die Opt-out-Quoten gering; die ePA ist aber auch noch nicht flächendeckend eingeführt. In welcher Form die Einwilligung zum Teilen von Daten eingeholt wird, ist aber eine wichtige strategische Frage, die auch in anderen Feldern diskutiert werden muss.

Auch Bildung betrifft alle Menschen gleichermaßen, sie ist für das Individuum und die Gesellschaft von großer Bedeutung. Um das Bildungssystem in Deutschland kontinuierlich so zu verbessern, dass es den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklungen gerecht wird, ist evidenzbasierte Bildungsforschung unerlässlich. Der Zugang zu den dafür dringend notwendigen Daten wird in Deutschland als unzureichend eingeschätzt. Eine Online-Befragung der Mitglieder des Vereins für Socialpolitik, einer der europaweit größten ökonomischen Vereinigungen, aus dem Jahr 2023 zeigte, dass 59 Prozent der befragten Forschenden unzufrieden mit dem Zugang zu Bildungsdaten sind und 71 Prozent Forschungsvorhaben aufgrund der mangelnden Datenlage nicht umsetzen konnten. Eine fundierte Politikberatung wird unter diesen Bedingungen stark erschwert.

„Forderungen nach einem Bildungsverlaufsregister werden laut“

Aktuell liegen Bildungsdaten in Deutschland häufig nur in Stichproben vor. Mit dem Nationalen Bildungspanel (NEPS), das einzelne Jahrgänge über längere Zeit hinweg beobachtet, und den Querschnitten der Bildungstrends des Instituts zur Qualitätsentwicklung im Bildungswesen hat sich zwar in den vergangenen Jahren die Verfügbarkeit von Daten in Deutschland grundsätzlich verbessert. Immer noch hinkt Deutschland aber anderen Staaten hinterher. Daten sind hierzulande häufig nicht verknüpfbar und nur mit hohem bürokratischem Aufwand für die Forschung zugänglich. Deshalb werden Forderungen nach einem Bildungsverlaufsregister laut. Viele Daten aus einzelnen Abschnitten des Bildungsverlaufs liegen bereits vor. So gibt es Daten zur frühen



Larissa Obst ist Referentin für Öffentlichkeitsarbeit und Community-Engagement in der Geschäftsstelle des Rates für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) am WZB.

larissa.obst@ratswd.de

Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

Bildung in der Kindertagesbetreuung, Erhebungen zum Sprachstand, Schuleingangsuntersuchungen sowie teilweise Schülerindividualstatistiken für allgemein- und berufsbildende Schulen. Im Bereich der Hochschulbildung existieren Statistiken über Studierende und Prüfungen sowie seit 2016 eine Studierendenverlaufsstatistik.

Ein Bildungsverlaufsregister würde bereits bestehende Daten durch einen Datentreuhänder miteinander verknüpfen. Oft hört man in diesem Kontext die Sorge vor einem „gläsernen Schüler“: Kritiker*innen befürchten, dass Persönlichkeitsrechte nicht ausreichend geschützt würden, wenn sämtliche Daten über den Bildungsverlauf von Individuen verknüpfbar und zu wissenschaftlichen Zwecken verfügbar gemacht werden. Bei den vorgeschlagenen Konzepten würden die Daten jedoch pseudonymisiert weitergegeben – zudem gilt die wissenschaftliche Analyse stets dem gesamten Bildungssystem und nicht individuellen Schüler*innen. Selbstverständlich muss der Schutz dieser sensiblen Daten gewährleistet werden, der Zugang dazu muss datenschutzkonform sein. Andere Länder machen vor, wie diese Forderungen umgesetzt werden können und die Daten Politik und Gesellschaft zugutekommen. In den Niederlanden, Österreich, dem Vereinigten Königreich sowie den skandinavischen Ländern ist ein Bildungsverlaufsregister, das im Rahmen der DSGVO datenschutzkonform ist, bereits gelebte Praxis.

Daten schützen und Daten teilen sollte kein Widerspruch sein. Die endlose Vielfalt an Daten, die Bandbreite möglicher Nutzer*innen und nicht zuletzt die rasanten technologischen Entwicklungen, etwa im Bereich der Künstlichen Intelligenz, zeigen aber, wie komplex der Bereich ist und wie kompliziert seine potenzielle Regulierung.

„Daten schützen und Daten teilen sollte kein Widerspruch sein“

Insbesondere für die sozialwissenschaftliche Forschung wäre eine einheitliche Nummer zur Personenidentifikation eine entscheidende Vereinfachung. Derzeit gibt es in Deutschland keine Kennnummer, die es ermöglicht, Daten auf Personenebene für Forschungszwecke zusammenzuführen. Für die Verwaltungsdigitalisierung gibt es in Deutschland die Steuer-ID. Im Gesundheitsbereich wird die Sozialversi-

cherungsnummer herangezogen. Aus verfassungsrechtlicher Sicht ist die Idee einer zentralen Identifikationsnummer jedoch umstritten. Auf jeden Fall müssten dafür hohe Schutzstandards gelten.

Von einer neuen Datenkultur könnten viele profitieren. Gerade für die Forschung ergäben sich zahlreiche neue Möglichkeiten. Der Schlüssel zum Wandel ist die Zusammenarbeit aller Akteure – von den Bürgerinnen und Bürgern über die Wirtschaft bis hin zur Politik. So könnten die Herausforderungen des Datenschutzes mit den Chancen einer datennutzenden Gesellschaft verbunden werden. Ein solcher Wandel wird nicht über Nacht geschehen, doch die aktuellen Entwicklungen und das gestiegene Bewusstsein für die Bedeutung von Daten geben Grund zum Optimismus. ●

Der Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten (RatSWD) berät die Bundesregierung und die Regierungen der Länder in Fragen der Forschungsdateninfrastruktur. Seine Geschäftsstelle ist am WZB angesiedelt.

Literatur

Hertweck, Friederike/Isphording, Ingo E./Mathewes, Sönke H./Schneider, Kerstin/Spieß, C. Katharina: „Für einen besseren Datenzugang im Bereich Bildung. Stellungnahme der Arbeitsgruppe Bildungsdaten. Verein für Socialpolitik“. In: RatSWD Working Paper Series, 2023, 282. DOI: 10.17620/02671.87.

Lesch, Wiebke/Richter, Gesine/Semler, Sebastian C.: „Daten teilen für die Forschung: Einstellungen und Perspektiven zur Datenspende in Deutschland“. In: Gesine Richter/Wulf Loh/Alena Buyx/Sebastian Graf von Kielmansegg (Hg.): Datenreiche Medizin und das Problem der Einwilligung. Berlin, Heidelberg: Springer 2022, S. 211–226. DOI: 10.1007/978-3-662-62987-1_11.

Rat für Sozial- und Wirtschaftsdaten: Positionspapier des RatSWD: Aufbau eines Bildungsverlaufsregisters: Datenschutzkonform und forschungsfreundlich. RatSWD: Berlin 2022. Online: <https://www.kon-sortswd.de/wp-content/uploads/Positionspapier-RatSWD-Aufbau-eines-Bildungsverlaufsregisters.pdf>. (Stand 27.02.2025).

Sachverständigenrat zur Begutachtung der Entwicklung im Gesundheitswesen: Digitalisierung für Gesundheit. Ziele und Rahmenbedingungen eines dynamisch lernenden Gesundheitssystems – Gutachten 2021. Göttingen: Hogrefe 2021.

Verantwortungsvolle Sozialforschung

Erfahrungen aus der WZB-Ethikkommission

Das WZB war vorne mit dabei: Als eines der ersten sozialwissenschaftlichen Institute in Deutschland hat es im Jahr 2016 Ethikleitlinien formuliert und eine Ethikkommission eingerichtet. Welche Resonanz hat die Arbeit des Gremiums? Wie gelingt es, der Freiheit der Forschung ebenso gerecht zu werden wie den Interessen der Beforschten?

Patrick Droß, Claudia Finger und Christine Normann

Anders als in angelsächsischen Ländern, wo Ethikkommissionen schon früher fachübergreifend etabliert waren, waren ethische Begutachtungen von Projekten in Deutschland zunächst nahezu ausschließlich in der medizinischen Forschung gängig. Doch auch in den Sozialwissenschaften wird mit Daten von Menschen geforscht und auch hier gilt es, sorgfältig zu prüfen, dass Personen, die an Umfragen, Interviews oder Experimenten teilnehmen, kein Schaden entsteht. Schon dieses Argument war wichtig für Überlegungen im WZB, eine Ethikkommission einzurichten. Hinzu kam ganz pragmatisch ein gewisser Druck aus internationalen Forschungskooperationen: Zunehmend werden bei Publikationen oder Förderanträgen Ethik-Voten gefordert.

„Mehr als 280 Anträge wurden bei der WZB-Ethikkommission eingereicht, allein 55 davon im vergangenen Jahr“

So begutachtet seit 2016 ein (mit Stellvertretung) 9 Mitglieder umfassendes Gremium For-

schungsprojekte vor ihrer Durchführung auf ethische Implikationen hin. Mehr als 280 wurden insgesamt eingereicht, allein 55 davon im vergangenen Jahr. Eine wichtige Arbeit, denn durch die Beantragung eines Ethik-Votums werden Forschende für ethische Fragestellungen in ihrer wissenschaftlichen Arbeit sensibilisiert. Sie werden angeregt, ihre Verantwortung als Forschende zu reflektieren – ganz wie es auch der DFG-Kodex zur Sicherung guter wissenschaftlicher Praxis beschreibt. Geprüft werden nur WZB-interne Anträge, das WZB wird aber regelmäßig von anderen Forschungsinstitutionen beziehungsweise -verbänden für Beratungen und Vorträge zur Ethik-Policy angefragt.

Unter den 9 Mitgliedern der Kommission sind 7 Wissenschaftler*innen des WZB, ein externes wissenschaftliches Mitglied einer anderen Forschungseinrichtung sowie der Forschungsdatenschutzkoordinator des WZB. Die Mitglieder prüfen in fast monatlich stattfindenden Sitzungen die von Wissenschaftler*innen des WZB eingereichten Ethikanträge und formulieren Entscheidungen.

Geprüft werden die Anträge zu Forschungsprojekten, die personenbezogene Daten erheben,

zu Projekten, die Daten verwenden, bei denen aufgrund der Kombination unterschiedlicher Datensätze das Risiko besteht, dass Personen identifiziert werden könnten, und zu Projekten, die manipulierend in soziale Prozesse eingreifen oder weitergehende ethische Fragen aufwerfen. Ein Antrag bei der Ethikkommission ist erforderlich, sobald eine dieser Fragestellungen zutrifft.

„Können Risiken für die Teilnehmenden oder auch für weitere an der Forschung beteiligte Personen entstehen?“

Die Kommission prüft die Rekrutierung und Auswahl der Teilnehmenden, zum Beispiel an einem Experiment oder einer Befragung, sie fragt nach der Einwilligungserklärung der Teilnehmenden bei geplanten Aktivitäten wie Fokusgruppen oder bei Auswertungen von Social-Media-Daten. Können hierdurch Risiken für die Teilnehmenden oder auch für weitere an der Forschung beteiligte Personen (zum Beispiel Kolleg*innen von Partnerorganisationen oder Interviewer*innen) entstehen? Oder bestehen gar Risiken für die Forschenden selbst? Wie werden während des gesamten Forschungsprozesses – von der Datenerhebung über die Datenaufbewahrung bis hin zur Veröffentlichung – Vertraulichkeit und Datenschutz gewährleistet?

Das Spannungsfeld, in dem sich die Diskussionen der Kommission bewegen, lässt sich folgendermaßen beschreiben: Immer geht es darum, Forschung zu ermöglichen und gleichzeitig die beteiligten Individuen und Gruppen zu schützen. Ist dies in dem entsprechenden Antrag gegeben, wird ein positives Votum ausgestellt. Gibt es noch Klärungsbedarf, stellt die Ethikkommission formale oder inhaltliche Rückfragen oder bittet darum, dass der Antrag überarbeitet und neu eingereicht wird.

Der Koordinator für den Forschungsdatenschutz ist seit Gründung der Ethikkommission als Mitglied beteiligt. So wurde die Rolle des Datenschutzes in der sozialwissenschaftlichen Forschung am WZB fest in der Arbeit der Kommission verankert. Rechtlicher Rahmen für die Begutachtung aus Sicht des Datenschutzes ist



Patrick Droß (links) ist Mitarbeiter der Abteilung Wissenschaftliche Information und als Koordinator für Forschungsdatenschutz ständiges Mitglied der Ethikkommission. patrick.dross@wzb.eu
Christine Normann (Mitte) begleitet die Arbeit der Ethikkommission als Referentin im Präsidialstab des WZB. christine.normann@wzb.eu
Claudia Finger (rechts), wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt, war bis September 2024 Vorsitzende der WZB-Ethikkommission. claudia.finger@wzb.eu
Foto: © WZB/Kathrin Kliss, alle Rechte vorbehalten.

der Anforderungskatalog der europäischen Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO), der mit nur wenigen Ausnahmen auch in Forschungsprojekten zu beachten ist. Die gesetzlichen Regelungen zielen darauf ab, die Persönlichkeitsrechte der betroffenen Personen zu schützen, indem sie Vorgaben für die Erhebung und den Umgang mit personenbezogenen Daten definieren. Weniger streng geregelt ist die Forschungsethik als Instrument wissenschaftlicher Selbstkontrolle; sie umfasst Fragen der ethisch-moralischen Verantwortung gegenüber Menschen, die an Befragungen, Interviews oder Experimenten teilnehmen.

Zentrales Instrument für die Umsetzung der Vorgaben, sowohl aus datenschutzrechtlicher als auch aus ethischer Perspektive, ist die informierte Einwilligung („informed consent“). Die rechtlichen Vorgaben der DSGVO sind hierfür klare Leitlinien, insbesondere in Bezug auf die Transparenz über die Art der Datenverarbeitung und die Betroffenenrechte, etwa das Recht auf Auskunft und Löschung von Daten. Darüber hinaus muss stets die Möglichkeit eines Widerrufs der Einwilligung gegeben sein. DSGVO und Forschungsethik verlangen darüber hinaus, die Teilnehmer*innen über die Ziele, Methoden und mögliche Risiken der Studie verständlich und umfassend zu informieren –

eine Grundvoraussetzung für eine informierte und freiwillige Entscheidung. Die Transparenz ist also nicht nur gesetzlich vorgeschrieben, sondern auch grundlegend, um das Vertrauen der Teilnehmer*innen in die Sozialforschung zu stärken. Fälle, die den Datenschutz herausfordern, sind zum Beispiel Projekte, bei denen für unverfälschte Ergebnisse über die Datenerhebungen getäuscht werden muss, oder wenn neue KI-Technologien zum Einsatz kommen.

„Der informierte Einwilligungsprozess ist die Schnittstelle zwischen rechtlichen Vorgaben und ethischen Prinzipien“

Das Verhältnis zwischen Datenschutz und Forschungsethik stellt sich immer wieder als komplementär dar. Die Anforderungen der DSGVO sorgen dafür, dass die Persönlichkeitsrechte in der Forschung fest verankert werden. Der informierte Einwilligungsprozess kann als Schnittstelle zwischen rechtlichen Vorgaben und ethischen Prinzipien betrachtet werden. Die Forschung ist damit nicht nur formalrechtlich abgesichert, sondern auch fair, transparent und respektvoll gegenüber den Teilnehmer*innen.

Mittlerweile ist es auch in den Sozialwissenschaften kaum noch möglich, ohne ethische Stellungnahme Drittmittel einzuwerben oder in wissenschaftlichen Zeitschriften zu publizieren. Dass diese Stellungnahmen ernst genommen werden und reine Lippenbekenntnisse unzureichend sind, zeigen etwa Anfragen durch Verlage, die die WZB-Ethikkommission immer wieder erreichen. Für die Forschungsförderung auf europäischer und nationaler Ebene, etwa für einen Antrag bei der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), ist eine Selbstreflexion ethischer Aspekte notwendig. Unter bestimmten Umständen muss die Stellungnahme einer Ethikkommission auch bei sozialwissenschaftlichen Projekten bereits zum Zeitpunkt der Antragstellung vorliegen. Eine frühe Reflexion ethischer Aspekte und deren

formale Prüfung wird von Forschenden also zunehmend eingefordert.

Sicher stellt sich bei einigen Projekten die Frage, ob ein Ethikantrag und der damit verbundene Zeitaufwand für alle Beteiligten wirklich nötig sind. Immer wieder hat sich aber auch bei scheinbar unproblematischen Projekten gezeigt, dass mehr Augen mehr sehen. Der methodische Pluralismus, die interdisziplinäre Zusammensetzung und die Erfahrung der Ethikkommission öffnen oft den Blick für Probleme, die Einzelpersonen oder auch Projektteams allein nicht vorwegnehmen (können). In den meisten Fällen trifft die Kommission am WZB direkt positive Entscheidungen, gegebenenfalls ergänzt um Empfehlungen; das betrifft circa 50 Prozent der Anträge. Auch Nachfragen und bindende Auflagen oder die Aufforderung, Angaben zu erläutern oder Dokumente nachzureichen, sind zumeist schnell geklärt.

Ethische Überlegungen sollten aber über die Frage nach der Notwendigkeit eines formalen Antrags hinausgehen: Immer erforderlich ist eine frühe und fortwährende Reflexion ethischer Aspekte von Forschungsprojekten – auch wenn sie am Ende zu dem Ergebnis kommt, dass das Projekt aus ethischer Sicht als unproblematisch bewertet werden kann. Für eine solche Reflexion bieten Ethikrichtlinien und auch Einreichungsformulare wichtige Ansatzpunkte. Die Sozialwissenschaften in Deutschland richten mit vereinzelt Ethikkommissionen erst allmählich ein, was in anderen Ländern schon länger üblich ist; in Großbritannien etwa ist das Einreichen eines Ethikantrags bereits für studentische Arbeiten formal notwendig. Eine solche Institutionalisierung und die damit verbundene Selbstverständlichkeit, ethische Überlegungen in den Forschungsprozess einzubeziehen, halten wir für wünschenswert. Dass unsere Arbeit als Ethikkommission am WZB diese Entwicklung ganz praktisch voranbringt, macht uns optimistisch. ●

Informationen über Zusammensetzung und Arbeit der Ethikkommission wie auch die Links zu verschiedenen Richtlinien finden sich hier: <https://www.wzb.eu/de/das-wzb/forschungsethik-0>.

Auf zu neuen Ufern

Geschäftsführerin Ursula Noack verlässt das WZB

Heinrich Baßler

Wo andere an die Vorbereitung ihres Ruhestands denken, legt sie nochmal los. Das passt zu Ursula Noack. Die administrative Geschäftsführerin verlässt das WZB und geht ans MERICS, das Mercator Institute for China Studies. Sich auf dem Erreichten ausruhen, auch wenn es noch so anstrengend war, das ist Ursula Noacks Sache nicht. Und anstrengend war es, beziehungsweise: Es war sehr viel zu tun. Das zeigt allein der WZB-Haushalt mit seiner rasanten Entwicklung. Gegenüber 2004, dem Jahr vor dem Beginn des Pakts für Forschung und Innovation des Bundes und der Länder, hat sich sein Volumen beinahe verdoppelt.

Begonnen hat Ursula Noack 1993 in der Drittmitteladministration, nach 7 Jahren wurde sie Leiterin Finanzen und Allgemeine Verwaltung, 2017 Administrative Geschäftsführerin am WZB. Eine eindrucksvolle Karriere in 32 Jahren. Wenn Ursula Noack nun das WZB verlässt, bleibt sie doch ihrem Metier treu: MERICS kann sich auf eine erfahrene und erfolgreiche Administratorin freuen. Als ausgebildete Diplom-Betriebswirtin mit einer Zusatzqualifikation in der Personalentwicklung hat Ursula Noack beherzt alle Aufgaben angepackt – die, die auf sie zugekommen sind, und die, die erst sie als wichtig erkannt hat. Ursula Noack ist schnell, sie räumt ab, Stapel auf dem Schreibtisch sind ihr ein Graus. Professionell, ruhig, ja cool packt sie die Dinge an.

Geleitet wird Ursula Noack von der Frage, wie Administration die Wissenschaft unterstützen kann. Was braucht es, um innovative und gute Wissenschaft zu ermöglichen? Wissenschaftliche und administrative Freiheiten sind gewachsen, es sind aber auch neue rechtliche und budgetäre Rahmenbedingungen entstanden. Wo gibt es Spielräume? Wo ist administrative Kreativität gefragt, wo sind die Grenzen? Diese Fragen sind nicht einfach, die damit verbundene Rolle nicht immer dankbar. Ursula Noack hat die Herausforderungen angenommen, mit klarem beruflichen Selbstverständnis und vollem Verantwortungsbewusstsein gegenüber der Institution und allen, die in ihr arbeiten.



Ursula Noack war seit 2017 administrative Geschäftsführerin des WZB. Heinrich Baßler, der die Position von 2005 bis 2016 innehatte, grüßt seine Nachfolgerin zum Abschied.

Foto: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Ursula Noack übergibt ein bestelltes Haus. Das ist auch ganz wörtlich zu nehmen – galt ihr Herzblut doch immer dem wunderbaren Gebäude des WZB. Es war ihr ein großes Anliegen, es in Schuss zu halten, behutsam zu renovieren und entschieden umzustrukturieren und zu erweitern, um dem wachsenden räumlichen Bedarf gerecht zu werden. Auch der lang gehegte Wunsch nach einem Wintergarten wurde unter ihrer Regie umgesetzt, ganz zuletzt kam eine Photovoltaikanlage aufs Dach.

Mit dem Ausscheiden aus dem WZB wird Ursula Noack zugleich die Leibniz-Gemeinschaft verlassen. Die Kolleginnen und Kollegen dort werden sie ebenfalls schmerzlich vermissen, hat sie sich doch mit ihrer Kompetenz und jahrelangen Erfahrung insbesondere im Sprecherinnenrat des Verwaltungsausschusses und im Sprecherteam des AK Finanzen tatkräftig für eine wissenschaftsadäquate Administration engagiert.

Ich hatte das große Glück, als ich selbst administrativer Geschäftsführer des WZB war, Ursula Noack als Leiterin Finanzen und allgemeine Verwaltung an meiner Seite zu haben: verlässlich und loyal, eigenständig und, wenn es sein musste, kritisch. Dafür bin ich ihr bis heute sehr dankbar. Meine Freude war groß, als sie meine Nachfolgerin wurde. Heute bin ich etwas wehmütig, dass nun auch sie das WZB verlässt. Aber wenn man sie nur ein bisschen kennt, weiß man, dass sie sich das gut überlegt hat und dass es für sie der richtige Weg ist. Dafür wünsche ich ihr von Herzen alles Gute und viel Erfolg! ●

Vorgestellt

Publikationen aus dem WZB

Diskursive Machtverhältnisse

Christoph Ivanusch

Wie reagieren politische Parteien aufeinander, wie tauschen sie Argumente zu bestimmten Themen aus? Und wie beeinflussen neue Technologien diesen Austausch? Christoph Ivanusch hat Pressemitteilungen und Tweets, also Posts aus dem Kurznachrichtendienst Twitter (heute X), der Jahre 2019 bis 2021 in Deutschland, Österreich und der Schweiz verglichen. Sein Fazit bestätigt nicht den oft gehörten pessimistischen Befund, die sozialen Medien reduzierten die politische Kommunikation auf einen Austausch innerhalb von Echokammern aus gleichgesinnten Teilnehmenden. Im Gegenteil: Twitter erhöht die Wahrscheinlichkeit, dass Parteien zu denselben Themen Stellung nehmen. Und es zeigt sich sogar ein egalitärer Effekt der sozialen Medien, weil hier kleinere Parteien gleichermaßen zu Wort kommen. Es bleibt allerdings festzustellen, dass Twitter der Vergangenheit angehört.

Christoph Ivanusch: „Where Do Parties Interact? Issue Engagement in Press Releases and Tweets“. In: European Journal of Political Research, 2024. DOI: 10.1111/1475-6765.12729.

Liberalismus, Populismus und das Klima

Jessica Kim, Yasemin Nuhoğlu Soysal, Héctor Cebolla Boado, Laura Schimmöller

Umwelt und Klima sind zu Schauplätzen von ideologisch hoch aufgeladenen Auseinandersetzungen weltweit geworden. Die populistische Gegenbewegung gegen eine ökonomische und gesellschaftliche Globalisierung, die seit der Jahrtausendwende an Kraft gewinnt, stärkt auch Zweifel an der Realität der Klimakrise und der Notwendigkeit entsprechender Maßnahmen. Wie gut können liberale Kräfte und Organisationen dagegenhalten? Umfragedaten aus 37 Ländern aus den Jahren 2000 bis 2020

ergeben ein ambivalentes Bild: Die liberale Weltordnung und ihre Akteure sind starke Kräfte gegen die Klimaskepsis. Zu beobachten ist aber auch die Tendenz, dass die Polarisierung zwischen liberalen und antiliberalen Kräften bei Einzelnen zu kultureller Dissonanz führt – was wiederum eine skeptische Haltung gegenüber Umweltthemen befördert.

Jessica Kim/Yasemin Nuhoğlu Soysal/Héctor Cebolla Boado/Laura Schimmöller: „Inhibiting or Contributing? How Global Liberal Forces Impact Climate Change Skepticism“. In: International Journal of Sociology, 2024, Jg. 54 (5–6), S. 530–564. DOI: 10.1080/00207659.2024.2416279.

Zukunft der Sprache – Sprache der Zukunft

Dorothea Horst, Rita Tamara Vallentin

Technologische Innovationen verändern unseren Umgang mit Sprache und unsere Vorstellungen von Kommunikation. Die Beiträge des Sammelbands erkunden, wie sich unsere Sprachpraktiken verändern, wenn wir mit Maschinen und in medial geprägten Umgebungen kommunizieren. Wo verläuft die Sprachgrenze zwischen Mensch, Tier und Maschine? Können wir mit nicht-menschlichen Gegenübern genauso interagieren wie mit Menschen?

Rita Tamara Vallentin/Dorothea Horst (Hg.): Sprache entgrenzen. Beiträge zu einer kulturwissenschaftlichen Linguistik. Bielefeld: transcript Verlag 2025.

Arbeiten, wo andere zu Hause sind

Friederike Molitor

In Deutschland steigt die Nachfrage nach bezahlter Haushalts- und Pflegearbeit, vor allem durch die zunehmende Erwerbstätigkeit von

Frauen und die alternde Bevölkerung. Für die Vermittlung spielen digitale Plattformen wie Care.com und Helping eine zunehmend wichtige Rolle. Warum nutzen Menschen diese Plattformen, um ihre Arbeitskraft anzubieten? Die Analyse von 771 Befragungen zeigen die Gemeinsamkeiten und die Unterschiede zu traditionellen Pflegekräften. Hauptgründe für die Nutzung von Online-Plattformen sind monetäre Anreize, Flexibilität und Unabhängigkeit. Vor allem scheinen auf diesem Weg eigene Beanspruchungen durch Kinder oder ältere Angehörige am besten mit dem Anbieten bezahlter Pflegearbeit zu vereinbaren zu sein.

Friederike Molitor: „The Home as a Place of Work – Who Cares and Why?“ In: Social Sciences, 2024, Jg. 13, H. 12. DOI: 10.3390/socsci13120668.

Gene und Bildungserfolg

Tina Baier, Torkild Hovde Lyngstad

Der sozioökonomische Status der Eltern und ihre Ressourcen beeinflussen die Bildungsergebnisse ihrer Kinder. Erkenntnisse der Verhaltensgenetik zeigen, dass auch genetische Grundlagen eine Rolle für den Bildungserfolg spielen. Vor allem die Entdeckung der „genetischen Prägung (genetic nurture)“ im Jahr 2018 deutet darauf hin, dass die Gene der Eltern Kinder über jene Gene hinaus beeinflussen, die sie direkt an ihre Kinder weitergegeben haben. Die Auswirkungen dieser genetic nurture sind jedoch kleiner als ursprünglich angenommen. Die beiden Autor*innen untersuchen, wie genetische Einflüsse mit Umweltfaktoren und sozialen Strukturen interagieren – und wie wichtig die Rolle der Sozialwissenschaften für das Verständnis von Ungleichheit in der Bildung ist.

Tina Baier/Torkild Hovde Lyngstad: „Social Background Effects on Educational Outcomes – New Insights from Modern Genetic Science“. In: KZfSS Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 2024, Jg. 76, H. 3, S. 525–545.

DOI: 10.1007/s11577-024-00970-2.

Notgemeinschaft

Christian Rauh, Michal Parizek

In den vielfältigen Krisen der Gegenwart fällt es der Europäischen Union zunehmend schwerer, gemeinsame Strategien zu finden. Die politischen Debatten in den einzelnen Ländern erschweren den transnationalen Kompromiss, und die Abnahme der Lösungskompetenz befeuert diese Debatten umso mehr. Wie ist dieser Teufelskreis zu durchbrechen? Christian Rauh und Michal Parizek haben mehr als 750.000 Artikel von Online-Zeitungen in 27 EU-Mitgliedsstaaten aus den Jahren 2018 bis 2023 ausgewertet. Sie stellen fest: Große Erschütterungen, die alle gleich treffen – wie die Corona-Pandemie oder der russische Angriff auf die Ukraine –, sorgen für mehr Austausch und Ausgleich. Auch wenn dieser Effekt nicht dauerhaft ist, so zeigen sich hier doch Möglichkeiten für ein besseres Funktionieren des Staatenbundes.

Christian Rauh/Michal Parizek: „Converging on Europe? The European Union in Mediatized Debates During the COVID-19 and Ukraine Shocks“. In: Journal of European Public Policy, 2024, Jg. 31, H. 10. DOI: 10.1080/13501763.2024.2344849.



Ohne Mundschutz duften die Blumen doch intensiver. Ein fast vergessener Meilenstein in der Corona-Pandemie: Im Februar 2022 fiel in Berlin die Maskenpflicht.

© picture alliance/dpa/dpa-Zentralbild | Monika Skolimowska, alle Rechte vorbehalten.

Personen

Gäste

Karen J. Alter Ph.D. ist im Juni 2025 Gastwissenschaftlerin der Abteilung Global Governance. Sie ist Professorin für Politikwissenschaft und Recht und Norman Dwight Harris Professorin für das Fachgebiet Internationale Beziehungen an der Northwestern University in Illinois. Aktuell erforscht sie die rechtlichen Grundlagen des globalen Kapitalismus.

Prof. Dr. **Marius R. Busemeyer** ist Professor für Vergleichende Politische Ökonomie und Sprecher des Exzellenzclusters „The Politics of Inequality“ an der Universität Konstanz. Von März bis Mai 2025 ist er Gast der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. Seine Forschungsschwerpunkte sind vergleichende politische Ökonomie und Wohlfahrtsstaatenforschung, Bildungs- und Sozialpolitik, Staatsausgaben, Theorien des institutionellen Wandels sowie öffentliche Meinung und individuelle Einstellungen zum Sozialstaat.

Laura Eberlein ist Gastwissenschaftlerin in der Forschungsgruppe Nationales Bildungspanel: Berufsbildung und lebenslanges Lernen (NEPS). Sie promoviert an der Vrije Universiteit Amsterdam im Fachbereich Soziologie und beschäftigt sich in ihrer Dissertation mit dem Übergang von der Ausbildung in den Arbeitsmarkt.

Grzegorz Ekiert, Laurence A. Tisch Professor of Government an der Harvard University, ist von März bis Mai 2025 Gastwissenschaftler am Zentrum für Zivilgesellschaftsforschung im Rahmen der Kooperation zwischen dem WZB und dem Minda de Gunzburg Center for European Studies.

Jule Hauf ist Gast der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Sie promoviert am Europäischen Hochschulinstitut (EUI) in Florenz im Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften. Aktuell arbeitet sie an Projekten zur Verringerung der Stigmatisierung von Männern in Pflegeberufen und untersucht geschlechtsspezifische Präferenzen bei der Wahl von Studienfächern.



Christoph Henking promoviert am Department of Social Policy der Universität Oxford und ist bis Dezember 2025 Gast in der Forschungsgruppe Gesundheit und soziale Ungleichheit. Er erforscht sozio-ökonomische und sozialpolitische Einflussfaktoren auf die psychische Gesundheit.

Marica Miglio, Doktorandin am Europäischen Hochschulinstitut (EUI), ist Gast in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt. In ihrer Dissertation untersucht sie, wie ein leistungsorientiertes Umfeld sozioökonomische Ungleichheiten aufrechterhält. Mithilfe experimenteller Methoden und groß angelegter Umfrageanalysen untersucht sie Einstellungen zu Ungleichheit und Umverteilung.

Janice Ngiam ist Gastwissenschaftlerin in der Abteilung Transformationen der Demokratie. Die Doktorandin am Centrum für Schlaganfallforschung an der Charité in Berlin forscht zur kognitiven Reserve – ein dynamisches Maß, das von sozioökonomischen Faktoren, Bildung und Lebenserfahrung beeinflusst wird. Mit Wissenschaftler*innen der Abteilung erforscht sie, unter welchen Umständen Personen offen dafür sind, ihre politischen Ansichten zu verändern.

Im April 2025 ist Prof. **Moses Shayo**, The Hebrew University of Jerusalem, Karl W. Deutsch-Gastprofessor im Schwerpunkt Markt und Entscheidung. Er arbeitet zu einem breiten Spektrum an Fragen der Political Economy, die vielfache Verbindungen mit der WZB-Forschung haben. Eine Karl W. Deutsch-Lecture ist geplant.

Berufungen

Prof. Dr. h.c. **Jutta Allmendinger** Ph.D. wurde auf gemeinsamen Vorschlag der Bundesregierung und der Länderregierungen ab 1. Februar 2025 für drei Jahre in den Wissenschaftsrat berufen.

Ehrungen / Preise

Prof. Dr. **Endre Borbáth** und Prof. Dr. **Swen Hutter** wurden für ihren Beitrag „What’s in a

Name? Party Branding in Europe“ mit dem Peter Mair Prize 2024 des Council for European Studies (CES) Research Network on Political Parties, Party Systems, and Elections ausgezeichnet.

Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. **Hans-Dieter Klingemann** wird im März 2025 das Verdienstkreuz am Bande des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Von 1989 bis 2003 war er Direktor der Abteilung Institutionen und sozialer Wandel.

Mitarbeitende

Mareike Bösl ist seit Februar wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Digitale Mobilität und gesellschaftliche Differenzierung. Im Projekt „Policy Lab“ forscht sie zur konkreten Umsetzung von Experimentierräumen. Sie studierte Soziokulturelle Studien an der Europa-Universität Viadrina.

Carolin Deuflhard ist seit März 2025 wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsprofessur Arbeit, Familie und soziale Ungleichheit. Zuvor war sie im Exzellenzcluster „Contestations of the Liberal Script“ (SCRIPTS) tätig. Ihre Dissertation untersucht Strukturen der Alltagszeit von Familien historisch und vergleichend aus Geschlechter- und sozialer Ungleichheitsperspektive.

Dr. **Claudia Finger** wird im Juli 2025 an die Universität Bern wechseln, wo sie die Co-Leitung der TREE-Studie (Transition in Education and Employment) übernimmt – einer gesamtschweizerischen längsschnittlich angelegten Befragung zum Übergang Jugendlicher von der Schule ins Erwachsenenleben. Seit 2012 forschte sie als Doktorandin und Postdoktorandin in der Abteilung Ausbildung und Arbeitsmarkt zu Ursachen und Folgen sozialer Ungleichheit im Hochschulsystem.



Dr. **Levent Neyse**, wissenschaftlicher Mitarbeiter der Abteilung Verhalten auf Märkten, ist ab April neuer Leiter des Deutschen Sozio-ökonomischen Panels Innovation Sample (SOEP-IS) am Deutschen

Institut für Wirtschaftsforschung (DIW). Er wird seine Tätigkeit am WZB fortsetzen und das Projekt Lab² koordinieren, das zu einer leibniz-weiten Meta-Science-Initiative beiträgt.



Dr. **Ana Helena Palermo Kuss** ist wissenschaftliche Referentin für Wirtschafts- und Wissenschaftspolitik der Präsidentin des WZB. Zuvor war sie Referentin des Präsidenten am ZEW – Leibniz-Zentrum

für Europäische Wirtschaftsforschung in Mannheim. Sie studierte Volkswirtschaftslehre an der Universität Freiburg und Internationale Beziehungen an der Universidade Federal Fluminense in Brasilien. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind die deutsche und internationale Wirtschaftspolitik, Klimaökonomik sowie Steuer- und Transfersysteme.

Sandra Sieron ist seit März wissenschaftliche Mitarbeiterin in der Forschungsgruppe Politik der Digitalisierung im Projekt „FORSEE – Forging Successful AI Applications for European Economy and Society“. Sie promoviert am Institut für Sozialwissenschaften der Humboldt-Universität zu Berlin zur Politischen Ökonomie der KI in Deutschland und Europa.

Nieke Wagner ist wissenschaftliche Mitarbeiterin der Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten und arbeitet an einem Projekt zur Reform der Privatschulregulierung in Deutschland. Sie hat Rechtswissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin und der University of Copenhagen studiert.

Sabine Wolff, die seit 2019 die Leitung des Bereichs Finanzen am WZB innehatte, ist seit Februar im Ruhestand. Ihr Nachfolger ist **Andreas Feldo**, der seit März den Bereich Finanzen und Controlling am WZB leitet. Er hat in Leipzig Betriebswirtschaftslehre studiert und war vor seinem Wechsel ans WZB unter anderem Fachteamleiter Finanzen bei der Stiftung Stadtmuseum Berlin und Abteilungsleiter Finanzen und Controlling am Max-Delbrück-Centrum in Berlin-Buch.

Veranstaltungen

7. April 2025

Empörungen. Eva Illouz und Hartmut Rosa über Gefühle in unserer Demokratie

Gespräch

Emotionen waren immer schon Bestandteil gesellschaftlicher Diskurse und spielen auch in der Politik eine wichtige Rolle. Doch der Ton in Debatten ist rauer geworden. Diskursräume verengen sich, laden sich emotional auf. Was bedeutet diese neue Erregbarkeit für unser Zusammenleben? Wie trägt unsere Konsumkultur dazu bei, dass sich unser gesellschaftliches Gefühlsleben so verändert? Antworten darauf liefern die französisch-israelische Soziologin Eva Illouz, Forschungsprofessorin am WZB, und der deutsche Soziologe Hartmut Rosa. Gemeinsam wollen sie am WZB über die Schlüsselgefühle in unserer Demokratie sprechen: Angst, Enttäuschung, Wut, aber auch Liebe und Scham. Die Veranstaltung findet in englischer Sprache statt.

Veranstalter: WZB; Informationen bei: Dr. Katrin Schwenk, E-Mail: katrin.schwenk@wzb.eu

14. Mai 2025

Pandemie, Gesellschaft, Arbeit: Veränderungen und Herausforderungen unserer Zeit

Konferenz

Die Covid-19-Pandemie und die damit verbundenen Maßnahmen zur Eindämmung des Virus sorgten für große Veränderungen in der Arbeitswelt und stellten vor allem Familien vor große Herausforderungen. Ein durch das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) gefördertes Kooperationsprojekt zwischen dem WZB und dem WSI (Wirtschafts- und Sozialwissenschaftliches Institut der Hans-Böckler-Stiftung) hat die mittel- und langfristigen Auswirkungen der Covid-19-Pandemie auf Beschäftigung, Einkommen und Karrieren, insbesondere von Eltern, untersucht. Die Ergebnisse von diversen Befragungs- und Experi-

mentalerhebungen werden im Rahmen der Abschlusskonferenz des Projekts in Berlin vorgestellt.

Veranstalterinnen: Dr. Eileen Peters (WSI), Prof. Lena Hipp Ph.D. (WZB), Corinna Harsch (WZB); Informationen bei: Corinna Harsch, E-Mail: corinna.harsch@wzb.eu

May 21st and June 20, 2025

Lecture Series Civil Society and Political Conflict

Lecture and Book Presentation

On May 21st, Aidan McGarry (Loughborough University London) will present his new book "Political Voice: Protest, Democracy, and Marginalised Groups". On June 20 the first presentation of Hans Jonas Gunzelmann's (WZB) book "Organizing for Independence. Secessionist Protest, Organizational Change, and the Referendum Crisis in Catalonia" will take place. Laia Balcells (Georgetown University, Washington D.C.) will discuss the book and place it in the context of her research on conflict, nationalism, and polarization.

Organizer: Center for Civil Society Research; Information: Dr. Daniel Saldivia Gonzatti, E-mail: daniel.saldivia-gonzatti@wzb.eu

5. und 6. Juni 2025

Innovationen in Feld- und Umfrageexperimenten

Workshop

In dem Workshop werden neueste Forschungsergebnisse vorgestellt, die Feld-, Online- und Umfrageexperimente mit administrativen Daten verknüpfen. Internationale Forscher aus Nordamerika und Europa präsentieren ihre neuesten Forschungsergebnisse darüber, wie die Kombination von selbst erhobenen Daten und objektiven Datensätzen von Verwaltungen zu politisch relevanten Erkenntnissen in den

Bereichen Arbeit, Gesundheit, Bildung und öffentliche Wirtschaft führen kann.

*Veranstalter*in: Francesco Capozza Ph.D. (WZB), Dr. Mira Fischer (WZB), Dr. Renke Schmacker (WZB/DIW); Informationen bei: Jennifer Rontganger, E-Mail: jennifer.rontganger@wzb.eu*

June 23/24, 2025

Berlin Meeting on the Political Economy of Development (MoPED)

Workshop

MoPED brings together faculty and advanced graduate students in political science, economics, and other social science disciplines studying the political economy of development. Relevant substantive topics include, but are not limited to, governance, corruption, misinformation, inter-group relations, migration, and conflict. MoPED provides a platform for scholars from all over the globe to present and discuss their research findings, exchange ideas, and foster collaboration on pressing issues at the intersection of political economy and development. This event will be held in person at the WZB and will not be recorded.

Organizer: Prof. Dr. Alexandra Scacco, Yuequan Guo Ph.D. (all WZB); Information: Prof. Dr. Alexandra Scacco, E-mail: alex.scacco@wzb.eu; Yuequan Guo Ph.D.: E-mail: yuequan.guo@wzb.eu

27. Juni 2025

8. Deutscher Schulrechtstag „Politische Neutralität und grundgesetzliche Wertordnung: Spielräume und Grenzen der Kommunikation in der Schule“

Konferenz

Angesichts jüngerer politischer Entwicklungen gibt es weiterhin und immer dringlicher den Bedarf, mit Blick auf das Spannungsfeld zwischen politischer Neutralität und grundgesetzlicher Wertordnung Grundsatzpositionen (unter Einbeziehung schulrechtlicher Vorgaben) zu schärfen. Für den notwendigen interdisziplinären Austausch stehen die Referent*innen, die neben der rechtswissenschaftlichen auch die bildungswissenschaftliche, pädagogische und schulpraktische Perspektive einbringen.

Veranstalter: Forschungsgruppe Recht und Steuerung im Kontext sozialer Ungleichheiten (WZB), Institut für Bildungsforschung und Bildungsrecht e.V. (IfBB) der Ruhr-Universität Bochum, Bucerius Law School Hamburg; Informationen bei: Prof. Dr. Michael Wrase, E-Mail: michael.wrase@wzb.eu

Nachlese

Das WZB im Dialog: Medien, Podien und Begegnungen

Gabriele Kammerer und Kerstin Schneider

Im WZB tut sich viel: öffentlich durch Publikationen, Vorträge und Diskussionen, auf wissenschaftlichen Konferenzen und in Workshops, durch persönlichen Austausch on- und offline. WZB-Forscherinnen und -Forscher bringen auf vielfältige Weise ihre Expertise ein. Wir lassen einige Begegnungen, Stellungnahmen und Reaktionen darauf Revue passieren.

Artist in Residence gesucht

Sie bearbeiten mit künstlerischen Mitteln Themen aus Politik, Gesellschaft, Wirtschaft? Sie wollen mit Forschenden in Dialog treten? Sie haben Lust, zwei Monate einem Projekt zu widmen? Dann bewerben Sie sich um unser Artist-in-Residence-Fellowship. In diesem Jahr wird das Stipendium, finanziert vom Verein der Freunde des WZB, erstmalig ausgeschrieben. Es erinnert an Meinolf Dierkes. Dem ersten Präsidenten des WZB, übrigens auch der Bauherr des Neubaus am Reichpietschufer, war die grenzüberschreitende Kraft der Wissenschaften ein Herzensanliegen. Sie müssen allerdings schnell sein: Die Bewerbungsfrist endet am 31. März. Nähere Infos auf unserer Website.

Vorlese

Veränderung, Transformation, ja Disruption ist das Thema der Stunde. Nicht weniger aktuell wird das nächste Heft, denn im Juni greifen wir eines der zentralen gesellschaftlichen Streitthemen auf. „Migration“ ist dann der Arbeitstitel.

KI mal niedlich

Konferenzen, die tagsüber im WZB stattfinden, ziehen aus unterschiedlichen Gründen Mitarbeitende aus dem ganzen Haus an. Oft sind es Programmpunkte, die neugierig machen. Manchmal bleiben nach der Pause Schnittchen übrig. Einen besonderen Grund fürs Vorbeischauen gab es Ende Februar. Die Sektion Alter(n) und Gesellschaft der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hielt im WZB ihre Frühjahrstagung ab. Und passend zum Thema – „Inklusion und Exklusion älterer Menschen in der Ära Künstlicher Intelligenz“ – hatte jemand Paro mitgebracht. Paro lag auf dem Tresen und schaute mit runden Augen in die Welt. Ein Roboter eigentlich, aber in Gestalt eines Robbenbabys. Wandte man sich dem flauschigen Wesen

zu, schlug es die Augen auf, und manchmal rief es sogar leise. Schnell schlich sich Paro in die Herzen der freitäglich dezimierten Bürogemeinde. Doch als Mittel gegen „Einsamkeit, Stress und Wut“, wie der Hersteller preist? Schauen wir mal.

Wahlvorhaben

Die vorgezogene Bundestagswahl war auch für die Forscher*innen des Manifesto-Projekts, das seit 1979 die Parteiendemokratie untersucht, ein Kraftakt. Parteiprogramme mussten schnell codiert, analysiert und interpretiert werden. Und schnell geht es weiter: Gerade bildet sich die immer noch so genannte große Koalition. Ein Blick in die Parteiprogramme auf unserer multimedialen Plattform WERKSTATT WAHLEN lohnt sich aber immer noch. Zum Beispiel beim Thema Stärkung der Demokratie. Trotz der Herausforderung durch populistische Parteien ist der Stellenwert dieses Themas in den Wahlprogrammen im Vergleich zur Bundestagswahl 2021 gesunken. Am stärksten übrigens bei der Union.

Hausaufgaben

Verteidigung und Aufrüstung waren das Top-Thema beim Wirtschaftsgipfel der Leibniz-Gemeinschaft, der am 17. Februar unter der Überschrift: „Neue Bundesregierung – neue Wirtschaftspolitik?“ stattfand. Insofern war die Runde als Kommentar zur unmittelbar davor zu Ende gegangenen Sicherheitskonferenz in München zu lesen. Andere Themen konnten in der großen Zoom-Runde von acht führenden Köpfen aus der ökonomischen Expertise der Leibniz-Gemeinschaft nur kurz angerissen werden. WZB-Präsidentin Nicola Fuchs-Schündeln wies auf wichtige Aufgaben für die neue Regierung hin: Innovation und Bürokratieabbau, Investitionen in Bildung und vor allem die Mobilisierung von Arbeitskräften. Deutschland habe ein gro-

ßes Reservoir von sehr gut ausgebildeten Arbeitskräften, die auf dem Arbeitsmarkt dringend gebraucht werden, nämlich die Frauen. Dass SPD und CDU/CSU jetzt vorhaben, die Mütterrente zu reformieren, ist da kontraproduktiv.

Senatorin zu Gast

Politikwissenschaft, klar, Soziologie, Ökonomie, alles gut vertreten – aber Jura? Wer dachte, die Rechtswissenschaften hätten einen zwar stabilen, aber marginalen Platz im WZB, wurde am 28. Januar eines Besseren belehrt. Berlins Justizsenatorin Felor Badenberg (CDU) war zu Gast in unserer Reihe „Junge Wissenschaft trifft Politik“, und sie traf auf sieben debattierlustige junge Forschende. Schützt das Justizsystem seine Bürgerinnen und Bürger ausreichend, und haben alle gleich guten Zugang zum Recht? Sichert es unsere Demokratie genügend vor Angriffen? Wie kann die Politik den immer neuen Herausforderungen des Rechtsstaates effektiv begegnen, und wie können die Sozialwissenschaften dazu beitragen? Spätestens als das Team der Senatorin anfing, die Planung für die Folgetermine anzupassen, war klar: Frau Badenberg ist mit voller Konzentration und großem Gewinn dabei.

Jeden Monat neu

Endlich können Sie uns wieder abonnieren! Also nicht die WZB-Mitteilungen – die bekommen Sie schon lange stabil vierteljährlich, wenn Sie das wünschen. Wiederbelebt haben wir einen anderen Kanal: den monatlichen Newsletter, der Sie per E-Mail über Publikationen, Projekte, Personalien, Veranstaltungen des WZB informiert. Tragen Sie sich ein, wenn alle relevanten Infos regelmäßig in Ihrem Postfach landen sollen: wzb.eu/de/presse/newsletter.

Tue Exzellentes und rede darüber

Sind denn schon wieder sieben Jahre vergangen? Offensichtlich, denn das ist der Rhythmus, in dem die Einrichtungen der Leibniz-Gemeinschaft begutachtet werden. Seit Monaten bereiten wir uns vor, sammeln Erkenntnisse, Kennziffern, Perspektiven. Schriftliche Unterlagen sind das eine, als wesentliches Element im Evaluierungsprozess kommt aber ein zweitägiger Besuch hinzu. Am 27. und 28. März kommt ein Gremium aus zehn hochrangigen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern für Präsentationen und Gespräche ins Haus, begleitet von Vertreter*innen von Bund und Land und aus befreundeten Einrichtungen. Ja, die Nervosität nimmt zu. Vor allem aber die Vorfriede.

Impressum

WZB-Mitteilungen, ISSN 0174-3120

Heft 187, März 2025

Herausgeberin

Die Präsidentin des Wissenschaftszentrums Berlin für Sozialforschung
Professorin Dr. h. c. Nicola Fuchs-Schündeln Ph.D.

Reichpietschufer 50, 10785 Berlin
Telefon 030-25 491-0, Telefax 030-25 49 16 84
Internet: www.wzb.eu

Die WZB-Mitteilungen erscheinen viermal im Jahr (März, Juni, September, Dezember) Bezug gemäß § 63, Abs. 3, Satz 2 BHO unentgeltlich.

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann, Gabriele Kammerer

Redaktion

Kerstin Schneider, Dr. Katrin Schwenk, Claudia Roth, Kathrin Kliss

Redaktionsassistentz

Lisa Heinig

Übersetzung

Gabriele Kammerer (S. 31-34, 39-42)

Bildredaktion

Gesine Born, www.bilderinstitut.de

Auflage

7.700

Foto S. 3: © WZB/David Ausserhofer, alle Rechte vorbehalten.

Gestaltung

neues handeln AG, Berlin

Satz und Druck

Bonifatius GmbH, Druck · Buch · Verlag, Paderborn

Datenschutzhinweis:

Das WZB verarbeitet zum Versand der WZB-Mitteilungen Ihre Adressdaten. Rechtsgrundlage ist Art. 6 Abs. 1 lit. f DSGVO, verbunden mit unserem Interesse, Sie über die WZB-Forschung zu informieren. Datenherkunft: Ihr Abonnement bzw. Verlag Kürschners Politikkontakte. Weitere Informationen zum Datenschutz und zu Ihren Rechten, unter anderem auf Widerspruch, finden Sie unter: <https://www.wzb.eu/de/datenschutz>.

Urheber- und Nutzungsrechte:

Die WZB-Mitteilungen sind eine Open-Access-Zeitschrift. Sie ist kostenlos zu beziehen und online unter <https://www.wzb.eu/de/publikationen/wzb-mitteilungen> frei zugänglich. Die einzelnen Beiträge werden zugleich in der WZB-Sammlung im Repositorium EconStor veröffentlicht und langzeitarchiviert (www.econstor.eu). Das Urheberrecht für alle Inhalte verbleibt bei den jeweiligen Autor*innen. Sämtliche Beiträge stehen unter den Bedingungen der Creative-Commons-Lizenz Namensnennung 4.0 International zur Nachnutzung zur Verfügung: (CC BY 4.0: <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>). Sie dürfen unter Voraussetzung der Namensnennung der Autor*innen sowie unter Angabe der Quelle und oben genannter Lizenz frei bearbeitet, vervielfältigt, verbreitet und öffentlich zugänglich gemacht werden. Für Abbildungen Dritter gelten die jeweils angegebenen Urheber- und Nutzungsrechtshinweise.



Zu guter Letzt:

In Thomas Manns Nachbarschaft Ein Wiedersehen mit Saul Friedländer

Dieter Gosewinkel

Strahlendes kalifornisches Blau steht über der Terrasse des Thomas Mann House in Pacific Palisades. Das Dorf am pazifischen Rand von Los Angeles war der Zufluchtsort für viele deutsche Intellektuelle und Künstler nach ihrer Vertreibung und Entrechtung durch das nationalsozialistische Regime. Hier lebten neben den Manns unter anderem Theodor W. Adorno, Max Horkheimer und Vicki Baum.

In der Nähe liegt auch die Villa Aurora, das Haus von Lion Feuchtwanger und seiner Frau Marta, das wie das Haus Thomas Manns Treffpunkt deutscher und internationaler Exilierter und Intellektueller war. In seinem Arbeitszimmer, mit Blick auf den Pazifik, schrieb Thomas Mann von 1943 bis 1947 sein dunkelstes Buch, den Doktor Faustus. Darin erzählt er anhand der Geschichte des deutschen „Tonsetzers“ Adrian Leverkühn, einer faustischen Gestalt, von einem Teufelspakt, wie ihn das deutsche Volk mit dem Nationalsozialismus schloss. Im Haus der Manns sind in Büchern und Fotos die Exilierten ebenso gegenwärtig wie in der großen Stadt Los Angeles, wo deutschsprachige Intellektuelle leben, die selbst oder deren Eltern dem Nationalsozialismus entkamen.

Einer von ihnen ist Saul Friedländer. Der 92-Jährige ist emeritierter Geschichtsprofes-

sor der University of California, an der er fast 40 Jahre als Inhaber des Lehrstuhls für Holocaust-Studien lehrte. Sein zentrales Werk über die Verfolgung und Vernichtung der Juden im „Dritten Reich“ gehört zu den besten, die über diesen Zivilisationsbruch geschrieben wurden. Friedländer ist als Historiker des Holocaust und des Nationalsozialismus weltberühmt.

Im Jahre 1979 war er auf dem Weg zu diesem Ansehen. Ich saß als Student in Genf in seinem Seminar über den Aufstieg des Nationalsozialismus. Die Seminarsprache war Französisch. Friedländer bewegte sich darin wie in einer Muttersprache. Den Grund dafür erfuhren wir aus seinem gerade veröffentlichten Werk, „Quand vient le souvenir ...“ (deutsch: „Wenn die Erinnerung kommt“), in dem er seinen Lebensweg beschrieb. Als Kind deutschsprachiger Juden musste er mit seinen Eltern nach der Besetzung der Tschechoslowakei durch das nationalsozialistische Deutschland 1939 aus Prag nach Frankreich fliehen. Als 1940 die Wehrmacht auch Frankreich besetzte, wurde die Lage für die Familie immer bedrohlicher. Die Eltern übergaben den zehnjährigen Saul unter anderem Namen einem katholischen Kloster. Sie selbst wurden von der Polizei des Vichy-Regimes, das mit der nationalsozialistischen Besatzungsmacht kollaborierte, gefasst und an die Deutschen ausgeliefert, die sie in Auschwitz umbrachten. Saul Friedländer verließ nach der Befreiung Frankreichs das Kloster, und begann 1948 im neu gegründeten Staat Israel seine Karriere als Wissenschaftler und Mitarbeiter führender israelischer Politiker. Zugleich blieb er der französischsprachigen akademischen Welt verbunden, sodass ich ihn 1979 am Genfer Institut de hautes études internationales kennenlernte.

Nun, fast ein halbes Jahrhundert später, wollte ich ihn gern wiedersehen. Aber ich spürte Befangenheit. Friedländer, ein faszinierender akademischer Lehrer, war uns deutschen Studenten in seinem Seminar nicht unfreundlich, aber mit spürbarer Reserve begegnet. Würde er mich sehen wollen? Man sucht in einer solchen Ungewissheit nach Rückhalt. Ich entlieh ihn bei Thomas Mann, dem „guten Deutschen“, und stellte mich in einer E-Mail an Friedländer als Fellow des Thomas Mann House vor. Ich erwartete nichts. Zwei Stunden später erhielt ich eine Einladung in sein Haus am Rande von Los Angeles.

Als Saul Friedländer mir die Tür öffnete, stand vor mir ein älterer Herr, der mich mit einem

warmen Lächeln empfing. Sofort lockerte er die Gesprächsatmosphäre, indem er vorschlug, uns in amerikanischer Manier mit Vornamen anzusprechen und auf die zeremonielle gegenseitige Anrede als „Professor“, deren wir uns in unseren E-Mails bedient hatten, zu verzichten. Er hatte mich auf Deutsch begrüßt und bot mir an, unser Gespräch in dieser Sprache zu führen. Wir einigten uns dann aber gern auf Englisch, um Orna Kenan, seine Frau, ins Gespräch einbinden zu können. Immer wieder flossen deutsche Wörter und Sätze in seine Sprache ein. Es mag sein, dass er ein gewisses Erstaunen in meinem Gesicht las, und er sagte – auf Deutsch: „Das ist meine Ursprache.“ Vielleicht, so ging mir durch den Kopf, liegt in der Rückkehr zum Deutschen und Tschechischen, den Sprachen seiner Kindheit im Prag der 1930er-Jahre, ein wichtiger Teil der Verbindung zu Franz Kafka. Ihm widmete Friedländer in seinem 2012 erschienenen Buch „Franz Kafka“ (nur die englische Ausgabe trägt den Untertitel „The Poet of Shame and Guilt“) ein Porträt enger Verbundenheit, die auch eine autobiographische ist.

Unser Gespräch in einem weiten, lichten Raum voller Kunstwerke und familiärer Erinnerungen war lebhaft und erreichte, wie konnte es anders sein, die verstörende politische Gegenwart. Friedländers Buch „Blick in den Abgrund. Ein israelisches Tagebuch“ war 2023 auf Deutsch erschienen und führte in Form von Tagebuchreflexionen und historischen Rückblenden dem deutschen Publikum die tiefe politische Krise Israels und den Machtverlust des liberalen Judentums vor Augen – geschrieben ein Jahr vor dem Überfall der Hamas am 7. Oktober 2023. Mit dem bekannten Zitat Max Liebermanns „Ich kann gar nicht so viel fressen, wie ich kotzen möchte“ geißelte er die Politik der mit rechtsextremen Kräften koalierenden Regierung Netanjahu. Ich erinnerte ihn an eine Bezeichnung, die mir als deutschem Historiker nicht leicht über die Lippen ging. Friedländer hatte in seinem Buch rechtsextreme Mitglieder der Regierung Netanjahu unumwunden als „faschistisch“ bezeichnet. Als ich ihm vorschlug, über Faschismus in der Geschichte Israels, ein Thema, das viele israelische und nicht-israelische Beobachter beschäftigt, nochmals zu schreiben, antwortete er gelassen, er habe schon 1973 an der Hebräischen Universität in Jerusalem ein Seminar über die jüdische



Dieter Gosewinkel (links, neben Saul Friedländer) ist Gastwissenschaftler der Forschungsprofessur Global Constitutionalism und Professor für Neuere Geschichte an der Freien Universität Berlin. Seine Forschungsschwerpunkte sind die Geschichte der Staatsbürgerschaft und der Verfassungen Europas. dieter.gosewinkel@wzb.eu

Foto: © Orna Kenan, alle Rechte vorbehalten.

faschistische Bewegung im Mandatsgebiet Palästina abgehalten. Er überließ dem Besucher die Folgerung, dass Jahrzehnte wissenschaftlicher Befassung mit dem jüdischen Faschismus nichts an dessen Fortexistenz und erneutem Erstarren geändert hatten.

Saul Friedländer blickt zurück auf ein Lebenswerk zur jüdischen, insbesondere deutsch-jüdischen Geschichte, mit dem er Menschen in der ganzen Welt erreicht hat. Es bewahrt mit großer historischer Eindringlichkeit und literarischer Kraft die Erinnerung an die Abgründe der deutschen Geschichte auf, die in vielem auch den Keim für die Entwicklungen und Fehlentwicklungen Israels bilden. Die Fortführung dieser Arbeit an der Erinnerung legt er in die Hand weiterer Generationen von Historikerinnen und Historikern. Er selbst bleibt ein intensiver und engagierter Beobachter des Zeitgeschehens. Gern würden wir nochmals in sein fortlaufendes Tagebuch zur Lage Israels blicken. Wer weiß.

Als ich mich von Saul Friedländer verabschiedete, liegt der Abend auf den Hügeln um Los Angeles. Auf dem Weg zurück zum Haus Thomas Manns steht mir vor Augen, wie sehr doch die deutsche Sprache und Kultur von jenen geprägt wurden, die Deutschland verfermt und verfolgt hat. ●



In diesem Frühling freut uns die Sonne noch ein bisschen mehr als ohnehin nach grauen Berliner Wintern. Denn wir nutzen ihre Strahlen jetzt auch, um die Stromrechnung zu senken. 216.000 kWh pro Jahr soll die neue Photovoltaikanlage schaffen, das sind immerhin 35 Prozent vom Strombedarf des gesamten WZB. In 5 bis 7 Jahren wird sich die Anlage amortisiert haben. Gefördert wurde die Baumaßnahme, die Teil der Nachhaltigkeitsstrategie des WZB ist, von der Leibniz-Gemeinschaft und über das Förderprogramm „SolarPLUS“ des Landes Berlin.

Die Leistung der neuen Anlage können Sie übrigens live verfolgen. Auf der Monitoring-Website sind Säulendiagramme und Graphen abrufbar, ganz wie Sie es auch von unserer quantitativen Sozialforschung gewohnt sind. Folgen Sie dem QR-Code.



Das kommt:
„Migration“
2|25